

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1980

MONTAG, 11. FEBRUAR 1980

Nr. 6

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		
Verlust eines Konsularausweises	258	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 1. 1980 bis 28. 1. 1980	258	
Der Hessische Minister des Innern		
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung vom 22. 1. 1980	258	
Beschäftigung von Angestellten zu Lasten freier Planstellen bei der Hauptabteilung „Allgemeine Landesverwaltung“ des Landrats als Behörde der Landesverwaltung	264	
Ausländerrecht; hier: Ärztliche Untersuchung von Ausländern aus EG-Staaten	265	
Durchführung des Bundesbaugesetzes; hier: Berücksichtigung des Verkehrs im Städtebau	265	
Anerkennung von Feuerlöschschläuchen	265	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Zulassung zur Steuerberaterprüfung 1980	266	
Der Hessische Minister der Justiz		
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	266	
Der Hessische Kultusminister		
Genehmigung der Geschäftsordnung des Direktoriums der Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränke- und Landspflege Geisenheim am Rhein vom 10. 12. 1979	266	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		
Fortführung der Frachtilfe im hessischen Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. 1. 1980 bis 31. 12. 1980	268	
Ausnahmegenehmigung für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sowie für Blinde ..	270	
Beförderung gefährlicher Güter; hier: Richtlinien für das Verfahren der Bauartprüfung, die Erteilung der Kennzeichnung und die Zulassung		
von Verpackungen für die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen — RM 001 —	270	
Erneuerung des Liegenschaftskatasters; hier: Systematische Umstellung des Katasterbuchwerks auf die 1. Stufe der Grundstücksdatenbank	270	
Widmung von Neubaustrecken, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3253 und der Kreisstraße 67 in den Gemarkungen Baumbach und Sterkelshausen der Gemeinde Alheim, Landkreis Hersfeld-Rotenburg	270	
Aufstufung einer Gemeindestraße und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Bundesstraße 275 in der Ortsdurchfahrt Bad Schwalbach, Rheingau-Taunus-Kreis	271	
Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 75 in der Ortslage Reichelsheim (Odenwald) im Odenwaldkreis	271	
Abstufung der Kreisstraße 13 in der Ortslage Ehringen der Stadt Volkmarshausen, Landkreis Waldeck-Frankenberg	271	
Der Hessische Sozialminister		
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	272	
Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten		
Flurbereinigung Biebergemünd bis Wirtheim, Main-Kinzig-Kreis	272	
Flurbereinigung Dietzenbach II, Landkreis Offenbach	273	
Personalnachrichten		
Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	274	
Im Bereich des Hessischen Kultusministers	275	
Im Bereich des Hessischen Sozialministers	283	
Im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten	283	
Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2		
Abs. 2 und 3 Güterkraftverkehrsgesetz für den Lahn-Dill-Kreis	284	
Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 Güterkraftverkehrsgesetz für den Landkreis Gießen	285	
Aufhebung der Stiftung „Gräflich Ysenburg-Meerholz'sches Altersheim“, Sitz Meerholz	286	
Vorhaben der Firma E. Merck, 6100 Darmstadt	286	
Vorhaben der Firma Gebrüder Wießner Propangroßvertrieb GmbH, 6348 Herborn	287	
Vorhaben der Firma RHG — Leibbrand OHG, 6365 Rosbach 1	287	
KASSEL		
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Witzenhausen/Stadteil Ziegenhagen, Werra-Meißner-Kreis	287	
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Nentershausen, Landkreis Hersfeld-Rotenburg	290	
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Alheim/Ortsteil Licherode, Landkreis Hersfeld-Rotenburg	292	
Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraße 116 in der Gemarkung Maberzell, der Stadt Fulda, Landkreis Fulda	295	
Neuer Fernsprechnetzanschluß für die Zentrale Verwarnungs- und Bußgeldstelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel	295	
Ungültigkeitserklärung eines Polizeidienstausweises	295	
Buchbesprechungen	295	
Öffentlicher Anzeiger		
Nachtragssatzung und Bekanntmachung der Nachtragssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Starkenburg für das Haushaltsjahr 1979	309	
Wasserbeschaffungsverband Hofheim, Sitz in Hofheim am Taunus; hier: Änderung der Satzung	310	
Nachtragssatzung und Bekanntmachung der Nachtragssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Gießen für das Haushaltsjahr 1979 ..	310	
Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg für das Rechnungsjahr 1980	310	
Öffentliche Ausschreibungen	311	

164

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Verlust eines Konsularausweises

Der für den Angestellten des Amerikanischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main, Herrn Robert D. Cull, am 20. Oktober 1978 von der Hessischen Staatskanzlei ausgestellte graue Konsularausweis Nr. 6340 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 28. 1. 1980

Der Hessische Ministerpräsident
P 12 — 2a 10/05

St.Anz. 6/1980 S. 258

165

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. Januar 1980 bis 28. Januar 1980

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 1 — Januar 1980 — 35. Jahrgang

Inhalt:

Ausländer in Hessen 1979

Berufliche Schulen im Schuljahr 1979/80

Hochschulfinanzen 1978

Die pflanzliche Produktion 1979

Regionale Struktur der Flächennutzung 1979

48% der Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel

Die meisten ausländischen Studenten aus dem Iran und der Türkei

Hessischer Zahlenspiegel

Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Buchbesprechungen

Beilage: Jahresinhaltsverzeichnis 1979

Statistische Berichte:

A VI 5 — vj 1/79

Versicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. März 1979

C III 1 — vj/1979-4

Viehbestände ausgewählter Tierarten am 3. Dezember 1979 (Vorläufiges Ergebnis)

C IV 2 und 4 — unreg./79

Bestand an Mähdreschern und Schleppern — Stand Februar 1979 —

Preis
DM
2,—

E I 6 — 1977

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1977

E II 1 — m 11/79

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 1979

F II 1 — m 10/79

Baugenehmigungen in Hessen im Oktober 1979

G III 1 — m 11/79

Die Ausfuhr Hessens im November 1979 (Vorläufige Zahlen)

G III 3 — m 11/79

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 1979 (Vorläufige Zahlen)

G IV 1 — m 11/79

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 1979

H I 1 — m 10/79

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Oktober 1979 — Vorläufige Ergebnisse —

H I 1 — m 11/79

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im November 1979 — Vorauswertung —

L I 1 — m 12/79

Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Dezember 1979

L II 2 — vj 3/79

Die Gemeindefinanzen in Hessen im 3. Vierteljahr 1979

M I 1 — m 11/79

Erzeugerpreise in Hessen im November 1979

M I 2 — m 12/79

Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Dezember 1979

Wiesbaden, 28. 1. 1980

Hessisches Statistisches Landesamt
ZA 231 — 77 a 241/80

St.Anz. 6/1980 S. 258

Preis
DM

2,—

1,50

1,—

1,50

1,50

2,50

1,50

1,—

1,—

3,50

2,—

3,—

2,—

1,—

1,—

166

DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung (APOmD) vom 22. Januar 1980

INHALTSÜBERSICHT

I. Allgemeines

Geltungsbereich § 1
Ausbildungsbehörden § 2

II. Auswahl und Einstellung

Bewerber § 3
Ausschreibung, Bewerbungen § 4
Auswahl § 5

III. Praktikum

Zulassung, Dauer, Rechtsstellung § 6
Praktische Ausbildung § 7
Beschäftigungsnachweis, Befähigungsbericht § 8
Schulische Ausbildung, Verlängerung § 9

IV. Vorbereitungsdienst

1. Allgemeines

Ziel § 10
Dauer § 11
Ernennung, Dienstbezeichnung, Bezüge § 12
Bewertung der Leistungen § 13

2. Ausbildung

Praktische Ausbildung § 14
Ausbilder, Ausbildungsleiter § 15
Beschäftigungsnachweis, Befähigungsbericht, Ausbildungsnachweis § 16
Theoretische Ausbildung § 17
Lehrgangsarbeiten, Erfahrungsnoten § 18

3. Laufbahnprüfung (Verwaltungsprüfung I)

Zweck, Zeitpunkt und Gliederung § 19
Prüfungsanforderungen § 20
Schriftliche Prüfung § 21

Bewertung der Prüfungsarbeiten	§ 22
Ausschluß von der mündlichen Prüfung	§ 23
Prüfungsausschüsse	§ 24
Mündliche Prüfung	§ 25
Abschlußnote	§ 26
Prüfungszeugnis, Prüfungsniederschrift	§ 27
Ordnungsverstöße	§ 28
Erkrankung, Versäumnis	§ 29
Wiederholung	§ 30
Einsicht in die Prüfungsakten	§ 31
Entscheidung über Widersprüche	§ 32

V. Aufstiegsbeamte

Zulassung zum Aufstieg, Einführungszeit	§ 33
Einführung	§ 34
Anwendung der für Anwärter geltenden Bestimmungen	§ 35

VI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Übergangsregelung	§ 36
Aufhebung bisherigen Rechts	§ 37
Inkrafttreten	§ 38

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) in der Fassung vom 14. Dezember 1976 (GVBl. 1977 I S. 42), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 1979 (GVBl. I S. 243), wird im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamts und der Landespersonalkommission für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung folgende Ausbildungs- und Prüfungsordnung erlassen:

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung gilt für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen, der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

§ 2 Ausbildungsbehörden

In der Landesverwaltung bestimmt der Fachminister im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamts die Ausbildungsbehörde. Bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist die Einstellungsbehörde Ausbildungsbehörde.

II. Auswahl und Einstellung

§ 3 Bewerber

In den Vorbereitungsdienst können Bewerber eingestellt werden, die

1. die Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis nach dem Hessischen Beamtengesetz erfüllen,
2. den Abschluß einer Realschule oder einen schulrechtlich als gleichwertig anerkannten Bildungsstand oder den Abschluß einer Hauptschule und den Abschluß der Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten nachweisen,
3. mindestens sechzehn Jahre und höchstens fünfunddreißig Jahre alt sind. Dies gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins (§ 13 Abs. 1 HLVO). Angestellte oder Arbeiter, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie Schwerbehinderte können bis zum vierzigsten Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden (§ 13 Abs. 2 HLVO).

§ 4 Ausschreibung, Bewerbungen

(1) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde setzt jährlich die Zahl der Anwärter fest, die eingestellt werden sollen.

(2) Die Bewerber sollen durch Stellenausschreibungen ermittelt werden (§ 8 Abs. 2 Satz 1 HBG).

(3) Der Bewerbung sind beizufügen:

1. ein vom Bewerber handgeschriebener Lebenslauf,
2. ein Lichtbild,
3. das Schulabschlußzeugnis oder das letzte Schulzeugnis,
4. Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung,
5. etwaige Bescheinigungen über die Beherrschung der Kurzschrift oder des Maschinenschreibens,
6. eine Einverständniserklärung der gesetzlichen Vertreter, wenn der Bewerber minderjährig ist.

Bewerber, deren Einstellung in Aussicht genommen ist, haben auf Anforderung ferner vorzulegen:

7. die Geburtsurkunde,
8. ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis.

Bei den in Nr. 3 bis 5 genannten Urkunden genügt die Vorlage einer beglaubigten Abschrift oder Ablichtung.

§ 5 Auswahl

(1) Die Bewerber für den Landesdienst werden nach dem Ergebnis einer Eignungsprüfung ausgewählt. Bewerber, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, können durch die oberste Dienstbehörde von der Eignungsprüfung befreit werden.

(2) Bei den in § 2 Satz 2 genannten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen bestimmt die oberste Dienstbehörde, ob sich die Bewerber einer Eignungsprüfung unterziehen müssen (§ 7 Abs. 6 Satz 1 HLVO).

III. Praktikum

§ 6 Zulassung, Dauer, Rechtsstellung

(1) Bewerber, die noch nicht sechzehn Jahre alt sind, können zu einem Praktikum (§ 23 a HBG) von bis zu zweijähriger Dauer zugelassen werden.

(2) Während des Praktikums führt der Bewerber die Dienstbezeichnung „Verwaltungspraktikant“.

(3) Der Praktikant steht in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis. Die für Beamte im Vorbereitungsdienst geltenden Vorschriften des Hessischen Beamtengesetzes finden entsprechende Anwendung; anstelle von Anwärterbezügen nach § 59 des Bundesbesoldungsgesetzes wird eine Unterhaltsbeihilfe gewährt (§ 23 a Sätze 3 und 4 HBG).

(4) Das Praktikum endet außer durch Tod mit der Berufung des Praktikanten in das Beamtenverhältnis auf Widerruf oder durch Entlassung (§ 23 a Satz 2 HBG).

§ 7 Praktische Ausbildung

Der Praktikant ist nach einem von der Ausbildungsbehörde aufzustellenden Ausbildungsplan an die Aufgaben und die Arbeitsweise der Verwaltungsbehörden heranzuführen. Durch Erledigung von Büroarbeiten in den wichtigsten Aufgabengebieten soll er die Grundsätze der Bürokunde und die praktische Arbeit kennenlernen.

§ 8 Beschäftigungsnachweis, Befähigungsbericht

(1) Der Praktikant führt einen Beschäftigungsnachweis nach dem Muster der Anlage 3, der monatlich dem ausbildenden Beamten sowie in angemessenen Abständen dem Leiter der Behörde oder dem von ihm bestimmten Beamten vorzulegen ist.

(2) Von jeder Ausbildungsstelle ist der Ausbildungsbehörde am Ende des Ausbildungsabschnittes ein Befähigungsbericht nach dem Muster der Anlage 4 vorzulegen.

(3) Der Ausbildungsleiter (§ 15) berichtet vor Abschluß des Praktikums der Ausbildungsbehörde, ob der Praktikant für den Vorbereitungsdienst geeignet erscheint.

(4) Die Beurteilungen nach Abs. 2 und 3 sind dem Praktikanten zur Kenntnis zu bringen.

§ 9 Schulische Ausbildung, Verlängerung

(1) Der Praktikant nimmt an dem gesetzlich vorgeschriebenen Berufsschulunterricht teil.

(2) Die oberste Dienstbehörde kann das Praktikum um höchstens ein Jahr verlängern, wenn aus besonderen Gründen eine Verlängerung angebracht erscheint.

IV. Vorbereitungsdienst

1. Allgemeines

§ 10 Ziel

Der Vorbereitungsdienst hat zum Ziel, vielseitig verwendungsfähige Beamte heranzubilden, die sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen und die nach ihrer Persönlichkeit sowie nach ihren allgemeinen und fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten die Aufgaben des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung selbständig wahrnehmen können.

§ 11 Dauer

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert zwei Jahre. Findet die Laufbahnprüfung nicht bis zum Ende des Vorbereitungsdienstes statt, so dauert dieser bis zur Prüfung fort (§ 9 Abs. 1 Satz 2 HLVO). Wird die Laufbahnprüfung bereits während des Vorbereitungsdienstes abgelegt, so endet dieser dadurch nicht (§ 9 Abs. 1 Satz 3 HLVO).

(2) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde (§ 25 HLVO) kann den regelmäßigen Vorbereitungsdienst um höchstens zwei Jahre verlängern, wenn der Anwärter das Ausbildungsziel noch nicht erreicht hat oder wenn aus besonderen Gründen eine Verlängerung angebracht erscheint (§ 8 Abs. 3 Satz 1 HLVO).

(3) Auf den Vorbereitungsdienst kann die Hälfte einer förderlichen Tätigkeit innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes (§ 24 Abs. 2 HBG), jedoch nur bis zur halben Dauer des Vorbereitungsdienstes, angerechnet werden. Darüber hinaus kann die Zeit angerechnet werden, während der der Bewerber im öffentlichen Dienst mit Aufgaben beschäftigt worden ist, die in der Regel von Beamten des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung wahrgenommen werden. Über die Anrechnung entscheidet die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde (§ 25 HLVO). Zeiten vor Vollendung des sechzehnten Lebensjahres dürfen nicht auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden (§ 8 Abs. 4 HLVO).

(4) Vor der Entscheidung über die Anrechnung von Zeiten nach § 8 Abs. 4 HLVO hat die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde (§ 25 HLVO) mit dem Hessischen Verwaltungsschulverband Benehmen darüber herzustellen, inwieweit organisatorisch die theoretische Ausbildung des Bewerbers in der verkürzten Zeit sichergestellt werden kann und welche Teile der theoretischen Ausbildung für den Betroffenen entfallen können.

(5) Auch bei einer Verkürzung der theoretischen Ausbildung hat der Anwärter die schriftlichen Prüfungsarbeiten zu fertigen. Soweit er in einzelnen Fächern keinen Unterricht erhält, bestimmt der Studienleiter, wann die schriftlichen Prüfungsarbeiten in diesen Fächern anzufertigen sind; die Termine sind dem Anwärter mindestens sechs Wochen vorher mitzuteilen.

§ 12 Ernennung, Dienstbezeichnung, Bezüge

(1) Die Bewerber werden als Beamte auf Widerruf in den Vorbereitungsdienst eingestellt (§ 8 Abs. 1 HLVO) und zum „Assistentenanwärter“ ernannt.

(2) Die Anwärter erhalten während des Vorbereitungsdienstes Anwärterbezüge (§§ 59 ff. BBesG).

§ 13 Bewertung der Leistungen

(1) Die Leistungen im Vorbereitungsdienst und in der Prüfung sind mit einer der folgenden Punktzahlen und der sich daraus ergebenden Note zu bewerten:

15 bis 14 Punkte = sehr gut (1)	= für eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht,
13 bis 11 Punkte = gut (2)	= für eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht,
10 bis 8 Punkte = befriedigend (3)	= für eine Leistung, die im allgemeinen den Anforderungen entspricht,
7 bis 5 Punkte = ausreichend (4)	= für eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht,
4 bis 2 Punkte = mangelhaft (5)	= für eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten,
1 bis 0 Punkte = ungenügend (6)	= wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(2) Durchschnittsnoten und -punktzahlen werden ohne Berücksichtigung von Dezimalstellen aus den Punkten errechnet.

2. Ausbildung

§ 14 Praktische Ausbildung

(1) Der Fachminister erstellt im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamts einen Ausbildungsplan für seinen Bereich und veröffentlicht diesen im Staatsanzeiger für das Land Hessen. Für die Anwärter der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts erstellt die oberste Dienstbehörde den Ausbildungsplan nach dem Rahmenplan der Anlage 1.

(2) Der Anwärter soll in die laufenden und wichtigen Arbeiten seiner Verwaltung eingeführt werden und dabei die zu beachtenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften in ihrem praktisch bedeutsamen Teil kennen-, verstehen- und anzu-

wenden lernen sowie sich im Schriftverkehr üben. Das selbständige Denken und Handeln des Anwärters ist zu fördern.

(3) Der Anwärter darf mit einfachen, regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten nur soweit beschäftigt werden, als dies der Ausbildung dient.

(4) Der Anwärter soll bis zum Ende des Vorbereitungsdienstes das Schreiben mit der Schreibmaschine und die Kurzschrift erlernen.

(5) Der Anwärter hat vierteljährlich eine Übungsaufgabe mit zweistündiger Bearbeitungszeit unter Aufsicht zu lösen. Der ausbildende Beamte wählt die Aufgabe entsprechend dem Ausbildungsabschnitt nach dem Ausbildungsplan aus, bewertet sie und bespricht sie mit dem Anwärter.

§ 15 Ausbilder, Ausbildungsleiter

(1) Mit der Ausbildung der Anwärter sollen nur Beamte betraut werden, die neben den erforderlichen Fachkenntnissen die notwendigen berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse besitzen.

(2) Die Ausbildungsbehörde bestellt einen besonders geeigneten Beamten zum Ausbildungsleiter, der die praktische und theoretische Ausbildung der Anwärter lenkt und überwacht. In der Landesverwaltung bedarf die Bestellung der Genehmigung der obersten Dienstbehörde. Der Ausbildungsleiter hat insbesondere die Befähigungsberichte (§ 16 Abs. 2) und die Ergebnisse der Übungsarbeiten (§ 14 Abs. 5) auszuwerten und den Ausbildungsnachweis (§ 16 Abs. 3) zu führen.

§ 16 Beschäftigungsnachweis, Befähigungsbericht, Ausbildungsnachweis

(1) Der Anwärter hat einen Beschäftigungsnachweis nach dem Muster der Anlage 3 zu führen, der monatlich dem mit der Ausbildung betrauten Beamten sowie in angemessenen Abständen dem Leiter der Behörde oder dem von ihm bestimmten Beamten vorzulegen ist.

(2) Von jeder Ausbildungsstelle ist der Ausbildungsbehörde am Ende des Ausbildungsabschnittes ein Befähigungsbericht nach dem Muster der Anlage 4 vorzulegen. Der Befähigungsbericht muß erkennen lassen, ob der Anwärter das Ziel des Ausbildungsabschnittes erreicht hat; besondere Fähigkeiten oder Mängel sind anzugeben. Der Befähigungsbericht ist dem Anwärter zur Kenntnis zu bringen und zu den Ausbildungsakten zu nehmen.

(3) Der Ausbildungsleiter hat über den Vorbereitungsdienst des Anwärters einen Ausbildungsnachweis nach dem Muster der Anlage 5 zu führen.

§ 17 Theoretische Ausbildung

(1) Während des Vorbereitungsdienstes nimmt der Anwärter an einem Ausbildungslehrgang I bei einem Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes teil.

(2) Die Ausbildungsbehörde benennt dem Verwaltungsseminar die zum Besuch der Lehrgänge heranzustellenden Anwärter und überwacht den regelmäßigen Besuch des Unterrichts.

(3) Der Unterricht in dem Ausbildungslehrgang ist nach dem in der Anlage 2 festgelegten Lehrplan zu gestalten. Die Stoffpläne stellt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamts auf Vorschlag des Hessischen Verwaltungsschulverbandes fest.

(4) Die Anwärter sollen während des Vorbereitungsdienstes in besonderen Fachgebieten ihres Verwaltungszweiges nach einem von der Ausbildungsbehörde aufgestellten Plan unterrichtet werden.

§ 18 Lehrgangsarbeiten, Erfahrungsnoten

(1) Während des Ausbildungslehrganges I hat der Anwärter seinen Ausbildungsstand durch Lehrgangsarbeiten nachzuweisen. In jedem Fach ist mindestens eine Lehrgangsarbeit, in Fächern mit über 100 Unterrichtsstunden sind mindestens zwei Lehrgangsarbeiten zu schreiben. Lehrgangsarbeiten sind in der Regel in höchstens 90 Minuten zu bearbeiten.

(2) Am Ende des Unterrichts in ihrem Fach erteilen alle Fachdozenten auf Grund des Ergebnisses der Lehrgangsarbeiten und der mündlichen Leistungen eine Erfahrungsnote für ihr Fach. Haben mehrere Dozenten in einem Fach unterrichtet, so gilt als Erfahrungsnote in diesem Fach die auf Grund des Verhältnisses der jeweiligen in dem Fach erteilten Stunden ermittelte Durchschnittspunktzahl der Dozenten in diesem Fach.

(3) Für jeden Anwärter wird aus den Erfahrungsnoten für die Fächer eine Erfahrungsnote festgestellt. Die Erfahrungsnote wird dem Anwärter bekanntgegeben; auf Antrag wird von der Bekanntgabe abgesehen.

3. Laufbahnprüfung (Verwaltungsprüfung I)

§ 19 Zweck, Zeitpunkt und Gliederung

(1) In der Prüfung ist festzustellen, ob der Anwärter das Ziel des Vorbereitungsdienstes (§ 10) erreicht hat und damit die Befähigung für den mittleren Dienst in der allgemeinen Verwaltung besitzt.

(2) Die Prüfung besteht aus schriftlichen Prüfungsarbeiten (§ 21) und einer mündlichen Prüfung am Ende des Ausbildungslehrganges I (§ 25).

(3) Die Prüfung ist vorrangig Verständnisprüfung; unter dieser Zielsetzung ist sie auch auf die Feststellung von Einzelkenntnissen gerichtet.

§ 20 Prüfungsanforderungen

(1) Der Schulleiter des Hessischen Verwaltungsschulverbandes sorgt dafür, daß bei allen Prüfungen der Verwaltungsseminare gleich hohe Anforderungen gestellt werden. Er oder ein von ihm beauftragter Beamter kann an den Prüfungen und bei den Beratungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.

(2) Bei Prüfungen sind Schwerbehinderten die ihrer körperlichen Behinderung angemessenen Erleichterungen zu gewähren. Die fachlichen Anforderungen dürfen jedoch nicht geringer bemessen werden (§ 6 Abs. 2 HLVO).

§ 21 Schriftliche Prüfung

(1) In der schriftlichen Prüfung ist je eine Aufgabe aus folgenden Fächern zu bearbeiten:

1. Grundlagen des Staats- und Verfassungsrechts, Politische Geschichte,
2. Allgemeines Verwaltungsrecht,
3. Kommunalrecht,
4. Personalwesen,
5. Recht der Gefahrenabwehr,
6. Privatrecht,
7. Soziale Sicherung,
8. Öffentliche Finanzwirtschaft,
9. Volkswirtschaftslehre.

In jedem Fach sind dem Anwärter zwei Aufgaben zur Wahl zu stellen. Die Aufgaben sollen grundsätzlich aus einem oder mehreren praktischen Fällen bestehen. In geeigneten Fächern können die Aufgaben auch Aufsatzthemen sein. Für jede Arbeit stehen vier Stunden Bearbeitungszeit zur Verfügung.

(2) In den Prüfungsarbeiten soll der Anwärter zeigen, daß er Grundlagen und System des jeweiligen Gebiets versteht und die bestehenden Regelungen anwenden kann.

(3) Für jedes Fach sind von den Fachdozenten, die in diesem Fach unterrichten, insgesamt vier Aufgaben für die Prüfungsaufgaben vorzuschlagen, aus denen der Studienleiter zwei Aufgaben auswählt. Nach Möglichkeit sollen den Aufgaben Lösungs- und Bewertungshinweise beigelegt werden. Der Studienleiter gibt dem Schulleiter des Hessischen Verwaltungsschulverbandes von den Aufgaben Kenntnis. Dieser kann innerhalb einer Woche Veränderungen oder Ergänzungen vornehmen. Vorschläge für Prüfungsaufgaben sind geheim zu halten.

(4) Die Prüfungsarbeiten sollen im Laufe des Ausbildungslehrganges I jeweils nach Abschluß des Unterrichts in den Fächern des Abs. 1 unter Aufsicht geschrieben werden. Der Studienleiter regelt die Aufsicht. Die Aufsichtsführung soll sicherstellen, daß die Anwärter selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln arbeiten.

(5) Den Anwärtern werden die zur Bearbeitung der Aufgaben erforderlichen Hilfsmittel, insbesondere Gesetzestexte, zur Verfügung gestellt. Die Benutzung anderer Hilfsmittel ist unzulässig.

(6) Die Prüfungsarbeiten dürfen keine Namensangabe des Anwerbers enthalten. Sie sind mit einer Kennziffer zu versehen, die bei jeder Prüfungsarbeit wechselt.

(7) Spätestens nach Ablauf der festgesetzten Bearbeitungsfrist hat der Anwärter die Arbeit, versehen mit der ihm zugeordneten Kennziffer, dem Aufsichtführenden abzuliefern. Beizufügen sind alle Entwürfe und Arbeitsbogen. Der Aufsichtführende vermerkt auf der Arbeit den Zeitpunkt der Abgabe.

§ 22 Bewertung der Prüfungsarbeiten

(1) Jede Prüfungsarbeit ist zuerst von dem zuständigen Fachdozenten und anschließend von einem weiteren Gutachter (Fachdozenten), der vom Studienleiter bestimmt wird, zu korrigieren und zu bewerten. Weichen die Bewertungen mehr als drei Punkte voneinander ab, so hat der Studienleiter noch einen dritten Gutachter (Fachdozenten) hinzuzuziehen. Die Bewertungen der Vorgutachter dürfen den weiteren Gutach-

tern nicht bekanntgegeben werden. Den Gutachtern werden vorhandene Lösungs- und Bewertungshinweise zur Verfügung gestellt.

(2) Bei der Bewertung der Prüfungsarbeiten sind die Richtigkeit der Entscheidung, die Art und Folgerichtigkeit der Begründung, die Gliederung und die Klarheit der Darstellung sowie die Ausdrucksweise zu berücksichtigen.

(3) Die Prüfungsarbeiten und die Noten der schriftlichen Prüfung werden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zur Kenntnis gebracht.

(4) Die Noten der Prüfungsarbeiten werden den Anwärtern jeweils nach Abschluß der Bewertungen, spätestens mit der Ladung zur mündlichen Prüfung, bekanntgegeben. Auf Antrag wird von der Bekanntgabe abgesehen.

§ 23 Ausschluß von der mündlichen Prüfung

(1) Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn mehr als die Hälfte der schriftlichen Prüfungsarbeiten schlechter als ausreichend bewertet worden ist oder wenn der Durchschnitt aus der Erfahrungsnote und aus den schriftlichen Prüfungsarbeiten schlechter als ausreichend ist.

(2) Der Studienleiter teilt dem Anwärter das Nichtbestehen der Prüfung mit.

§ 24 Prüfungsausschüsse

(1) Zur Abnahme der Prüfung werden in den Seminarbezirken Prüfungsausschüsse eingesetzt, deren Mitglieder und stellvertretende Mitglieder auf Vorschlag der Bezirksleitung im Benehmen mit dem Schulleiter vom Verbandsvorsteher des Hessischen Verwaltungsschulverbandes berufen werden.

(2) Dem Prüfungsausschuß gehören an:

1. der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied der Bezirksleitung als Vorsitzender,
2. der Studienleiter, im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter oder ein anderer hauptamtlicher Dozent,
3. ein Beamter des gehobenen oder höheren Verwaltungsdienstes, der Landesbeamter sein soll, oder ein Richter,
4. ein Beamter, der kommunaler Wahlbeamter oder Beamter des gehobenen oder höheren Verwaltungsdienstes einer Kommunalverwaltung sein soll,
5. ein Vertreter der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften, der mindestens die Befähigung für den mittleren Dienst in der allgemeinen Verwaltung besitzen muß.

Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden nach Nr. 1 führt der Studienleiter oder dessen Stellvertreter den Vorsitz; an die Stelle des Studienleiters oder seines Stellvertreters tritt ein haupt- oder nebenamtlicher Dozent.

(3) Spätestens einen Monat vor Beginn der mündlichen Prüfung ist von den Lehrgangsteilnehmern in geheimer Wahl zu ermitteln, welche Gewerkschaft den Vertreter nach Abs. 1 Nr. 5 in den Prüfungsausschuß entsenden soll.

(4) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Prüfungsausschüsse müssen für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein. Sie werden auf die Dauer von vier Jahren berufen. Nach Ablauf ihrer Amtszeit üben sie das Prüfungsamt weiter aus, bis ein Nachfolger berufen ist. Wiederberufung ist zulässig. Mit Ablauf des Monats, in dem das Mitglied oder stellvertretende Mitglied in den Ruhestand versetzt wird, das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet oder aus dem öffentlichen Dienst im Geltungsbereich des Hessischen Beamtengesetzes ausscheidet, endet die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuß.

(5) Das Amt des Prüfungsausschußmitgliedes ist ein persönlich wahrzunehmendes Nebenamt, soweit nichts anderes bestimmt ist. Im Falle der Verhinderung eines Mitglieds lädt der Studienleiter ein stellvertretendes Mitglied ein.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei Ausübung ihrer Tätigkeit verpflichtet, ihre Aufgaben objektiv und unparteiisch nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Sie sind bei ihrer Bestellung auf diese Verpflichtung ausdrücklich schriftlich hinzuweisen. Sofern Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht kraft gesetzlicher Vorschrift zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, sind sie von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Wahrung des Beratungs- und Abstimmungsgeheimnisses besonders zu verpflichten.

(7) Der Prüfungsausschuß soll grundsätzlich in voller Besetzung tätig werden. Er ist beschlußfähig, wenn er mit dem Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern besetzt ist. Der Prüfungsausschuß beschließt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Beratungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich.

§ 25 Mündliche Prüfung

(1) In der mündlichen Prüfung sind in der Regel nicht mehr als sechs Anwärter gleichzeitig zu prüfen. Die Prüfungszeit für jede Prüfungsgruppe soll grundsätzlich drei Stunden dauern.

(2) Die mündliche Prüfung besteht aus einem Prüfungsgespräch. Dieses soll sich insbesondere auf Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten erstrecken, die nicht Gegenstand der schriftlichen Prüfung waren. Dabei soll sich der Prüfungsausschuß, z. B. auf Grund kleiner Referate der Anwärter, auch ein Bild von der Fähigkeit der Prüflinge verschaffen, eigene Gedanken zu entwickeln, eigene Standpunkte einzunehmen und Meinungsverschiedenheiten sachbezogen auszutragen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt, in welchen Fächern schwerpunktmäßig mündlich geprüft wird und welche Mitglieder des Prüfungsausschusses und Fachdozenten prüfen. Alle Mitglieder des Prüfungsausschusses können Fragen an die Anwärter stellen. Die Entscheidung nach Satz 1 wird den Prüflingen mit der Ladung zur mündlichen Prüfung bekanntgegeben.

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Anwärtern, die nicht unmittelbar zur Prüfung herantreten, und sonstigen Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, die Anwesenheit bei der mündlichen Prüfung gestatten.

(5) Beauftragte des Direktors des Landespersonalamts oder der obersten Dienstbehörden der Prüfungsteilnehmer können an der mündlichen Prüfung teilnehmen.

(6) An den Beratungen des Prüfungsausschusses nehmen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses teil.

(7) Der Prüfungsausschuß bewertet die Prüfungsleistungen in den einzelnen Prüfungsgebieten und stellt daraus für jeden Anwärter die Durchschnittsnote der mündlichen Prüfung fest.

§ 26 Abschlußnote

(1) Im Anschluß an die mündliche Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuß über das Gesamtergebnis der Prüfung durch Bildung der Abschlußnote.

(2) Für die Bildung der Abschlußnote wird die Durchschnittspunktzahl

der Erfahrungsnote (§ 18 Abs. 3)	mit eins
der schriftlichen Prüfungsarbeiten	mit zwei
der mündlichen Prüfung	mit eins

multipliziert und die Summe durch vier geteilt.

Die Prüfung ist bestanden, wenn die nach Satz 1 ermittelte Gesamtpunktzahl mindestens die Note ausreichend ergibt.

(3) Der Prüfungsausschuß kann die Abschlußnote nach dem Gesamteindruck, den er von den Leistungen und der Persönlichkeit des Anwärters gewonnen hat, um einen Punkt heben oder senken. Die Entscheidung ist zu begründen.

(4) Die Abschlußnote und die ihr zugrunde liegenden Noten und Punktzahlen sind dem Anwärter nach der Prüfung bekanntzugeben, soweit sie ihm nicht bereits bekannt sind.

§ 27 Prüfungszeugnis, Prüfungsniederschrift

(1) Der Anwärter erhält über die bestandene Prüfung ein Prüfungszeugnis nach dem Muster der Anlage 6.

(2) Ist die Prüfung nicht bestanden oder für nicht bestanden erklärt worden, so erhält der Anwärter einen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid; die Ausbildungsbehörde erhält eine Durchschrift.

(3) Für jeden Anwärter ist eine Prüfungsniederschrift zu fertigen und zu den Prüfungsakten zu nehmen.

(4) Über den Verlauf und das Ergebnis der Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen und zu den Prüfungsakten zu nehmen. Die Niederschrift enthält:

1. Angaben über Art, Tag und Dauer der Prüfung,
2. die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses,
3. die Namen der Anwärter,
4. die Prüfungsgebiete,
5. die Prüfungsnoten,
6. die Begründung der Entscheidung im Falle des § 26 Abs. 3.

Die Prüfungsarbeiten sind mindestens fünf Jahre, die Niederschriften dreißig Jahre aufzubewahren.

§ 28 Ordnungsverstöße

(1) Täuschungshandlungen von Prüfungsteilnehmern hat der Aufsichtführende festzustellen, zu unterbinden und dem Studienleiter mitzuteilen. Bei einer erheblichen Störung des Prüfungsablaufs kann der Aufsichtführende den Prüfungsteilnehmer von der weiteren Teilnahme an der Prüfungsarbeit ausschließen.

(2) Über die Folgen eines Täuschungsversuchs und einer Störung des Prüfungsablaufs entscheidet der Studienleiter. Er kann — je nach der Schwere des Verstoßes — die Prüfung für nicht bestanden erklären oder einzelne Prüfungsleistungen mit ungenügend (0 Punkte) bewerten.

(3) In der mündlichen Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 29 Erkrankung, Versäumnis

(1) Fertigt der Anwärter ohne triftigen Grund eine schriftliche Prüfungsarbeit nicht an, so ist die Prüfungsarbeit mit ungenügend (0 Punkte) zu bewerten. In diesem Fall kann der Studienleiter im Einvernehmen mit der Ausbildungsbehörde den Anwärter vom weiteren Besuch des Lehrgangs ausschließen; die Prüfung gilt dann als nicht bestanden. Bleibt der Anwärter der mündlichen Prüfung ohne triftigen Grund fern oder bricht er sie ohne triftigen Grund ab, so erklärt der Prüfungsausschuß die Prüfung für nicht bestanden.

(2) Ist der Anwärter durch Krankheit oder aus sonstigen von ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Ablegung der Prüfung oder einzelner Prüfungsabschnitte verhindert, so hat er dies unverzüglich nachzuweisen. In Krankheitsfällen ist ein ärztliches Zeugnis — auf Verlangen das eines Amtsarztes — vorzulegen.

(3) Eine aus triftigem Grund abgebrochene oder nicht angefertigte schriftliche Prüfungsarbeit ist an einem vom Studienleiter zu bestimmenden Termin nachzuholen. Wird dieser Termin aus einem vom Anwärter zu vertretenden Grund nicht wahrgenommen, so kann der Studienleiter den Anwärter im Einvernehmen mit der Ausbildungsbehörde vom weiteren Besuch des Lehrgangs ausschließen; die Prüfung gilt dann als nicht bestanden. Für nachzuholende Arbeiten sind neue Aufgaben zu stellen.

(4) Eine aus triftigem Grund abgebrochene oder nicht angetretene mündliche Prüfung gilt als nicht abgelegt. Sie ist an einem vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Termin nachzuholen; bleibt der Anwärter diesem Termin ohne triftigen Grund fern, so erklärt der Prüfungsausschuß die Prüfung für nicht bestanden.

§ 30 Wiederholung

(1) Hat der Anwärter die Laufbahnprüfung nicht bestanden, kann er, sofern er nicht nach § 43 Abs. 1 HBG entlassen wird, die Prüfung einmal wiederholen, nachdem er erneut an dem vom Prüfungsausschuß — im Falle des § 23 vom Studienleiter — bestimmten Abschnitten des Ausbildungslehrganges I teilgenommen hat. Die Ausbildungsbehörde bestimmt, welche Ausbildungsabschnitte der praktischen Ausbildung während dieser Zeit zu wiederholen sind.

(2) Besteht der Anwärter die Wiederholungsprüfung nicht, endet das Beamtenverhältnis mit dem Ablauf des Tages, an dem ihm das Prüfungsergebnis bekanntgegeben wird (§ 9 Abs. 2 Satz 2 HLVO).

§ 31 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Bekanntgabe der Bewertung der Prüfungsarbeiten erhält der Anwärter Einsicht in seine Prüfungsarbeiten einschließlich der Beurteilung durch die Prüfer.

(2) Im gerichtlichen Verfahren über die Anfechtung einer Prüfung werden die Prüfungsarbeiten des Anwärters einschließlich der Beurteilungen dem Gericht vorgelegt.

§ 32 Entscheidung über Widersprüche

Über Widersprüche gegen Verwaltungsakte, die auf Grund dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom Prüfungsausschuß oder dem Studienleiter erlassen werden, entscheidet der Schulleiter des Hessischen Verwaltungsschulverbandes.

V. Aufstiegsbeamte

§ 33 Zulassung zum Aufstieg, Einführungszeit

(1) Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann Beamte des einfachen Dienstes, die unter Berücksichtigung ihrer Bewährung in der bisherigen Laufbahn für den mittleren Dienst geeignet erscheinen, zur Ausbildung für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung (Einführungszeit) zulassen (§ 14 Abs. 1 HLVO).

(2) Die Einführungszeit dauert zwei Jahre (§ 14 Abs. 2 Satz 2 HLVO). Sie kann insoweit gekürzt werden, als die Beamten während ihrer bisherigen Tätigkeit schon hinreichende Kenntnisse, wie sie für die neue Laufbahn gefordert werden, erworben haben (§ 14 Abs. 2 Satz 3 HLVO). Bei einer Kürzung der Einführungszeit nach § 14 Abs. 2 Satz 3 HLVO gilt § 11 Abs. 4 und 5 entsprechend.

(3) Während der Einführungszeit verbleiben die Beamten in ihrer bisherigen Rechtsstellung.

§ 34 Einführung

(1) Die nach § 14 HLVO zugelassenen Beamten werden bei der Ausbildungsbehörde in die Aufgaben eines Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes eingeführt. Sie sollen am Ende der Einführungszeit mit den Aufgabengebieten vertraut sein, die im Ausbildungsplan für die Anwärter des mittleren Dienstes vorgesehen sind. Die Ausbildungsbehörde bestimmt, in welche Aufgabengebiete die Beamten unter Berücksichtigung ihrer bisherigen Tätigkeit insbesondere einzuführen sind.

(2) Während der Einführungszeit haben die Beamten an einem Ausbildungslehrgang I beim zuständigen Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes teilzunehmen.

§ 35 Anwendung der für Anwärter geltenden Bestimmungen

(1) Für Aufstiegsbeamte gelten die §§ 10, 13 und 17 bis 32 entsprechend, soweit in Abs. 2 und 3 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Hat ein Aufstiegsbeamter die Laufbahnprüfung nicht bestanden, so kann er erneut zur Teilnahme an einem Ausbildungslehrgang I benannt werden.

(3) Hat ein Aufstiegsbeamter die Wiederholungsprüfung nicht bestanden, so ist eine weitere Teilnahme am Ausbildungslehrgang I ausgeschlossen. Er verbleibt in seiner bisherigen Rechtsstellung.

VI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 36 Übergangsregelung

(1) Der Abschluß der Berufsausbildung zum Verwaltungsangestellten ist bis zum 31. Dezember 1989 dem Abschluß der Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten gleichgestellt.

(2) Für Anwärter, die sich bei Inkrafttreten dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung in der theoretischen Ausbildung befinden, gelten weiterhin die bisherigen Vorschriften.

§ 37 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung vom 14. Januar 1974 (StAnz. S. 131, berichtigt S. 731), geändert am 16. September 1974 (StAnz. S. 1731), wird — unbeschadet der vorstehenden Übergangsregelung — aufgehoben.

§ 38 Inkrafttreten

Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung tritt am 1. August 1980 in Kraft.

Wiesbaden, 22. 1. 1980

Der Hessische Minister des Innern
gez. Gries

Für den Hessischen Minister der Finanzen

Der Hessische Kultusminister
gez. Krollmann

Der Hessische Kultusminister
gez. Krollmann

Der Hessische Sozialminister
gez. Clauss

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
gez. Karry

Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
gez. Görlach

StAnz. 6/1980 S. 258

Anlage 1
(§ 14 Abs. 1)

Rahmenausbildungsplan für die praktische Ausbildung der Anwärter des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Ausbildungsabschnitt	Monate
1 Allgemeine Verwaltung	3
2 Personalwesen	4
3 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	5
4 Ordnungswesen	3
5 Sozialhilfe und Jugendwesen	2
6 Bau- und Verkehrswesen	2
7 Zur freien Verfügung	5
	<u>24</u>

Anmerkung:

- Verwaltungen mit insgesamt bis zu 12 Beamten- und Angestelltenstellen sind an die einzelnen Ausbildungsabschnitte des Rahmenplanes nicht gebunden. Die Ausbildungsabschnitte 1—3 sollen jedoch nicht weniger als 12 Monate betragen.
- Bei Verwaltungen mit mehr als 12 Beamten- und Angestelltenstellen kann die oberste Dienstbehörde die Reihenfolge der Ausbildungsabschnitte 1—3 ändern und die Zeitdauer der einzelnen Ausbildungsabschnitte bis zu 1/2 Monaten kürzen oder verlängern. Die Ausbildungsabschnitte 4—6 kann sie nach Maßgabe der örtlichen Gegebenheiten kürzen oder verlängern oder durch andere, dem Ausbildungszweck dienliche Abschnitte ersetzen; dies gilt insbesondere, wenn ein Bediensteter in einzelnen Ausbildungsabschnitten schon befriedigende Kenntnisse erworben hat.
- Verwaltungen, die nicht mindestens einen Beamten des gehobenen Dienstes beschäftigen, sollten den Anwärtern Gelegenheit geben, ein Drittel des Vorbereitungsdienstes bei einer Verwaltung abzuleisten, die diese Voraussetzung erfüllt.
- Die vorgeschriebene Gesamtausbildungszeit ist einzuhalten.

Anlage 2
(zu § 17 Abs. 3)

Lehrplan für den Ausbildungslehrgang I	Stunden
1. Grundlagen des Staats- und Verfassungsrechts, Politische Geschichte	120
2. Allgemeines Verwaltungsrecht	76
3. Kommunalrecht	66
4. Personalwesen	110
5. Recht der Gefahrenabwehr	66
6. Privatrecht	76
7. Soziale Sicherung	86
8. Öffentliche Finanzwirtschaft	110
9. Volkswirtschaftslehre	56
10. Organisation und Arbeitstechniken	76
11. Deutsch	48
12. Grundfragen sozialen Verhaltens	50
13. Zur besonderen Verfügung	20
	<u>960</u>

Anlage 3
(zu § 8 Abs. 1)
(zu § 16 Abs. 1)

Beschäftigungsnachweis
des Verwaltungspraktikanten/Assistentenwärters

Ausbildungs-	von	Darstellung der	Sichtvermerk
dienststelle	bis	Beschäftigung	

Anlage 4
(§ 8 Abs. 2)
(zu § 16 Abs. 2)

....., den

(Ausbildungsstelle)
Befähigungsbericht*)
für den Verwaltungspraktikanten/Assistentenwärter
.....
für die Zeit seiner Ausbildung bei
.....
vom bis
Dienstversäumnis (Krankheit, Urlaub, sonstige Gründe)
vom bis Grund

Der Verwaltungspraktikant/Assistentenwärter wurde in folgenden Arbeitsbereichen ausgebildet:
1. Leistungsbild
a) Auffassungsgabe
b) Urteilsfähigkeit

*) Bei Praktikanten entfällt die Beurteilung zu Nr. 1 Buchst. e, f, 1 und zu Nr. 2 Buchst. b.

- c) Ausdrucksfähigkeit, mündlich
 - d) Ausdrucksfähigkeit, schriftlich
 - e) Organisationsfähigkeit
 - f) Initiative
 - g) Arbeitssorgfalt
 - h) Arbeitstempo
 - i) Umfang der Fachkenntnisse
 - k) berufliches Interesse
 - l) Allgem. Bildungsstreben
2. Persönlichkeitsbild
 - a) Pflichtbewußtsein
 - b) Bereitschaft zur Verantwortung
 - c) Führung, dienstlich
 - d) Führung, außerdienstlich
 3. Ist das Ziel des Ausbildungsabschnittes erreicht? Falls nein, Angabe der Gründe und Mängel. Es bestehen noch folgende Lücken in der Ausbildung:
 4. Besondere Umstände, die bei der Gesamtbeurteilung zu berücksichtigen sind:
 5. Zusammenfassendes Urteil (ggf. besondere Befähigung oder Mängel, bemerkenswerte Wesenseigenschaften)

Kenntnis genommen:

....., den
 (Unterschrift)

(Unterschrift)

Anlage 5 (zu § 16 Abs. 3)

Ausbildungsnachweis für den Vorbereitungsdienst
des Assistentenwärters

(Vor und Zuname)

geboren am in

Beschäftigung seit der Schulentlassung bis zum Beginn des
Vorbereitungsdienstes:

Tag der Einstellung als Assistentenwärter:

Beschäftigung im Vorbereitungsdienst

Ausbildungsabschnitt (..... Monate)
 (Dienststelle) vom bis

Kurze Darstellung der Beurteilung (in Übereinstim-
Beschäftigung mung mit dem Befähigungs-
..... bericht) über Leistungen und
..... Persönlichkeit:

Bemerkungen:

Gesamtbeurteilung:
(am Schluß des Vorbereitungsdienstes)

Kenntnis genommen:

....., den

 (Unterschrift)

(Unterschrift)

Anlage 6

Hessischer Verwaltungsschulverband
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Verwaltungsseminar

PRÜFUNGSZEUGNIS

geboren am in

Beschäftigungsbehörde

hat in der Zeit vom bis

an einem Ausbildungslehrgang I am Verwaltungsseminar
teilgenommen und die

LAUFBAHNPRÜFUNG für den mittleren Dienst in der allgemeinen Verwaltung (Verwaltungsprüfung I)

nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die An-
wärter des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwal-
tung¹⁾ mit der Gesamtnote

bestanden.

....., den
 Der Vorsitzende
 des Prüfungsausschusses: . Der Studienleiter:
 (Siegel)

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses

Reihenfolge der Gesamtnoten:

Sehr gut (1); Gut (2); Befriedigend (3); Ausreichend (4)

Die Abschlusnote ergibt sich aus folgenden Einzelbewertun-
gen:

1. Erfahrungsnote Punkte

2. Noten der schriftlichen Prüfungs-
arbeiten:

a) Grundlagen des Staats- und

Verfassungsrechts;

Politische Geschichte

b) Allgemeines Verwaltungsrecht

c) Kommunalrecht

d) Personalwesen

e) Recht der Gefahrenabwehr

f) Privatrecht

g) Soziale Sicherung

h) Öffentliche Finanzwirtschaft

i) Volkswirtschaftslehre

3. Durchschnittsnote der mündlichen Prüfung: Punkte

4. Entscheidung des Prüfungsausschusses nach
§ 26 Abs. 3 APomD: Anhebung/Senkung²⁾ um 1 Punkt

Der Bewertung liegt die Notenskala von § 13 Abs. 1 APomD
(= § 10 Abs. 3 HLVO vom 18. Dezember 1979 — GVBl. I
S. 266 —) zugrunde. Die Punkte sind wie folgt den Noten
zugeordnet:

15 bis 14 Punkte = sehr gut (1)

13 bis 11 Punkte = gut (2)

10 bis 8 Punkte = befriedigend (3)

7 bis 5 Punkte = ausreichend (4)

4 bis 2 Punkte = mangelhaft (5)

1 bis 0 Punkte = ungenügend (6)

1) APomD vom 22. Januar 1980 (StAnz. S. 258)

2) Nichtzutreffendes streichen.

167

Beschäftigung von Angestellten zu Lasten freier Plan-
stellen bei der Hauptabteilung „Allgemeine Landesverwal-
tung“ des Landrats als Behörde der Landesverwaltung

Bezug: Mein Erlaß vom 16. Mai 1969 (StAnz. S. 939)

Im Einvernehmen mit dem Hess. Minister der Finanzen cr-
geht folgende Regelung:

1. Wenn Planstellen bei Kap. 03 13 — 422 01 nicht mit ge-
eigneten Bewerbern besetzt werden können, bestehen
keine Bedenken, das freie Stellenaufkommen in sinnge-
mäßiger Anwendung der VV Nr. 3 zu § 49 LHO für die
Bezahlung von Angestellten des Landkreises in Anspruch
zu nehmen.
2. Voraussetzung ist, daß die Angestellten über die Ver-
pflichtung des § 1 der DVO zu § 56 HKO hinaus zur Ver-
fügung gestellt werden und eine vergleichbare Funktion
ausüben.
3. Mit Ihrer Zustimmung können dem Landkreis vorüber-
gehend folgende persönliche Verwaltungsausgaben cr-
stattet werden:

- 3.1 Vergütungen, Zuwendungen, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zusatzversicherung bis zur Höhe einer der freien Planstelle vergleichbaren Vergütungsgruppe (vgl. Nr. 6 der Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen in der Anlage 1 a zum BAT bzw. § 11 BAT) aus Kap. 03 13 — 425 01.
- 3.2 Beihilfen nach der HBeihVO aus Kap. 17 02 — 441 03;
- 3.3 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung aus Kap. 03 13 — 451 01;
- 3.4 Trennungsgeld nach der HTGV aus Kap. 03 13 — 453 01.
- 3.5 Erstattungsfähig sind die Aufwendungen des Landkreises im gleichen Umfang, wie sie dem Land entstanden wären, wenn es den Angestellten im Erstattungszeitraum als Ersatz für einen fehlenden Beamten beschäftigt hätte. Bei folgenden Leistungen ist die Erstattung davon abhängig, daß der Angestellte am Stichtag beim Landrat tätig war:
- Zuwendung am 1. Dezember eines Jahres, Urlaubsgeld am 1. Juli eines Jahres.
4. Wird dem Landrat statt eines Angestellten nach Nr. 2 ein Beamter des Landkreises zur Verfügung gestellt, können dem Landkreis in sinnvoller Anwendung der VV Nr. 1 zu § 49 LHO die Dienstbezüge usw. aus der besetzbaren Planstelle bei Kap. 03 13 — 422 01 erstattet werden.
5. Aus der Zustimmung zur Erstattung von persönlichen Verwaltungsausgaben im obigen Umfang können Verpflichtungen — gleich welcher Art — nicht hergeleitet werden. Für den Erstattungszeitraum gelten die in Anspruch genommenen Planstellen als besetzt im Sinne des § 49 Abs. 2 LHO.
6. Diese Regelung gilt ab 1. Januar 1980. Erstattungen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1979 sind nach Maßgabe meines Erlasses vom 16. Mai 1969 (StAnz. S. 939), der hiermit aufgehoben wird, abzuwickeln.

Wiesbaden, 21. 1. 1980

Der Hessische Minister des Innern

I A 53 — 15 h 13 a

I A 62 — 15 h 13 c

StAnz. 6/1980 S. 264

168

Ausländerrecht;

hier: Ärztliche Untersuchung von Ausländern aus EG-Staaten

Auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Medizinalbeamten der Länder wird ab 1. Januar 1980 grundsätzlich auf eine ärztliche Untersuchung von Ausländern aus EG-Staaten verzichtet.

Wiesbaden, 28. 1. 1980

Der Hessische Minister des Innern

III A 51 — 23 d

StAnz. 6/1980 S. 265

169

Durchführung des Bundesbaugesetzes;

hier: Berücksichtigung des Verkehrs im Städtebau

Bezug: Erlasse vom 10. März 1969 (StAnz. S. 675), berichtigt mit Erlaß vom 15. Juli 1970 (StAnz. S. 1520), und 5. Juli 1972 (StAnz. S. 1274)

I.

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne haben die Gemeinden auch die Belange des Verkehrs einschließlich einer mit der angestrebten Entwicklung abgestimmten Verkehrsbedienungs durch den öffentlichen Personennahverkehr zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 6 BBauG). Sie sind mit den anderen öffentlichen und privaten Belangen gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen (§ 1 Abs. 7 BBauG).

Der Begriff des Verkehrs in § 1 Abs. 6 BBauG ist weit gefaßt. Hierzu gehören der Fußgänger-, der Rad- und der motorisierte Straßenverkehr, der schienengebundene Verkehr, der Luft- und der Schiffsverkehr; er schließt auch den Nachrichtenverkehr sowie den Gütertransport mittels besonderer Leitungen und den Energietransport ein.

Die Belange des Verkehrs werden von verschiedenen Verkehrsträgern wahrgenommen. Es ist Sache der Gemeinde, durch die Aufstellung von Bauleitplänen diese Planungen, soweit sie Auswirkungen auf eine geordnete städtebauliche Entwicklung haben, zu integrieren.

Das Bundesbaugesetz verweist in § 1 Abs. 6 ausdrücklich auf die mit der angestrebten Entwicklung abgestimmte Verkehrsbedienungs durch den öffentlichen Personennahverkehr. Um die erforderliche Abstimmung leisten zu können, kann die Gemeinde im Bebauungsplan festsetzen, daß die nach diesem Plan zulässigen baulichen oder sonstigen Nutzungen des Gebietes oder von Teilen des Gebietes oder daß bestimmte in ihm festgesetzte Nutzungen erst zulässig sind, wenn die Einrichtung von Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des öffentlichen Personennahverkehrs, gesichert ist (§ 9 a Abs. 1). Die Plangenehmigungsbehörde kann die Genehmigung des Bebauungsplans unter die Auflage stellen, den Plan um Festsetzungen nach § 9 a zu ergänzen (§ 11 Satz 2 BBauG). Ich verweise insoweit auf Nr. 2.5 meines Erlasses vom 12. Januar 1977 (StAnz. S. 307).

Zur Einfügung der Planungen anderer Verkehrsträger in die städtebauliche Ordnung kann es erforderlich sein, daß benachbarte Gemeinden einen gemeinsamen Flächennutzungsplan aufstellen. Ein solcher Plan soll insbesondere dann aufgestellt werden, wenn Einrichtungen und Anlagen des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des öffentlichen Personennahverkehrs, sonstige Erschließungsanlagen sowie Gemeinbedarfs- oder sonstige Folgeeinrichtungen eine gemeinsame Planung erfordern. Die Gemeinden können vereinbaren, daß sich die Bindung nur auf bestimmte räumliche oder sachliche Teilbereiche des Flächennutzungsplans erstreckt (§ 3 Abs. 1 BBauG). Ist die Abstimmung der gemeindlichen Planungen nur für räumliche oder sachliche Teilbereiche erforderlich, so kommt auch anstelle eines gemeinsamen Flächennutzungsplans eine Vereinbarung der beteiligten Gemeinden über bestimmte Darstellungen in ihren Flächennutzungsplänen in Betracht (§ 3 Abs. 2 BBauG).

II.

1. Durch den vorstehenden Erlaß wird der Erlaß vom 10. März 1969 (StAnz. S. 675), berichtigt mit Erlaß vom 15. Juli 1970 (StAnz. S. 1520), ersetzt. Die „Richtlinien für die Berücksichtigung des Verkehrs im Städtebau“ (Anlage zu diesem Erlaß) können als Hinweise zunächst weitergenutzt werden.
2. Der Erlaß vom 5. Juli 1972 (StAnz. S. 1274) wird aufgehoben. Die mit diesem Erlaß eingeführten „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen, Teil: Erschließung (RAST — E)“ werden zur Zeit unter Berücksichtigung der inzwischen gewonnenen Erkenntnisse überarbeitet. Sie können aber weitergenutzt werden, soweit sie im Hinblick auf den Abwägungsgrundsatz des § 1 Abs. 7 BBauG flexibel und den örtlichen Verhältnissen sowie den städtebaulichen Zielsetzungen entsprechend gehandhabt werden.

Wiesbaden, 18. 1. 1980

Der Hessische Minister des Innern

V C 1 — 61 d 02/15 — 1/79

StAnz. 6/1980 S. 265

170

Anerkennung von Feuerlöschschläuchen

Bezug: Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und -geräten sowie Atemschutz- und Funkgeräten für Feuerwehren, bekanntgegeben mit meinem Erlaß vom 20. Januar 1976 (StAnz. S. 261)

Der Niedersächsische Minister des Innern hat nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der Zentralprüfstelle für Feuerlöschschläuche die in der Anlage aufgeführten Feuerlöschschläuche als normgerecht anerkannt.

Diese Feststellung gilt nach Nr. 7 der vorbezeichneten Verwaltungsvereinbarung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Sie wird hiermit für das Land Hessen bekanntgegeben.

Wiesbaden, 24. 1. 1980

Der Hessische Minister des Innern

VI 57 — 6 e — 06 — 2

StAnz. 6/1980 S. 265

Anlage

1. Druckschläuche

Firma Franz A. Parsch, 4530 Ibbenbüren 1

Prüf-Nr. 8 704 79

C 42—15 DIN 14811—K

„Parsch Synthetic 3 Z“

Prüf-Nr. 8 708 79—1

C 42—15 DIN 14811—K

„Parsch Synthetic 3 Z Color“

Prüf-Nr. 8 709 79—1

C 52—15 DIN 14811—K

„Parsch Synthetic 3 Z Color“

Prüf-Nr. 8 710 79—1

B—20 DIN 14811—K

„Parsch Synthetic 3 Z Color“

Firma Max Widenmann, 7928 Giengen/Brenz

Prüf-Nr. 8 673 79

B—20 DIN 14811—K

„AWG—B 75. 20—3 F“

2. Berichtigung

der Anlage zur Veröffentlichung vom 4. Juli 1979 (StAnz. S. 1579)

In Nr. 2. Firma IVG industria veneta gomma colbachini s. p. a. I—35030 Cervarese S. Croce (Padova), sind die Prüf-Nrn. 70—139 bzw. 70—140 durch die Prüf-Nrn. 70—143 bzw. 70—144 zu ersetzen.

171

DER HESSISCHE MINISTER DER FINANZEN**Zulassung zur Steuerberaterprüfung 1980**

Der schriftliche Teil der Steuerberaterprüfung 1980 wird voraussichtlich Anfang Oktober 1980 durchgeführt werden.

Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Steuerberaterprüfung ergeben sich aus den §§ 36 und 37 des Steuerberatungsgesetzes (BGBl. 1975 I S. 2735 = BStBl. 1975 I S. 1082).

Die Zulassung zur Steuerberaterprüfung ist bei der zuständigen obersten Landesfinanzbehörde zu beantragen. Die örtliche Zuständigkeit (§ 3 DVStB) richtet sich grundsätzlich nach dem Ort, an dem der Bewerber im Zeitpunkt der Antragstellung hauptberuflich tätig ist oder in Ermangelung einer beruflichen Tätigkeit seinen Wohnsitz hat. Bei mehrfachem Wohnsitz ist der Wohnsitz maßgebend, an dem sich der Bewerber vorwiegend aufhält. Der Ort der beabsichtigten beruflichen Niederlassung ist für die Zuständigkeit nur dann maßgebend, wenn sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes und im Land Berlin weder der Ort der hauptberuflichen Tätigkeit noch der Wohnsitz des Bewerbers befindet.

Bewerber, die ihre Zulassung nach § 3 der Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (DVStB) vom 12. November 1979 (BGBl. I S. 1922 = BStBl. I S. 686) in Hessen beantragen müssen, werden gebeten, den Antrag beim Hessischen Minister der Finanzen in 6200 Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 8 (Postfach 31 80), einzureichen.

Als Termin für die Antragstellung wird der 20. Mai 1980 bestimmt (§ 1 Abs. 2 DVStB).

Für das Zulassungsverfahren habe ich einen besonderen Vordruck aufgelegt. Es wird gebeten, den bei mir erhältlichen Vordruck rechtzeitig anzufordern.

Wiesbaden, 21. 1. 1980

Der Hessische Minister der Finanzen

S 0853 A — 15 — II A 1a

StAnz. 6/1980 S. 266

172

DER HESSISCHE MINISTER DER JUSTIZ**Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises**

Der für den Verwaltungsangestellten Gerhard Lahme von dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Butzbach am 1. Februar 1979 ausgestellte Dienstausweis Nr. 32/V ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 17. 1. 1980

Der Hessische Minister der Justiz

2000 E — IV/8 — 21/80

StAnz. 6/1980 S. 266

173

DER HESSISCHE KULTUSMINISTER**Genehmigung der Geschäftsordnung des Direktoriums der Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege Geisenheim am Rhein vom 10. Dezember 1979**

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten und dem Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz genehmige ich hiermit die Geschäftsordnung des Direktoriums der Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege Geisenheim am Rhein vom 10. Dezember 1979 (§ 8 Abs. 8 der Satzung der Forschungsanstalt für Weinbau pp. vom 3. Dezember 1976 — StAnz. S. 2233 — i. V. mit § 1 Abs. 2 Satz 2 des Staatsvertrages vom 10. Juni 1974 — StAnz. S. 385 —).

Wiesbaden, 25. 1. 1980

Der Hessische Kultusminister

V B 3 — 488/116 — 2

StAnz. 6/1980 S. 266

Geschäftsordnung des Direktoriums der Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege Geisenheim am Rhein vom 10. Dezember 1979

Auf Grund des § 8 Abs. 8 der Satzung der Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege Geisenheim am Rhein vom 3. Dezember 1976 (StAnz. S. 2233) — im folgenden „Satzung“ genannt — gibt sich das Direktorium der Anstalt folgende Geschäftsordnung:

§ 1**Allgemeines**

(1) Das Direktorium und der Geschäftsführende Direktor als Vorsitzender des Direktoriums sind zentrale Organe der Anstalt (§ 3 Abs. 3 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz über die Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege

Geisenheim am Rhein vom 10. Juni 1974 — GVBl. Hessen I S. 385 = GVBl. Rheinland-Pfalz S. 529 — im folgenden „Staatsvertrag“ genannt).

(2) Aufgaben, Zusammensetzung und Amtszeit des Direktoriums ergeben sich aus § 8 der Satzung.

§ 2

Pflichten und Aufgaben der Direktoriumsmitglieder

(1) Die Mitglieder des Direktoriums sind zur Zusammenarbeit in diesem Gremium verpflichtet.

(2) Der Geschäftsführende Direktor vertritt das Direktorium gegenüber Dritten und führt die Verhandlungen mit den nach § 1 Abs. 2 des Staatsvertrages für die Anstalt zuständigen Ministerien. Im übrigen ergeben sich Aufgaben und Pflichten des Geschäftsführenden Direktors aus § 9 Abs. 1 bis 6 der Satzung.

(3) Für bestimmte Bereiche und Einzelaufgaben kann der Geschäftsführende Direktor unter Mitwirkung des Direktoriums Beauftragte benennen und Ausschüsse berufen. Diese Beauftragten bereiten die einschlägigen Sachentscheidungen der zentralen Organe der Anstalt vor.

(4) Bei Abwesenheit von Direktoriumsmitgliedern nehmen ihre nach § 7 Abs. 1 Satz 1 und § 9 Abs. 7 Satz 2 der Satzung bestellten Vertreter die Aufgaben nach dieser Geschäftsordnung wahr.

§ 3

Sitzungen

(1) Das Direktorium berät und beschließt nur in ordentlichen Sitzungen.

(2) In dringenden Angelegenheiten kann eine Unterrichtung durch den Geschäftsführenden Direktor im Umlaufverfahren oder fernmündlich erfolgen; Beschlüsse können auf diese Weise nicht gefaßt werden.

(3) Der Geschäftsführende Direktor beruft die Sitzungen ein und bereitet sie vor; der Einladung ist die Tagesordnung beizufügen. Er ist zur Einberufung einer Sitzung innerhalb von drei Kalendertagen verpflichtet, wenn mindestens zwei Mitglieder des Direktoriums die Einberufung beantragen.

(4) Alle an der Sitzung Beteiligten sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit es der Beratungsgegenstand gebietet; dies gilt insbesondere bei Personalangelegenheiten.

(5) Soll über eine Angelegenheit beraten und beschlossen werden, die einer Vorbereitung durch die Sitzungsmitglieder bedarf, sind ihnen die hierfür erforderlichen Unterlagen rechtzeitig vor der Sitzung zu übersenden.

§ 4

Tagesordnung

(1) Die Mitglieder des Direktoriums können Vorschläge zur Tagesordnung und Anträge zur Beschlußfassung an den Geschäftsführenden Direktor schriftlich einreichen. Die Vorschläge und Anträge sollen eine Begründung enthalten. Sie müssen in der nächsten Sitzung behandelt werden, wenn sie dem Geschäftsführenden Direktor spätestens drei Kalendertage vor dem anberaumten Sitzungstermin zugegangen sind.

(2) Der Geschäftsführende Direktor stellt unter Berücksichtigung der eingegangenen Vorschläge eine vorläufige Tagesordnung auf. Er kann dabei gleichartige oder sachlich verwandte Vorschläge zu einem Tagesordnungspunkt zusammenfassen.

(3) Die Tagesordnung enthält einen Punkt „Verschiedenes“. Unter diesem Tagesordnungspunkt sollen nur Fragen gestellt und beantwortet, Berichte entgegengenommen, Angelegenheiten von geringerer Bedeutung beraten und der Termin der nächsten Sitzung festgelegt werden; Beschlüsse dürfen nicht gefaßt werden. § 6 Abs. 4 und 5 bleibt unberührt.

(4) Beratungsgegenstände, die nicht innerhalb der Frist des Abs. 1 Satz 3 eingebracht worden sind, können beraten werden; Beschlüsse hierüber dürfen jedoch erst in der nächsten ordentlichen Sitzung gefaßt werden. Auf Antrag eines Direktoriums-Mitglieds muß vor dieser Beschlußfassung erneut in die Beratung eingetreten werden. Von dieser Regelung kann auf einstimmigen Beschluß aller stimmberechtigten Direktoriums-Mitglieder abgewichen werden.

§ 5

Beratung

(1) Der Geschäftsführende Direktor eröffnet die Aussprache über die einzelnen Tagesordnungspunkte. Er erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen; diese erfolgen durch Handzeichen.

(2) Zu Beginn einer Beratung über einen Antrag erhält der Antragsteller bzw. einer der Antragsteller das Wort zur Begründung.

(3) Der Geschäftsführende Direktor kann jederzeit in gebotener Kürze zur Geschäftsordnung und zum Sitzungsablauf das Wort ergreifen. Bei Ausführungen zur Sache muß er sich in die Rednerliste eintragen lassen.

(4) Der Geschäftsführende Direktor kann mit Zustimmung des Redners Zwischenfragen erlauben. Sie müssen kurz gehalten sein. Wünscht ein Mitglied eine Zwischenfrage zu stellen, gibt es dies durch Handzeichen zu erkennen.

(5) Wortmeldungen zu persönlichen Erwidern sind unmittelbar zuzulassen. Mit persönlichen Erwidern dürfen nur Äußerungen mit Bezug auf die eigene Person zurückgewiesen und eigene Ausführungen richtig gestellt werden. Zur Sache darf nicht gesprochen werden. Debatten im Anschluß an eine persönliche Erwidern sind grundsätzlich nicht zulässig.

(6) Die Redezeit kann durch Beschluß gleichmäßig beschränkt werden. Eine Beschränkung unter drei Minuten ist nicht zulässig.

(7) Der Geschäftsführende Direktor soll Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, zur Sache verweisen. Überschreitet ein Redner die ihm zustehende Redezeit, kann der Geschäftsführende Direktor ihm nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.

(8) Liegen Wortmeldungen nicht mehr vor, schließt der Geschäftsführende Direktor die Beratung über den Tagesordnungspunkt.

(9) Das Direktorium kann durch Beschluß Nichtmitglieder zu Anhörungen anlässlich der Behandlung einzelner Angelegenheiten einladen; diese sind nicht stimmberechtigt.

§ 6

Beschlußfähigkeit, Beschlußfassung

(1) Das Direktorium ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind (§ 8 Abs. 4 Nr. 1 und 2 und Abs. 6 Satz 1 der Satzung). Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden (§ 8 Abs. 6 Satz 2 der Satzung).

(2) Ordnungsmäßig gefaßte Beschlüsse sind auch von den Mitgliedern zu vertreten, die nicht zugestimmt haben. Das gilt auch, wenn die Minderheitsauffassung zur Niederschrift gegeben wurde.

(3) Während der Sitzung können Anträge nur zum jeweils behandelten Tagesordnungspunkt oder zur Geschäftsordnung gestellt werden.

(4) Vorschläge einzelner Mitglieder, die sich aus der Beratung über einen Tagesordnungspunkt ergeben, können zum Antrag zur Beschlußfassung erhoben werden. Der Antragsteller formuliert den Antrag. Der Geschäftsführende Direktor gibt Gelegenheit zur Aussprache über den Antrag.

(5) Werden zu vorliegenden Anträgen Abänderungsanträge gestellt, so ist zunächst über diese Abänderungsanträge abzustimmen. Die so festgestellte Fassung des Erstantrages wird sodann zur Abstimmung gestellt.

(6) Abstimmungen sind in der Regel offen. Sie erfolgen durch Handzeichen. Geheime Abstimmungen werden bei Personalangelegenheiten oder auf Antrag eines Mitglieds vorgenommen.

§ 7

Niederschrift

(1) Über jede Sitzung hat der Geschäftsführende Direktor eine Niederschrift anzufertigen, die den übrigen Mitgliedern des Direktoriums zuzustellen ist.

(2) Auf Antrag muß auch eine vom Mehrheitsbeschluß abweichende Meinung in das Protokoll aufgenommen werden.

(3) Über etwaige Einwendungen gegen das Protokoll wird zu Beginn der nächsten Sitzung durch Beschluß entschieden. Liegen keine Einwendungen vor, gilt das Protokoll als genehmigt.

§ 8

Anwendung sonstiger Vorschriften

Soweit diese Geschäftsordnung keine weiteren Bestimmungen enthält, ist die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sinngemäß anzuwenden.

§ 9

Abweichungen von der Geschäftsordnung

Mit Ausnahme der durch Gesetz, Satzung oder Dienstordnung vorgegebenen Regelungen kann von den Bestimmungen die-

ser Geschäftsordnung abgewichen werden, wenn mindestens drei Viertel der stimmberechtigten Direktoriumsmitglieder zustimmen.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach ihrer Genehmigung durch den Hessischen Kultusminister in Kraft.

Geisenheim, den 8. 1. 1980

Der Geschäftsführende Direktor
gez. Prof. Dr. Dittrich

174

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

Fortführung der Frachthilfe im hessischen Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 1980

Zum teilweisen Ausgleich von wesentlichen Frachtkosten, die durch Verlagerung im Güterversand infolge der Zonengrenzziehung eingetreten sind, wird die Frachthilfe im Zonenrandgebiet für die Zeit vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 1980 auf jederzeitigen Widerruf und ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs fortgeführt.

Abschnitt I

Begünstigtes Gebiet

(gem. § 9 Zonenrandförderungsgesetz vom 5. August 1971)

Die kreisfreie Stadt Kassel,
der Landkreis Kassel mit Ausnahme

- der Städte Naumburg, Wolfhagen und Zierenberg,
- der Gemeinden Breuna, Emstal und Habichtswald,
- des Gebietes der früheren Gemeinde Martinshagen der Gemeinde Schauenburg,

der Werra-Meißner-Kreis,
vom Schwalm-Eder-Kreis

- die Städte Felsberg, Melsungen und Spangenberg
- die Gemeinden Guxhagen, Körle und Morschen,
- das Gebiet der früheren Gemeinde Deute der Stadt Gudensberg,
- die Gebiete der früheren Gemeinden Hausen, Lichtenhagen, Nausis, Nenterode und Rengshausen der Gemeinde Knüllwald,
- die Gemeinde Malsfeld mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Mosheim und Sipperhausen,
- die Gebiete der früheren Gemeinde Harle und Niedermöllrich der Gemeinde Wabern,

der Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit Ausnahme

- der Gemeinde Breitenbach a. Herzberg,
- der Gebiete der früheren Gemeinden Mühlbach, Raboldshausen, Saasen und Salzberg der Gemeinde Neuenstein,

der Landkreis Fulda,
vom Vogelsbergkreis

- die Städte Herbstein, Lauterbach und Schlitz,
- die Gemeinden Grebenhain, Lautertal und Wartenberg,
- die Gemeinden Freiensteinau mit Ausnahme des Gebietes der früheren Gemeinde Radmühl (ehemals Landkreis Gelnhausen),
- die Stadt Ulrichstein mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Bobenhausen II, Helpershain, Ober-Seibertenrod, Unter-Seibertenrod,

vom Main-Kinzig-Kreis

- die Städte Schlüchtern und Steinau
- die Gemeinden Sinnthal und Züntersbach,
- die Stadt Bad Soden-Salmünster mit Ausnahme der Gebiete der früheren Gemeinden Alsberg, Katholisch-Willenroth und Mernes,
- der Teil des Gutsbezirkes Spessart, der zum Landkreis Schlüchtern gehörte.

Abschnitt II

Begünstigte Güterarten

Lfd. Nr.	Güterart	Frachthilfe auf Versandweiten ab km	% der Fracht	Bemerkungen
1	2	3	4	5
1a	Natursteine roh, Steine, zerkleinert oder gemahlen, Abfallsteine aus Naturgestein zum Bahn-, Wasser od. Wegebau	140—300 301—400 mehr als 400	17 22 26	mit Ausnahme von Packlage*)
b	Kies, Schlacken, zerkleinerte Schlacken, Steingrus, -schlag, -schotter, -splitt- (mit Asphalt oder/und Teer bis 12% des Gesamtgewichts der Sendung überzogen), Bausteine, Böschungsteine, Bordschwellen, Pflastersteine, Prellsteine, Randsteine, Schutzsteine, — auch mit Löchern —, Sohlen-Pflastersteine aus Naturgestein zum Bahn-, Wasser-, Wegebau	140—300 301—400 mehr als 400	17 22 26	
	*) Packlage	140	20	
2	Düngerkalk	150	20	
3a	Technische Gipse (Dentalgipse)	150	13	
b	Düngegips	150	20	
c	Baugipse (Rohstoffgipse)	150	9	
4	Gespinnste und Gewebe aus Jute und Hanf	200	24	
5	Ton, roh oder getrocknet, auch gemahlen	70	13	
6	Schamotteplatten und Schamottesteine	170	16	
7	Schamottemörtel	170	13	
8	Stückschamotte, zerkleinert und gemahlen	110	17	
9	Schnittholz der Warenklasse 5316	140	15	

Abschnitt III

Verfahrensvorschriften

A. Die Frachthilfe wird gewährt bei Beförderung der im Abschnitt II genannten Güter aus dem in Abschnitt I bezeichneten Gebiet nach Bahnhöfen, Binnenumschlagplätzen, Seehäfen und Grenzübergangspunkten der Bundesrepublik Deutschland

und West-Berlin bei Aufgabe als Wagenladung oder als Stückgut (Sammelgut) und einem der Frachtberechnung zugrundegelegten Gewicht von mehr als 40 kg. Die Güter müssen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1980 ausgeliefert sein.

Als Beförderung gilt der Versand

1. mit der Eisenbahn,
2. im gewerblichen Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen,
3. mit Binnenschiffen oder Küstenmotorschiffen,
4. im gebrochenen Verkehr unter Beteiligung der Verkehrsmittel von 1. bis 3.

B. Vergütungsfähig sind

- a) bei Schienentransporten die Frachten des DEGT, bei Stückgutsendungen auch die Hausfrachten; vereinbarte Beförderungsentgelte gem. § 6 Abs. 6 EVO sind den Frachten des DEGT gleichzustellen;
- b) bei Transporten mit Kraftfahrzeugen im gewerblichen Güterfernverkehr die Frachten des Reichskraftwagentarifs (RKT) und der Tarife für den Güterkraftverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sowie die nach § 22 a des GüKG und nach Artikel 3 der genannten Tarife für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr durch Sonderabmachungen vereinbarten Beförderungsentgelte,
- c) bei Beförderung mit Binnenschiffen oder Küstenmotorschiffen die Wasserfracht,
- d) bei Wasserumschlagsendungen die Gesamtfracht nach a) bis c) einschließlich der Hafengebühren und Umschlagkosten,
- e) bei Spediteursammelgut- und Containersendungen das Entgelt für die Besorgung der Beförderung ab Haus des Versenders bis zu dem im Versandauftrag angegebenen Bestimmungsbahnhof oder Bestimmungsort,
- f) bei Beförderungen im gewerblichen Güterfernverkehr, die den Tarifen für den Güterkraftverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften unterliegen, ist das auf den deutschen Streckenanteil entfallende Beförderungsentgelt wie folgt zu ermitteln:

$$\frac{\text{Beförderungsentgelt für die Gesamtstrecke}}{\text{Tarifentfernung für die Gesamtstrecke}} \times \text{Tarifentfernung für den deutschen Streckenanteil}$$

Tarifentfernung für die Gesamtstrecke.

Nicht zuschussfähig sind

- a) die auf das Beförderungsentgelt entfallende Umsatzsteuer,
- b) Nebengebühren und sonstige mit dem Transport zusammenhängende Kosten; dies gilt nicht für die Frachtzuschläge gemäß Ziff. XII Nr. 1 der RKT-Nebengebührentarife (Zuschläge für Minderauslastung).

Im Eisenbahnverkehr mit West-Berlin wird jedoch die Fracht für die Strecke der Deutschen Reichsbahn (DR) oder einer dem Tarif der DR angeschlossenen Privatbahn vor Berechnung der Frachthilfe um 5 v. H. gekürzt.

Anträge auf Frachthilfe werden erst dann berücksichtigt, wenn der Erstattungsbetrag im Kalenderjahr DM 600,— und 0,25 pro Mille des steuerbaren Umsatzes bei der frachthilfegünstigen Betriebseinheit übersteigt. Soweit der Umsatz des laufenden Jahres eine für den Frachthilfeempfänger günstigere Bemessungsgrundlage ergibt, kann diese zur Bewertung herangezogen werden. Frachthilfe wird nur bis zu DM 5000,— pro Beschäftigtem in einer Betriebsstätte gewährt. Maßgebend ist die durchschnittliche Beschäftigtenzahl des Vorjahres. Wenn jedoch am Ende des Erstattungsjahres eine höhere Durchschnittszahl der Beschäftigten nachgewiesen werden kann, gilt diese als Grundlage.

C. Die Güter müssen im begünstigten Gebiet gewonnen oder erzeugt sein. Güter, die aus anderen Gebieten in das begünstigte Gebiet gebracht und von dort in unverändertem Zustand weiterbefördert werden, fallen nicht unter die Frachthilfe. Ebenso wird Frachthilfe nicht gewährt für Sendungen an die Bundeswehr und Stationierungstruppen, sofern die Fracht von diesen getragen wird.

D. Die Frachthilfe wird nur dem im begünstigten Gebiet ansässigen Versender gewährt, der allein antragsberechtigt ist. Sie ist eine zugunsten der Zonenrandwirtschaft gewährte Hilfe, bei der die nach Buchstabe B errechnete Fracht als Maßzahl zugrunde gelegt wird. Ein Anspruch des Empfängers der Sendung oder des Frachtzahlers, soweit dieser nicht Antragsteller ist, auf Weitergabe der Frachthilfe besteht somit nicht. Werden aus Gründen des Kundenschutzes Frachtbriefe (Schiffsladescheine) mit anderen Absenderangaben als denen des Antragstellers verwendet, so ist vom Antragsteller neben

dem Frachtbriefdoppel noch eine Abschrift der Rechnung oder eine Abtretungserklärung des im Frachtbrief genannten Absenders vorzulegen, oder das Frachtbriefdoppel mit folgendem Vermerk zu versehen:

„Das Gut wurde in meinem im begünstigten Gebiet gelegenen Betrieb gewonnen (erzeugt) und aus Gründen des Kundenschutzes mit einem Frachtbrief meines Kunden in dessen Auftrag aufgegeben.“

Firmenstempel und Unterschrift
des Antragstellers.“

E. Zur Überwindung der Frachthilfeabhängigkeit von Unternehmen im Zonenrandgebiet wird die Möglichkeit einer einmaligen Abgeltung laufender Frachthilfeleistungen geboten (Frachthilfekapitalisierung).

Für Erweiterungs-, Umstellungs- und Rationalisierungsinvestitionen kann für Anträge, die in der Zeit vom 1. Januar 1980 bis 31. Dezember 1980 bei der zuständigen Stelle des Landes eingereicht werden, ein Zuschuß in Höhe eines fünffachen Jahresbetrages gewährt werden. Die mit den Zuschüssen geförderten Investitionen sollen die Produktionskosten so verringern, daß ein Ausgleich für die im Anschluß an die Kapitalisierung wegfallenden jährlichen Frachthilfezahlungen zustande kommt.

Der Antrag auf Kapitalisierung der Frachthilfe muß mit einem Antrag für ein Investitionsvorhaben gekoppelt sein. Die kapitalisierte Frachthilfe darf nur für Vorhaben gewährt werden, die vor der Antragstellung noch nicht begonnen wurden.

Die Förderung im Rahmen der Frachthilfekapitalisierung kann durch andere Investitionshilfen ergänzt werden. Die gesamte Förderung aus öffentlichen Mitteln soll 25% der Investitionskosten nicht übersteigen.

Anträge auf Frachthilfekapitalisierung sind unmittelbar bei mir zu stellen.

F. Die Erstattungsanträge sind beim Regierungspräsidenten in Kassel einzureichen. Dem Antrag ist beizufügen:

1. Ein Verzeichnis aller Sendungen, für welche Frachthilfe beantragt wird.

2. a) Bei durchgehender Beförderung auf der Schiene das Frachtbriefdoppel (§ 61 Abs. 4 und 5 EVO), in dem alle für die Erstattung notwendigen Eintragungen enthalten sein müssen. Originalfrachtbriefe oder andere Versandbescheinigungen werden nicht anerkannt;

in den Fällen, in denen nur durch Anforderung von Zahlungsbelegen die Höhe der Hausfracht festgestellt werden kann (Empfangshausfracht bei Überweisungsendungen) wird diese nach der Tabellenfracht — Anhang III a der „Bedingungen für die Stückgutbeförderung durch die deutschen Eisenbahnen von Haus zu Haus“ — berechnet;

- b) bei durchgehender Beförderung auf der Straße die für den Absender nach § 10 Abs. 2 KVO bestimmte Durchschrift des Frachtbriefes. Die Übereinstimmung dieser Frachtbriefdurchschrift mit der gemäß § 58 GüKG zur Tarifüberwachung vorgelegten Frachtbrieferstschrift sowie die tarifmäßige Frachtberechnung sind auf der Frachtbriefdurchschrift von der für den Beförderungsunternehmer zuständigen Außenstelle der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr oder, falls der Beförderungsunternehmer die für die Tarifüberwachung erforderlichen Unterlagen über eine zugelassene Frachtpflichtstelle vorgelegt, von dieser zu bestätigen.

- c) Bei durchgehender Beförderung auf dem Wasserweg eine Durchschrift des Ladescheines, auf der von der Hafenverwaltung des Verladehafens die Verladung des Gutes sowie die Höhe der Wasserfracht je Tonne zu bestätigen ist; im grenzüberschreitenden Verkehr ggf. ein Beleg über bezahlte Schiffsabgaben (Fahrschein c). Falls der Fahrschein c keine Angaben über die Höhe der Schiffsabgaben enthält, genügt eine Bestätigung der Hafenverwaltung des Umschlaghafens.

- d) Im gebrochenen Verkehr, die unter a bis c genannten Unterlagen nebst einer Bestätigung der Hafenverwaltung über die Höhe der Hafen- und Umschlaggebühren. Im grenzüberschreitenden Verkehr ggf. ein Beleg über bezahlte Schiffsabgaben (Fahrschein c). Falls der Fahrschein c keine Angaben über die Höhe der Schiffsabgaben enthält, genügt eine Bestätigung der Hafenverwaltung des Umschlaghafens.

G. Erstattungsanträgen für die im Spediteur-Sammelgutverkehr abgefertigten Sendungen ist anstelle der vorgenannten Belege die Spediteurrechnung mit folgenden Angaben beizufügen:

- a) Anschrift des Versenders, Übernahmedatum, Übernahmeort und für den Übernahmeort zuständiger Gemeindetarifbereich oder ggf. Tarifbahnhof,
- b) Bezeichnung der Güterart, Bruttogewicht der Sendung und die Tarifentfernung,
- c) die Anschrift des Empfängers, Übergabeort und für den Übergabeort zuständiger Gemeindetarifbereich oder ggf. Tarifbahnhof,
- d) das Entgelt für die Besorgung der Beförderung ab Haus des Versenders bis zu dem im Versandauftrag angegebenen Bestimmungsort oder ggf. Bestimmungsbahnhof,
- e) eine Versicherung des Spediteurs, daß er sich verpflichtet, Beauftragten des Regierungspräsidenten in Kassel Einsichtnahme in das Speditionsbuch und die dazu gehörigen Frachtunterlagen zu gewähren, ihnen Auskunft über den Lauf der frachthilfebegünstigten Sendungen und alle sonstigen, die Frachthilfe betreffenden Fragen zu geben.

H. Die Anträge können auch über eine Industrie- und Handelskammer oder über einen Fachverband vorgelegt werden. Die Einschaltung von gewerblichen Erstattungsbüros ist nicht zulässig.

I. Die Erstattungsanträge sind beim Regierungspräsidenten in Kassel in zweifacher Ausfertigung

- a) für die im Abschnitt II unter lfd. Nr. 1—8 genannten Güter jeweils bis zum 20. des auf das Erstattungsquartal folgenden Monats,
- b) für das im Abschnitt II unter lfd. Nr. 9 genannte Gut jeweils monatlich bis zum 20. des auf den Erstattungsmonat folgenden Monats

vorzulegen.

J. Der Antragsteller unterwirft sich den Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätzen (Anlage 1 zu den VV zu § 44 LHO — StAnz. 1974 S. 1578 ff. —).

Die erforderlichen Angaben sowie die in § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) in Verbindung mit dem Hessischen Subventionsgesetz vom 18. Mai 1977 (GVBl. I S. 199) genannten Umstände, die für die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder das Belassen der Frachthilfe bzw. der Frachthilfekapitalisierung maßgeblich sind, sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des StGB. Gemäß § 3 der vorgenannten Gesetze sind unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteiles entgegenstehenden oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteiles erheblich sind.

Wiesbaden, 22. 1. 1980

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**

II b 12 — 322.0

StAnz. 6/1980 S. 268

175

Ausnahmegenehmigung für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung sowie für Blinde

Bezug: Runderlasse vom 2. Februar 1977 (StAnz. S. 520) und vom 6. September 1976 — III b 3 — 66 k 04.23.04 (n. v.)

Der Bundesminister für Verkehr hat anlässlich der Sitzung des Bund-Länder-Fachausschusses — StVO — am 2./3. Oktober 1979 mitgeteilt, daß sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der CEMT verpflichtet habe, ab 1. Januar 1980 den Schwerbehinderten der anderen Mitgliedstaaten die gleichen Erleichterungen zu gewähren wie ihren eigenen.

Auf Grund der gegenseitigen Anerkennung der Parkerleichterungen für Schwerbehinderte im Bereich der CEMT-Länder muß ab diesem Zeitpunkt in die Ausweise das internationale Symbol der Körperbehinderten (weiß auf blauem Grund) aufgenommen werden, damit auch deutsche Schwerbehinderte in den CEMT-Ländern die Parkerleichterungen in Anspruch nehmen können. Die bisher bundesweit üblicherweise gebräuchliche Kennzeichnung der Parkausweise mit drei schwarzen Punkten wird nicht anerkannt.

Ab sofort sind daher von den zuständigen Verwaltungsbehörden nur noch Parkausweise bzw. Zusatzausweise zu den Parkausweisen auszugeben, die mit dem „Rollstuhlfahrsymbol“ entsprechend dem beigefügten Muster versehen sind. Bereits ausgestellte Parkausweise mit den drei schwarzen Punkten sind auf Antrag umzutauschen.

CEMT-Mitgliedstaaten sind zur Zeit:

Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei und Vereinigtes Königreich (Großbritannien).

Wiesbaden, 14. 12. 1979

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
III b 3 — 66 k 04.23.04 — zu StVO 1/77
StAnz. 6/1980 S. 270

176

Beförderung gefährlicher Güter;

hier: Richtlinien für das Verfahren der Bauartprüfung, die Erteilung der Kennzeichnung und die Zulassung von Verpackungen für die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen — RM 001 —

Bezug: Erlaß vom 13. Juni 1979 (StAnz. S. 1556)

Der Bundesminister für Verkehr hat mit Verkehrsblattverlautbarung vom 13. November 1979 (Vkl. S. 794) Ergänzungen und Änderungen der Richtlinien für das Verfahren der Bauartprüfung, die Erteilung der Kennzeichnung und die Zulassung von Verpackungen für die Beförderung gefährlicher Güter mit Seeschiffen — RM 001 — bekanntgegeben.

Die Änderung bzw. Ergänzung der RM 001 in der Fassung der o. a. Verkehrsblattverlautbarung wird hiermit für den Bereich des Landes Hessen verbindlich eingeführt.

Wiesbaden, 17. 1. 1980

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
III b 3 — 66 k 22.05.06 —
zu GGVS 05/79

StAnz. 6/1980 S. 270

177

Erneuerung des Liegenschaftskatasters;

hier: Systematische Umstellung des Katasterbuchwerks auf die 1. Stufe der Grundstücksdatenbank

Bezug: Runderlasse vom 9. Juni 1975 (StAnz. S. 1301) und vom 11. Januar 1979 (StAnz. S. 265)

Auf Grund der §§ 4, 11 Nr. 3 und 27 des Katastergesetzes vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Juli 1977 (GVBl. I S. 319), wird folgendes bestimmt:

Für das Gebiet des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und des Lahn-Dill-Kreises ist das Buchwerk des Liegenschaftskatasters im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel durch Umstellung auf die 1. Stufe der Grundstücksdatenbank systematisch zu erneuern.

Bezüglich der Grundsätze und Vorschriften, nach denen bei der Umstellung zu verfahren ist, verweise ich auf meinen Runderlaß vom 9. Juni 1975 (StAnz. S. 1301).

Wiesbaden, 18. 1. 1980

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV c 3 — K 4120 A — 77

StAnz. 6/1980 S. 270

178

Widmung von Neubaustrecken, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3253 und der Kreisstraße 67 in den Gemarkungen Baumbach und Sterkelshausen der Gemeinde Alheim, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3253 in den Gemarkungen Baumbach und Sterkelshausen der Gemeinde Alheim im Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Strecken

von km 7,254 neu (bei km 6,979 alt)
bis km 8,505 neu (bei km 8,294 alt) = 1,251 km
und

von km 8,617 neu (bei km 8,306 alt)
bis km 10,139 neu (bei km 10,139 alt) = 1,622 km

werden mit Wirkung vom 1. Januar 1980 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der

Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3253 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3253
 von km 8,716 alt (bei km 4,550 der K 67)
 bis km 9,522 alt (bei km 9,522 der K 67 neu) = 0,806 km
 hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1980 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG). Sie wird zusammen mit der neugebauten Anschlußstrecke
 von km 9,522 neu (bei km 9,522 der L 3253 alt)
 bis km 9,597 neu (bei km 9,557 der L 3253 neu) = 0,075 km
 als Teilstrecke der Kreisstraße 67 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke und den neugebauten Anschluß geht mit Wirkung vom 1. Januar 1980 auf den Landkreis Hersfeld-Rotenburg über (§ 41 HStrG).

3. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3253
 von km 8,391 alt
 bis km 8,716 alt (bei km 4,550 der K 67) = 0,325 km
 hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1980 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).
 Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Alheim über (§ 43 HStrG).

4. Die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3253
 von km 6,979 alt (bei km 7,254 der L 3253 neu)
 bis km 8,294 alt (bei km 8,505 der L 3253 neu) = 1,315 km,
 von km 8,306 alt (bei km 8,517 der L 3253 neu)
 bis km 8,391 alt = 0,085 km
 und
 von km 9,522 alt (bei km 9,522 der K 67 neu)
 bis km 10,139 alt (bei km 10,139 der L 3253 neu) = 0,617 km

sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1980 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 21. 1. 1980

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Technik**
 IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 6/1980 S. 270

179

Aufstufung einer Gemeindestraße und Abstufung einer Teilstrecke im Zuge der Bundesstraße 275 in der Ortsdurchfahrt Bad Schwalbach, Rheingau-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die in der Ortsdurchfahrt Bad Schwalbach im Rheingau-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene Gemeindestraße (Kirchstraße)
 von km 0,003 (bei km 2,890 der B 275)
 bis km 0,133 (bei km 0,197 der B 275) = 0,130 km
 erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1980 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 3 a des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 1. Oktober 1974 — BGBl. I S. 2414 —). Die aufgestufte Strecke wird als Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 275 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 1 Abs. 5 FStrG).
 Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 5 FStrG festgelegten Umfang auf den Bund über.
2. Die bisherige Richtungsfahrbahn der Bundesstraße 275 (Brunnenstraße)

von km 0,005 alt (bei km 2,756 der B 275)
 bis km 0,195 alt (bei km 0,197 der B 275) = 0,190 km

hat die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1980 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStrG).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Bad Schwalbach über (§ 43 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, gesetzlich vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 21. 1. 1980

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Technik**
 IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 6/1980 S. 271

180

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 75 in der Ortslage Reichelsheim (Odenwald) im Odenwaldkreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Nach Verkehrsübergabe der Neubaustrecke im Zuge der Kreisstraße 75 hat die in der Ortslage der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald) im Odenwaldkreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene alte Teilstrecke der Kreisstraße 75

von km 0,004 alt (an der B 47)
 bis km 0,753 alt (bei km 0,711 der K 75 neu) = 0,749 km

die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1980 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast an Straßenanteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Reichelsheim (Odenwald) über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage bei dem Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 11. 1. 1980

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Technik**
 IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 6/1980 S. 271

181

Abstufung der Kreisstraße 13 in der Ortslage Ehringen der Stadt Volkmarsen, Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel

Die in der Ortslage Ehringen der Stadt Volkmarsen im Landkreis Waldeck-Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, gelegene bisherige Kreisstraße 13

von km 0,003 (bei km 3,234 der K 11)
 bis km 0,058 (Ende der Kreisstraße) = 0,055 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Februar 1980 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt auf die Stadt Volkmarsen über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-

Grimm-Platz 3, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 24. 1. 1980

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV a 2 — 63 a 30

St.Anz. 6/1980 S. 271

182

DER HESSISCHE SOZIALMINISTER

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der Dienstausweis Nr. 58 für den Technischen Amtmann Peter Schwenecke, geb. 1. 4. 1940, ausgestellt vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt a. M., gültig vom 9. Mai 1979 bis 8. Mai 1984, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 23. 1. 1980

Der Hessische Sozialminister
VB 4 b — 7 o 16

St.Anz. 6/1980 S. 272

183

DER HESSISCHE MINISTER FÜR LANDESENTWICKLUNG, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Flurbereinigung Biebergemünd—Wirtheim, Main-Kinzig-Kreis

Flurbereinigungsbeschuß

- Auf Grund des § 87 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in Teilen der Gemarkungen Wirtheim, Haitz und Höchst die Flurbereinigung angeordnet. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.
- Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von rd. 219 ha, worin eine Waldfläche von rd. 24 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*) durch einen grünen bzw. orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.
- Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:
„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Biebergemünd—Wirtheim“
mit dem Sitz in Biebergemünd.
Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.
- Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung in 6450 Hanau, Main-Kinzig-Kreis, Freiheitsplatz 2, Behördenhaus, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.
Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.
- Nach § 34 bzw. nach § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

- Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Biebergemünd, Main-Kinzig-Kreis, und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Gemeinden Gelnhausen, Wächtersbach und Bad Orb öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Gemeindeverwaltung Biebergemünd und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden o. g. Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.
- Träger der Baumaßnahme ist die Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung), vertreten durch das Hessische Straßenbauamt Hanau.

*) hier nicht veröffentlicht.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — in 6200 Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Wiesbaden, 9. 1. 1980

**Hessisches Landesamt für Ernährung,
Landwirtschaft und Landentwicklung
— Abteilung Landentwicklung —
F 769 — von Biebergemünd—Wirt-
heim — 104/80**

StAnz. 6/1980 S. 272

Anlage 1

Verzeichnis

Als Flurbereinigungsgebiet werden die folgenden Grundstücke festgestellt:

Gemarkung Wirthheim

- Flur 1 Flurst. Nr. 2/1, 3, 4/1, 5/1, 6/1, 7, 8, 49/9, 50/10, 51/11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 52/26, 53/27, 28, 29, 54/30, 36, 37, 38/2, 56/39, 57/40, 41, 42, 46, 47, 58/48
- Flur 2 Flurst. Nr. 171/1, 2/1, 2/2, 3/1, 174/4, 5, 6, 7, 8, 9, 175/10, 176/11, 177/12, 13/1, 13/2, 14, 179/15, 180/16, 181/17, 183/18, 184/19, 189/20, 161/1, 161/2, 161/3, 161/4, 195/162, 196/163, 164, 197/165, 166, 167, 168/1, 169
- Flur 3 Flurst. Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 73, 74, 81, 82, 83/1, 84/1, 93/70
- Flur 7 Flurst. Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17/1, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 161/1, 162/1, 162/2, 162/4, 163/1, 185, 186, 187, 188/1
- Flur 8 Flurst. Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 169/23, 170/23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 132, 133, 134, 135, 136, 150/2, 150/3, 151, 152, 153, 154, 155
- Flur 9 ganz
- Flur 10 ganz
- Flur 11 ganz
- Flur 12 ganz
- Flur 17 außer Flurst. Nr. 100/1, 1/1, 1/2, 1/3, 1/4
- Flur 18 Flurst. Nr. 157/55, 56, 57, 58, 158/59, 159/60, 160/61, 161/62, 171/62, 162/63, 163/64, 164/65, 174/65, 165/66, 166/67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 181/78, 182/78, 79, 80, 178/81, 81/1, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106/1, 106/2, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 138, 139, 140, 141, 142, 177/145, 146, 147, 148, 149, 150
- Flur 20 Flurst. Nr. 1, 2, 4/1, 5/3

Gemarkung Höchst

- Flur 1 Flurst. Nr. 67/16, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 97/1

Gemarkung Haitz

- Flur 3 Flurst. Nr. 73/13, 74/14, 75/15, 76/16, 77/17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27/1, 27/3, 27/4, 27/5, 27/6, 27/7, 27/8, 27/9, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52/1, 52/2, 52/3, 52/4, 52/5, 60, 61, 62/4, 63, 52/6, 67, 68, 69, 70, 71, 87/72, 94/72
- Flur 5 Flurst. Nr. 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87/1, 89, 93/14

184

Flurbereinigung Dietzenbach II, Landkreis Offenbach

Flurbereinigungsbeschluß

- Auf Grund des § 87 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) in Verbindung mit § 144 f des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke der Gemarkung Dietzenbach die Flurbereinigung angeordnet. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.
- Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von 93 ha, worin eine Waldfläche von 6 ha enthalten ist.

Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*) durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

- Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung
von Dietzenbach II“
mit dem Sitz in Dietzenbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

- Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung in 6450 Hanau, Freiheitsplatz 4, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

- Nach § 34 bzw. nach § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

- Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Dietzenbach öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Stadtverwaltung in Dietzenbach, Rathaus, Offenbacher Straße 11, II. Obergeschoß, Zimmer 223 (Liegenschaftsamt), zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — in 6200 Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt mit dem 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Wiesbaden, 2. 1. 1980

**Hessisches Landesamt für Ernährung,
Landwirtschaft und Landentwicklung
— Abteilung Landentwicklung —
F 768 Dietzenbach II — 15128/79**

*) hier nicht veröffentlicht.

Verzeichnis

Anlage 1

der von dem Flurbereinungsverfahren Dietzenbach betroffenen Grundstücke:

Gemarkung Dietzenbach

Flur 20 Nr. 47—56, 57/1, 57/2, 58/1, 58/2, 59/1, 59/2, 60, 62/7, 90 und 91

Flur 21 Nr. 22/2, 23 und 24, 25/1, 25/2, 26/1, 26/2, 26/3, 27—30, 31/1, 31/2, 32/1, 32/2, 33/2, 33/5, 33/8, 33/10, 35/6, 35/11, 35/14, 57/1, 66—76, 77/1, 79—85, 87—95, 97—99, 100/1,

100/2, 101 und 102, 104/1, 105/2, 106 und 107, 108/3, 109/6, 114, 117—119

Flur 22 Nr. 1, 2/1, 2/2, 3/1, 3/2, 4/1, 4/2, 5—15, 16/1, 16/2, 17—24, 25/1, 25/2, 26, 82—88, 89/1, 89/2, 90—93, 96/1, 97—104, 116, 118

Flur 23 Nr. 1—6, 7/1, 7/2, 8—11, 12/1, 12/2, 13—23, 24/2, 24/3, 24/4, 24/5, 25—27, 28/1, 28/2, 28/3, 28/4, 28/5, 29, 30/1, 31/1, 94—101, 103, 104/1, 111/1, 112/1, 113—115, 120/1, 121/1

Flur 25 Nr. 7—24, 160—163

Flur 37 Nr. 5/3, 14

185

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Michael Rolland, LA Vogelsbergkreis (30. 11. 79);

zum/r **Inspektor/in** Inspektor/in z. A. (BaP) Birgit Kriegbaum, Norbert Schneider (beide 1. 12. 79);

zur **Assistentin z. A. (BaP)** Bewerberin Marina Güntner, LA Lahn-Dill-Kreis (1. 12. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Amtmann (BaP) Gisela Krause (28. 12. 79); Oberinspektorin (BaP) Anita Knell, LA Offenbach (21. 12. 79);

versetzt:

von der Bundesanstalt für Wehrtechnik und Beschaffung Regierungsrat (BaL) Horst Schwarz (1. 12. 79), zur Gemeinde Riedstadt Oberinspektor (BaL) Wolfgang Zeißler, LA Groß-Gerau (1. 11. 79), zum Magistrat der Stadt Hanau Inspektor (BaP) Axel Rudzinski, LA Main-Kinzig-Kreis (15. 12. 79), vom Kreis Ausschuss des Landkreises Gießen Inspektor (BaP) Helmut Aigner, Sekretär (BaP) Frieder Mutz, beide LA Gießen, vom Magistrat der Stadt Frankfurt Assistentin (BaP) Cornelia Leber, LA Limburg-Weilburg (sämtlich 1. 12. 79);

in den Ruhestand versetzt:

die **Amtsinspektoren (BaL)** Karl Krebs (31. 12. 79) gem. § 51 (3) HBG, Joachim Münch, LA Bergstraße, **Hauptsekretär (BaL)** Richard Fick, LA Rheingau-Taunus-Kreis (beide 31. 12. 79) beide gem. § 51 (1) HBG;

entlassen:

Inspektor (BaP) Jürgen Schirdewahn (31. 12. 79) gem. § 41 (1) HBG.

Darmstadt, 23. 1. 1980

Der Regierungspräsident
I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 6/1980 S. 274

Der Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum **Regierungsoberrat** Regierungsrat (BaL) Dieter Posch (31. 10. 79);

zu **Oberamtsräten** die **Amtsräte (BaL)** Hans Dönch (24. 10. 79), Herbert Heinemann (5. 10. 79);

zu **Amtsräten** die **Amtmänner (BaL)** Wolfgang Creutzburg, Fritz Hain, Heinrich Schade (sämtlich 5. 10. 79), Heinrich Hillgärtner, Gerhard Schneider (beide 24. 10. 79);

zu **Amtmännern** die **Oberinspektoren/in (BaL)** Roland Dippel, Olaf Schultz, Jürgen Wilser (sämtlich 1. 10. 79), Jürgen Götte, Bernd Kinzler, Richard Ulbrich (sämtlich 5. 10. 79), Christa Oehler (22. 10. 79);

zu **Oberinspektoren** die **Inspektoren (BaL)** Bernd Hering, Winfried Schneider, Heinz Günter Weber (sämtlich 1. 10. 79), die **Inspektoren/innen (BaP)** Burkhard Berndt, Rosemarie Buchling, Inge Haring, Maritta Wenig, Sigrid Wolfram (sämtlich 1. 10. 79), Klaus-Peter Viet (25. 10. 79);

zu **Inspektoren (BaL)** die **Inspektoren z. A. (BaP)** Norbert Wenzel, Rüdiger Janssen (beide 1. 9. 79);

zu **Inspektoren/innen** die **Inspektoren/innen z. A. (BaP)** Marlies Becker (4. 8. 79), Ulrike Dippel (13. 8. 79), Brigitte

Scheffel (1. 8. 79), Rainer Stahn (20. 8. 79), Inge Arend, Karin Beinecke, Sigrid Griesel, Christina Opitz, Marion Weissenstein (sämtlich 1. 9. 79), Elke Schlechter (27. 10. 79), Gerhard Hof (17. 11. 79);

zu **Inspektorinnen** **Hauptsekretärin (BaL)** Barbara Döring, **Obersekretärin (BaL)** Ellen Lamm (beide 31. 10. 79);

zu **Inspektoren/innen z. A. (BaP)** die **Inspektoranwärter/innen (BaW)** Heike Brodersen, Margit Kiefer, Birgit Schäfer, Wolfram Schäfer (sämtlich 13. 7. 79), Dieter Gothe (16. 7. 79), Irene Rudolph (30. 7. 79), Roland Döhler, Martin Dräger, Elke Freiling, Dagmar Frey, Jutta Hartwig, Brunhilde Heideloff, Ingrid Martin, Gerald Mette, Annelie Meusel, Meike Paßelat, Gerald Fuchta, Barbara Sczeponck, Karin Schmidt, Roland Schmidt, Hannelore Schrammel, Sabine Zurek-Hambel (1. 9. 79), Waltraud Koch (6. 9. 79), Arno Löhle (13. 9. 79), Gerhard Müller (1. 12. 79);

zu **Inspektoranwärterinnen (BaW)** die **Bewerberinnen** Gudrun Sauer, Claudia Vogt (beide 1. 8. 79);

zum/zur **Hauptsekretär/in** **Obersekretärin (BaP)** Heike Eubel (12. 10. 79), **Obersekretär (BaL)** Elmar Fülle (5. 10. 79);

zu **Kriminalhauptmeistern** **Kriminalobermeister (BaP)** Peter Rübenstahl (12. 10. 79), **Kriminalobermeister (BaL)** Wolfgang Schliiffer (1. 10. 79);

zum **Polizeihauptmeister** **Polizeiobermeister (BaL)** Peter Steinert (1. 10. 79);

zu **Obersekretären** die **Sekretäre (BaL)** Georg Illevis, Gerhard Nuhn (1. 10. 79);

zu **Polizeiobermeistern** **Polizeimeister (BaL)** Franz Trittnert (1. 10. 79), **Polizeimeister (BaP)** Stefan Brehm (4. 10. 79);

zum/zu **Assistentenwärter/innen (BaW)** die **Bewerber/innen** Edeltraud Kaiser, Silke Krell, Reinhold Weigt (sämtlich 1. 9. 79);

eingewiesen:

in die **Besoldungsgruppe A 9** mit **Amtszulage** die **Polizeihauptmeister (BaL)** Karl-Heinz Anschutz (1. 6. 79), Ernst Bölzer, Fritz Rudolph (beide 1. 10. 79), die **Kriminalhauptmeister (BaL)** Jakob Geyer (1. 6. 79), Manfred Klein, Uwe Hellmuth (beide 1. 10. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die **Oberinspektoren (BaP)** Reiner Brand (30. 9. 79), Helmut Strube (17. 9. 79), Erhard Wolff (11. 8. 79), **Kriminalhauptmeister (BaP)** Peter Rübenstahl (13. 11. 79), **Inspektoren (BaP)** Barbara Günther (7. 11. 79);

versetzt:

zum **Umweltbundesamt Berlin** **Inspektorin z. A. (BaP)** Renate Schneider (1. 9. 79);

in den Ruhestand getreten:

Regierungsdirektor Wolfgang Wagner (1. 8. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Leitender Regierungsdirektor Günter Buse (1. 10. 79), **Oberamtsrat** Günther Liersch (1. 10. 79), **Amtmann** Gertrud Söhngen (1. 9. 79), sämtlich gem. § 51 (3) HBG, **Oberamtsmeister** Konrad Weigel (1. 11. 79) gem. § 51 (1) HBG;

entlassen:

Inspektoranwärterin (BaW) Bärbel Heppe (31. 8. 79), gemäß § 39 HBG, **Inspektor z. A. (BaP)** Wolfram Schäfer (1. 10. 79) gem. § 41 HBG.

Kassel, 15. 1. 1980

Der Regierungspräsident
P/2 — 7 o 16/03 B

StAnz. 6/1980 S. 274

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**Der Regierungspräsident in Darmstadt**

versetzt:

zum Kreisausschuß des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Psychologie-Oberrat (BaL) Dr. Heinz Schwappacher, Staatl.
Schulamt Groß-Gerau (1. 12. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Psychologie-Oberrat (BaL) Herbert Pauly, Staatl. Schul-
amt Wiesbaden (31. 12. 79) gem. § 51 (1) HBG.

Darmstadt, 23. 1. 1980

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 6/1980 S. 275

Der Regierungspräsident in Darmstadt**Gymnasien**

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** Josef A. Fenzl, Heinz
Gerhard Halberstadt, Klaus Benesch, Lutz-Andrea Grell,
sämtlich Frankfurt, Peter Winkler, Edeltraud Borstel,
beide Darmstadt, Rolf Eisenburger, Marita Ebel, Wolfgang
Düllberg, Kurt Bovensiepen, Gerd Bohlen, Dorothea Evers-
Petry, Wilhelm Brüggemann, Beate Busch-Haendt, Wolf-
gang Breun, Monika Burgert, sämtlich Frankfurt, Heinz
Buchenaier, Gießen, Renate Broßwitz, Dorothea Brix,
beide Offenbach, Hanna Bonn, Luise-Marie Brüggemeier,
Biruta Hampel-Wünschner, Manfred Haas, sämtlich Wies-
baden, Gudrun Hansen, Gießen, Sybille Grollmisch-Lange,
Dietrich Handschuck, Jutta Haberstock, Falk Hamann,
Joachim Haberer, Barbara Hajowsky-Koch, Norbert Holz-
bach, Beatrix Holz, Hans-Wilhelm Krämer, sämtlich
Darmstadt, Dieter Höfer, Frankfurt, Birgitt Diestel, Niko-
laus Schweitzer, Maria Anna Jung, Dieter Mehring, Edda
Mally-Schilling, Klaus Heise, Uta Peper, Harald Kram,
Anna Metz, Udo Pfeiffer, Almut Pfriem, Maria Pieruschka,
Peter Bosse, sämtlich Darmstadt, Ute Fandrey, Ulrike
Jacobi, Walter Kapp, Klaus-Dieter Lamann, Manfred
Laudan, Helga Konrad, Jürgen Oehl, Silvia Krahl, Heike
Krauser, Helmut Otter, Gerhard Glas, Gabriele Meinhard,
Roswitha Stengl, Hans-Joachim Eickmeier, sämtlich Frank-
furt, Volker König, Michael Schmidt, Hans Joachim Seuring,
Reimund Krönert, Marianne Preiss, Rudolf Gesell,
Dieter Teibtner, Bernhard Weil, Anke Rudolph, sämtlich
Offenbach, Rudolf Lichtblau, Thomas Laufenberg, Mo-
nika Israel, Heinz-Peter Köhlinger, Heinrich Pfeiffer,
Manfred Balkow, sämtlich Gießen, Annelore Narjes, Gün-
ther Leyser, Brigitte Schmidt, Hans-Josef Weitlauff, Chri-
sta Moog, Waldemar Kurz, Hartmut Kurz, Klaus Laub-
scher, Günther Fritsch, Cornelia Fischler-Munck, Gisela
Bernhardt, Heribert Blume, Ute Betz, sämtlich Wiesbaden,
Thomas Friesenhahn, Eva Franke, Birgitt Müller, Ulrich
Lindnau, Hans Joachim Schiemenz, Erich Schießmann,
sämtlich Frankfurt, Hans Peter Kühner, Ursula Seib, Det-
lev Lindenauer, Sigrun Klink, Bernhard Falkenhagen, Chri-
stel Pullmann, Elke Schneider, Gudrun Kahl, Burghilde
Klingelhöffer, sämtlich Darmstadt, Gerhard Fladung, Nor-
bert Fox, Anja Feil, Peter Müller, sämtlich Offenbach,
Manfred Fritsch, Helga Schiller, Bettina Ebinger, Wolfram
Hoering, Reinhild Salmen-Pfeiffer, Cornelia Plesser-Löper,
Karl Finger, Helmut Finger, Sabine Dirks, Vera Schäffler,
Wolfgang Mader, sämtlich Gießen, Anette Lewis, Inge
Kollenbroich, Wilhelm Stehling, Isolde Hahn, Georg Peter
Hagedorn, Eveline Ommert, Friedrich Hesse, Nori Seel-
bach, Sabine Sander, Rosel Bausch, Angelika Diering,
Rita Staut, Jens Schwarzkopf, Johann Stegerer, Klaus
Sterlike, Gabriele Hensel, Riko Weigand, Thomas Salzig,
Karin Piper, Ulrich Flick, Elisabeth von Fischke, Eva-
Maria Fuchs, Olivia Panner, Gisela Merz, Bodo Röder,
sämtlich Frankfurt, Angelika Lenhardt, Anita Schnapka,
Eberhard Erkenbrecher, Claudia Ruete-Bärtges, Alena
Knör, Rudolf Battenfeld, Franz Roos, Christian Wittayer,
Wolfgang Grünleitner, Volker Wieland, Volker Sauer-
wein, Hans-Martin Möller, Monika Stenger, Peter Misch-
lich, sämtlich Offenbach, Rainer Sobota, Elke Willmann,
Andreas Hecker, Angelika Heider, Jutta Kaupe, Manfred
Stahl, Hans-Michael Stavenhagen, Dagmar Stather, sämt-
lich Wiesbaden (sämtlich 1. 11. 79), Robert Seifert, Wies-
baden (6. 11. 79), Gabriele Wassenich-Gerlitzki, Renate
Fiehler, Dr. Hedi Meyer, Ralf Walter, Cäcilia Müller,
sämtlich Wiesbaden, Claus Engelhardt, Gerhard Röhner,
Klausgünter Mager, Christian Jousen, Norbert Groß,
Manfred Daum, Rolf Basters-Schulte, sämtlich Darmstadt
(sämtlich 1. 11. 79), Karl-Heinz Hübner, Darmstadt (8. 11.
79), Birgit Mantei, Bernd Heussel, Elke Schweppenheiser,

Walter Hölzer, Ingrid Held, Walter Wilfer, Elisabeth
Wirsch, sämtlich Darmstadt, Ute Betz, Ulrich Rave, Dag-
mar Wolfart, Jürgen Kruszynski, Gerhart Petter, Beate
Zegarra, Bernd Sojka, Jürgen Sitter, sämtlich Wiesbaden,
Karin Laubrecht, Paul Ruloff, Klaus Schmidt, Karl Heinz
Lochner, Christa Schröder, Barbara Wisker, Reinhard
Pietsch, Wolf Kisting, Claus Schäfer, Maria Stoltefauf,
Dorothee Schäfer, Gerhard Gerecht, Elmar Hollerbach,
sämtlich Frankfurt, Wolfgang Gerlach, Joachim Berndt,
Dietmar Herdt, Barbara Schwarzhaupt, Jürgen Schulz,
Irene Schmieß, Ingrid Spitzner, Brigitte Müller, Wolfgang
Germann, Veronika Schneider, sämtlich Darmstadt, Gun-
tram Suske, Waltraud Magsam-Osterloh, beide Offenbach,
Helmut Bernsmeier, Erwin Haselbauer, Karl-Heinz Wal-
ther, Rita Wagner, Ingrid Wagner, sämtlich Gießen, Joa-
chim Weckler, Silvia Weitlauff, Annegret Walkenhorst,
Ralf Welsch, Michael Reibold, Marion Trapp, Franz-Josef
Stöhr, Kurt Henzli, Walter Billinger, Margret Gersch-
lauer, Eberhard Dietzel, Adolf Wagner, Walter Schmidt,
Dorothea Francois, sämtlich Frankfurt, Gunter Stange,
Arno Kaiser, Hans Jürgen Grosser, Winfried Rothbarth,
Wolf Jürgen Mälzer, Richard Westhäuser, Walter Feix,
Katharina Weidinger, Dietmar Weinmann, Renate Richardt,
Ursula Thiry, Werner Teichmann, sämtlich Darmstadt,
Günter Wiegand, Hans-Jochen Weber, Klaus Zogrotzky,
sämtlich Wiesbaden, Michael Fraund, Karl Theo Ruppert,
beide Offenbach, Hans Georg Westphal, Norbert Wagner,
Elke Vogt, Rolf Dieter Winkler, Wolfgang Wirth, Bernd
Wojczewski, Irene Opel, Walter Sturm, Veronika Falk,
Marianne Götze, Leopold Stareik, Gisela Lorenzen, Bet-
tina Kracht, Birgit Ruckes, Dagmar Großmann, Michael
Rosenstock, Gudrun Caspar, Dr. Eckehard Nordhoff, Fried-
helm Schomber, Evelyn Heinrich, Bärbel Hessler, Hans-
Eberhard Stock, Karin Oswald, Cornelia Zschocke, Man-
fred Wagner, sämtlich Frankfurt, Wolfgang Heiß, Heide-
marie Voß, Reiner Wadel, Joachim Köttl, Cäcilia Mengeot-
Christ, Bernhard Kranitz, Werner Damm, Albert Dott,
Arnold Lüdger, Dirk Schmidt, Heinrich Schwinn, Ulrike
Vetter, sämtlich Darmstadt, Winfried Lorenz, Petra Ham-
brock, Siegfried Kohn, Walter Noll, Christiane Czech,
Gudrun Weilbacher, Edelbard Naumann, Manfred Münz,
Hans-Ullrich Weigl, sämtlich Offenbach, Dietmar Wagner,
Jürgen Hauer, Ute Medley, Bernhard Heep, Angelika
Pohland, Petra Hein, Klaus Appelt, Martin Allendorfer,
Rolf Dieter Edinger, sämtlich Gießen, Hanna Eisenberg,
Josef Basch, Armin Kunz, sämtlich Wiesbaden (sämtlich
1. 11. 79), Reiner Merkel (19. 11. 79), Julia Meyer (15. 11.
79), Andrea Lang (6. 11. 79), Manfred Hahne (27. 11. 79),
Barbara Leidenheimer, sämtlich Frankfurt (20. 11. 79),
Peter Fischer (28. 11. 79), Elisabeth Ritsch, German Hoch,
sämtlich Darmstadt (beide 16. 11. 79), Hubert Brinkmann
(22. 11. 79), Edith Schnaas (23. 11. 79), Friedbert Mühl-
dorfer, sämtlich Offenbach (16. 11. 79), Sibylle Preuß (19. 11.
79), Carla Schulze, beide Frankfurt, Armin Sinner, Gießen,
Gerrit Voges, Wiesbaden (sämtlich 1. 11. 79), Mechtild
Brinkmann (20. 11. 79), Rudolf Wagner, Jürgen Mosler,
Siglinde Kühle, Etta Haase, Horst Wolfgang Maier, Walter
Barth, Benno Stahl, Dr. Michael Mrowka, Hildegard Kem-
per, Harald Zipf, Eva Litzendorf, Lutz Michael Bessel,
Irmgard Lebkuchner, Doris Lohse-Pöschl, Hildegard Lo-
witzsch, Karl Jürgen Roth, Hans-Günter Rölle, Klaus
Saueremann, Jürgen Bergner, Heinrich Martin Menges,
sämtlich Frankfurt, Elisabeth Hilder, Karin Markert-
Schneider, Hans Josef Bell, Monika Hippe, Manfred Lang,
sämtlich Darmstadt, Walter Zoller, Annegret Schöpe, Ar-
min Hörl, Helmut Bitter, sämtlich Gießen, Carmen Scholz,
Offenbach (sämtlich 1. 11. 79);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen
des Lehramts Peter Klemm, Hanau (1. 10. 79), Winfried
Heckmann, Gernsheim (25. 10. 79), Christina Fascher,
Frankfurt (5. 10. 79), Claus Meinel, Freigericht 1 (1. 10. 79),
Dorothea Jung-Godde, Hanau (1. 10. 79), Waltraud Fitting,
Gießen (1. 12. 79), die Lehrkraft i. A. Bernd Wenderoth,
Konradsdorf (1. 10. 79), Leopold Vanecek, Hadamar (22. 9.
79), Bernhard Brucker, Wiesbaden, Christa Bauer, Bad
Homburg (beide 15. 8. 79), Gerhard Tenzer, Ober-Ram-
stadt (1. 9. 79), Manfred Kurt, Seligenstadt (18. 9. 79), Dirk
Bobrowski, Eschborn (22. 8. 79), Ingeborg Schneider, Bens-
heim, Peter Bertram, Groß-Gerau, Astrid Brauer, Cor-
nelia Schäfer, beide Frankfurt, Ingrid Schmenger, Darm-
stadt (sämtlich 15. 8. 79), Reinhold Lang, Langen (27. 9. 79),
Dr. Peter Müller, Dreieich, Werner Schumann, Heusen-
stamm, Gerhard Schmidt, Dillenburg, Marianne Raschke-
Knab, Bad Homburg, Rudolf Mokry, Frankfurt, Harald
Bergmann, Viernheim, Claudia-Maria Behringer, Bad
Homburg (sämtlich 15. 8. 79), Volker Christ, Dietzenbach
(26. 9. 79), Wolfgang Lengert, Bensheim, Richard Menzel,
Frankfurt (beide 15. 8. 79), Harry Metzger, Rüsselsheim

(20. 8. 79), Gerhard Amberg, Frankfurt, Marion Seibert, Bad Homburg, Horst Spengler, Herborm, Gisela Miska, Darmstadt, Rainer Schrenk, Rüsselsheim (sämtlich 15. 8. 79), Hans-Helmut Schneider, Frankfurt (6. 11. 79);

zu **Studienräten** die Studienräte z. A. (BaP) Wolfgang Hemmann, Kronberg (13. 10. 79), Reinhard Kohls, Büdingen (8. 11. 79), Lehrer (BaL) Jürgen Matern, Kronberg (1. 11. 79);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Hans-Günter Passmann, Bruchköbel (1. 9. 79), Claus Pip, Darmstadt (27. 9. 79), Heinz Gottwald, Gelnhausen (26. 9. 79), Renate Heß, Darmstadt (28. 9. 79), Karlheinz Schmück, Dreieich, Hartmut Böhm, Wolfgang Eberhardt, beide Wiesbaden (sämtlich 27. 9. 79), Franz-Rudolf Delzeit, Offenbach (22. 9. 79), Heinz Kristek, Wächtersbach (28. 9. 79), Georg Schnellbacher, Michelstadt (25. 8. 79), Bernd Hebeisen, Schwalbach (1. 11. 79), Reinhard Bode, Gelnhausen, Hartmuth Schröder, Bad Vilbel (beide 26. 9. 79), Gerhard Sondershaus, Dieburg (28. 9. 79), Karl-Peter Sann, Lampertheim (25. 9. 79), Elke Großkopf, Groß-Umstadt (4. 10. 79), Joachim Grimm, Babenhausen (14. 9. 79), Heinrich Giehard, Herborm (5. 7. 79), Erhard Bingel, Buseck (4. 10. 79), Reinhard Heck, Gelnhausen (22. 9. 79), Robert Meier, Rödermark (9. 10. 79), Margitta Lindner, Offenbach, Bergith Hejdekanp, Rüsselsheim (beide 29. 9. 79), Gabriele Seipel, Groß-Umstadt (18. 10. 79), Walter Meister, Alsbach (10. 10. 79), Dr. Insa Schmidt, Alsfeld, Bettina Wilhelm, Frankfurt (beide 9. 10. 79), Irene Wagner, Wiesbaden (1. 11. 79), Wolfgang Lemke, Groß-Gerau (1. 8. 79), Christine Schäfer, Lampertheim (11. 10. 79), Rolf Hopp, Ginsheim-Gustavsburg (12. 10. 79), Michael Albig, Lampertheim (15. 10. 79), Margitta Neeb-Schäfer, Frankfurt (12. 10. 79), Johann Aderhold, Babenhausen (18. 10. 79), Michael Meyer, Bensheim (12. 10. 79), Wolf Ekkehard Krotzky, Gießen (18. 10. 79), Rainer Klawik, Kronberg (27. 9. 79), Norbert Wiegand, Oberursel (29. 9. 79), Christiane Schröder, Wiesbaden (16. 10. 79), Knut Dörfel, Groß-Gerau (11. 10. 79), Ulrich Ukrow, Friedberg (19. 10. 79), Gerhard Waigand, Hofheim (26. 6. 79), Matthias Stahl, Kronberg (13. 10. 79), Monika Cordes, Dreieich-Sprendlingen (17. 10. 79), Ingrid Stegmann, Friedel Saltenberger, beide Kronberg (beide 4. 10. 79), Albrecht Knuth, Ulrich Kirchen, beide Wiesbaden (beide 1. 11. 79), Dr. Karlheinz Gärtner, Oberursel (8. 10. 79), Hans-Jürgen Kern, Gernsheim, Gerhard Ciliox, Butzbach, Elfi Braun-Grimm, Frankfurt, Roswitha Budzinski, Offenbach (sämtlich 5. 11. 79), Wolfgang Schmitt, Groß-Umstadt (6. 11. 79), Sigrid Dauenhauer-Franz, Gernsheim (5. 11. 79), Frauke Kreinsen, Darmstadt (6. 11. 79), Irene Schlotter, Wiesbaden (31. 10. 79), Klaus Bloemker, Frankfurt (31. 8. 79), Andreas Soll, Dreieich-Sprendlingen (29. 10. 79), Volker Rühl, Groß-Gerau (1. 11. 79), Irene Schlotter, Wiesbaden (31. 10. 79), Hildegard Werner, Kronberg (5. 11. 79), Eric Weber, Stierstadt (24. 10. 79), Verena Horing, Kronberg (27. 9. 79), Dr. Metfried Francke, Viernheim (5. 11. 79), Sylvia Böllinger-Heitz, Frankfurt (6. 11. 79), Monika Denk, Frankfurt (5. 11. 79), Wolfgang Geisler (14. 11. 79), Peter Kunert, beide Heppenheim (9. 11. 79), Dr. Paul Bernhard Heinrich, Wiesbaden (13. 11. 79), Dr. Gudrun Muhlack, Frankfurt (9. 11. 79), Peter Maas, Lampertheim (5. 11. 79), Erik Møog, Oberursel (7. 11. 79), Dr. Jörn Stückrath, Stierstadt (24. 11. 79), Wolfgang Schwöbel, Wald-Michelbach (14. 11. 79), Karl Wölfinger, Mülheim (7. 11. 79), Heinrich Kemink, Hanau (19. 11. 79), Ulrich Engler, Büdingen (1. 11. 79), Jochen Drumm, Neu-Isenburg (5. 11. 79), Heinrich Pantring, Wiesbaden (1. 12. 79), Jürgen Wolf, Darmstadt (26. 10. 79), Friedrich Tschierswitz (1. 6. 79), Gunter Sichelschmidt, beide Frankfurt (14. 11. 79), Hans-Joachim Becker, Weilminster (28. 11. 79), Maria Streiber, Bad Nauheim (6. 6. 79), Rüdiger Stiebing, Offenbach (24. 11. 79), Berni-Ture von zur Mühlen, Stierstadt (12. 11. 79), Juliane Schäfer (27. 11. 79), Gabriele Dietze-Brauckmann, beide Frankfurt (17. 9. 79);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Jürgen Schmidt, Grünberg, Helga Raab, Geisenheim (beide 1. 10. 79), Marion Lerch, Rechtenbach (27. 9. 79), Rolf-Andreas Hagenmeyer, Hans Eubeler, beide Babenhausen, Edith Haase, Hanau (sämtlich 1. 10. 79), Ernst-Hermann Nagel, Laubach (1. 10. 79), Harald Eißmann, Herborm (2. 10. 79), Sibylle Pretzer, Kelkheim (1. 10. 79), Wilfried Strube, Herborm (2. 10. 79), Renate Torkar, Bad Nauheim, Heidrun Bilgmann, Darmstadt, Gerd Hohnhold, Alsfeld, Ulrich Herzer, Dr. Rolf Knocke, Jürgen Allmeroth, Sibylle Miessner, sämtlich Gießen, Mechthilde Kreißl, Bad Nauheim, Armin Schmidt, Atzbach, Berthold Felkl, Wetzlar, Peter Hastik, Bensheim, Hans-Joachim Jurecka, Gießen, Hans-Ernst Meinberg, Harald Roman, beide Viernheim, Gisa Sauerwald, Gießen, Gernot Scheid, Frankfurt, Gud-

run Keßler-Schulz, Gießen, Heinz-Dieter Schmidt-Burkhardt, Frankfurt, Hermann Metz, Bensheim (sämtlich 1. 10. 79), Hella Brüne, Wetzlar (3. 10. 79), Peter Biebel, Rödermark, Lothar Weber, Gießen, Jutta Häusler (sämtlich 1. 10. 79), Manfred Bachmann (2. 10. 79), Elke Enderwitz (8. 10. 79), Carmen Bartsch (1. 10. 79), Stefan Schmidt (2. 10. 79), Ingeborg Wolf (4. 10. 79), Annkathrin Beeh, Peter Anhäuser, Lotte Anhäuser, Dorothee Sander-Siering (sämtlich 2. 10. 79), Wilfried Dirschauer (4. 10. 79), Brigitte Dürner, Vera Pavlat, sämtlich Frankfurt, Peter Braun, Bad Homburg, Karl Büchenschütz, Ober Hamburg, Barbara Lindner, Wiesbaden, Dorothea Baatz, Bad Homburg (sämtlich 1. 10. 79), Helga Biem, Gießen (2. 10. 79), Herbert Weidlich, Dieter Suter, Bad Homburg, Elmar Diez, Bruchköbel, Ulrike Zimmer, Wetzlar (sämtlich 1. 10. 79), Ingrid Krummscheid (2. 10. 79), Herbert Weidlich, beide Frankfurt, Karl Sucke, Hadamar, Rainer Büttel, Braunsfels (sämtlich 1. 10. 79), Helga von Poblitzki, Frankfurt (8. 10. 79), Berthilde Schmidt, Hofheim (26. 9. 79), Manfred Pöschl, Offenbach, Jörg Rohls, Schwalbach, Hans-Joachim Pfeiffer, Hofheim, Hermann-Dieter Müller, Rüsselsheim, Edith Mayer, Offenbach, Horst Küster, Gernsheim, Elke Bauer, Hanau, Elfriede Fügen, Hofheim (sämtlich 1. 10. 79), Volker Dietrich, Lauterbach (20. 10. 79), Ursula Uhde, Sulzbach, Hansachim Lante, Hadamar, Ernst-Otto Müller, Alsfeld, Klaus Lachmann, Wiesbaden, Dr. Werner Molenda, Frankfurt, Wolfhard Goetzke, Wiesbaden, Erich Koppenhöfer, Darmstadt, Herbert Rößler, Gerhart Feuchtinger, beide Wiesbaden, Andreas Preywisch, Rüsselsheim, Jürgen Schmidt, Rimbach (sämtlich 1. 10. 79), Eckehart Scherzer, Großauheim (2. 10. 79), Gert Zerbe, Gießen (26. 10. 79), Irene Gottschlich, Königstein (17. 10. 79), Gerhild Koob, Bad Homburg, Margit Suhaib, Lieselotte Zang, beide Wiesbaden, Volker Varwig, Bad Homburg, Günter Dick, Oberursel (sämtlich 1. 10. 79), Laila Keppler, Frankfurt (8. 10. 79), Klaus Heck, Groß-Gerau, Hildburg Geißler, Bensheim, Wolf-Rüdiger Krauss, Friedrichsdorf (sämtlich 1. 10. 79), Gerhard Kirchhübel, Frankfurt (22. 10. 79), Rudolf Rohde, Bad Homburg (1. 10. 79), Klaus Peters, z. Z. Deutsche Schule Lima-Peru (26. 10. 79), Hartmut Hoffmann, Frankfurt, Gerhard Eller, Limburg, Reinhard Odey, Bad Soden (sämtlich 1. 10. 79), Wolfgang Iser, Bruchköbel (31. 10. 79);

zu **Oberstudienräten als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule** die Studienräte (BaL) Thomas Bolck, Taunusstein (14. 11. 79), Bernd Stadler, Rödermark (30. 11. 79);

zum **Oberstudienrat als Leiter einer Förderstufe mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule** Studienrat (BaL) Adam Bachmann, Reichelsheim (19. 10. 79);

zu **Oberstudienräten als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern an einer Gesamtschule** Oberstudienrat (BaL) Johann Melbaum, Hadamar (10. 10. 79), die Studienräte (BaL) Heinz Schilling, Dreieich (12. 10. 79), Heinrich Ernst Kappel, Sulzbach (22. 10. 79), Helmut Menz, Flörsheim (31. 10. 79);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Manfred Schmidt, Aßlar-Hermannstein (12. 10. 79), Dr. Lindfried Schellberger, Gießen (19. 10. 79), Dr. Wilhelm Fischer, Frankfurt (30. 10. 79), Gudrun Awokola, Idstein (10. 10. 79), Helmut Frömel, Büdingen (15. 10. 79), Hans Günter Fritzen, Darmstadt (6. 11. 79), Hartmut Ruhbach, Martha Ott, beide Frankfurt (beide 9. 11. 79), Bernd Gregor, Nidda (10. 11. 79), Dipl.-Ing. Hansjürgen Pfaff, Wiesbaden (31. 10. 79), Herbert Schuchmann, Darmstadt (15. 11. 79), Frank Costantin (19. 11. 79), Günter Scheibel, beide Frankfurt (22. 11. 79), Bernhard Dippel (15. 11. 79), Dr. Irmgard Heber, beide Darmstadt (22. 11. 79), Joachim Peter Engert (19. 11. 79), Dr. Michael Fabritius, beide Frankfurt (22. 11. 79), Jörg Peschlow, Wiesbaden (13. 11. 79), Dietwald Schuster, Frankfurt, Hildegund v. Winterfeld, Darmstadt (beide 19. 11. 79), Klaus Ruß, Gerd Ehrlicher, beide Frankfurt (beide 22. 11. 79), Friedrich Schmidt, Darmstadt (14. 11. 79), Heinz-Dieter Behrens, (13. 11. 79), Jens Endepols, beide Wiesbaden (31. 10. 79), Dr. Eberhard Thomas (20. 11. 79), Hans Jürgen Schümann, beide Gießen (27. 11. 79), Heinrich Nunnemann, Buseck (23. 11. 79), Werner Beckedorf, Frankfurt (15. 11. 79), Gerhard Dolzauer, Bockenheim-Süd (29. 11. 79), Rüdiger Büger, Gießen (27. 11. 79);

zum **Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums** Oberstudienrat (BaL) Herbert Petras, Frankfurt (23. 10. 79);

zum **Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums** Oberstudienrat (BaL) Günther Jacobs, Frankfurt (16. 11. 79);

zu Studiendirektoren als ständige Vertreter des Leiters eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern die Oberstudienräte (BaL) Armin Häfner, Bad Nauheim (10. 10. 79), Helmut Winter, Hanau (14. 11. 79); zur Oberstudiendirektorin als Leiterin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern Studien- direktorin (BaL) Eva Schimmelpfeng, Darmstadt (19. 10. 79);

zum Oberstudiendirektor als Leiter eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums Studiendirektor (BaL) Rainer Lorenz, Wiesbaden (30. 10. 79);

zum Pädagogischen Leiter an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern Oberstudienrat (BaL) Erich Bosch, Allendorf (31. 10. 79);

zum Pädagogischen Leiter an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern Oberstudienrat (BaL) Werner Müller, Dreieich (21. 11. 79);

zum Pädagogischen Leiter an einer Gesamtschule mit Oberstufe Oberstudienrat (BaL) Wilhelm Christian Theis, Taunusstein (19. 10. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Studienräte (BaP) Helmut Kaiser, Nidda (27. 10. 79), Wolfgang Patzak, Büdingen (9. 11. 79), Roland Benner, Kronberg (13. 10. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Joachim Dienemann, Bad Homburg (31. 10. 79), die Oberstudienräte/innen Dr. Waltraut Boss (31. 12. 79), Gerhard Grütznert, beide Frankfurt (31. 10. 79), Marianne Oertel, Rüsselsheim (30. 11. 79), Emil Menges, Dillenburg (31. 7. 79), Franz Becher, Limburg (30. 11. 79), Manfred Freyer, Frankfurt (31. 12. 79), Dr. Bernhard v. d. Linden, Heppenheim (30. 11. 79), Joachim Martini, Oberursel, Karl Brand, Heppenheim (beide 31. 10. 79), Karl Steinacker, Friedberg (30. 11. 79);

entlassen:

Studiendirektor Heinz Göring, Frankfurt (31. 8. 79), Studienrat Dr. Wolfgang Siegmund, Dillenburg (31. 7. 79), die Studienräte/innen z. A. Veronika Drecker, Neu-Isenburg, Angret Steib, Maintal 1 (beide 31. 7. 79), Gerhard Kohlhepp, Frankfurt (31. 10. 79), Ulrich Koch, Frankfurt (30. 9. 79), Dr. Matthias Grätzel, Mainz-Kastel (31. 10. 79), der/die Studienreferendar/innen Beate Eckey, Wiesbaden, Ralf Schäfer (beide 30. 9. 79), Ursula Brinkemöller, beide Frankfurt (31. 10. 79);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu Lehramtsreferendaren/innen (BaW) Hans Joachim Zacharias, Judith Klütting, Barbara Krämer, Ursula Koser, Beate Kottek, Margarete Körbel, Christiana Krämer, Ute Schaminet, Marita Reh, Birgit Nowak-Krüger, Bettina Dierich, Anita Dittrich, Stefanie Perabo, Beatrix Semrau, Lieselotte Piegsa, Ursula Oelke, sämtlich Heusenstamm, Annegret Knauff, Michael Schönberger, Barbara Chaluppa, Dagmar Clemens, sämtlich Groß-Gerau, Michaela Reich, Gisela Kissner, Margarete Krechnatz, Hedwig Kremmler, Barbara Rau, Manfred Rauch, Gerd Nagel, Barbara Odenwälder, Anette Meissner, Petra Schmorl, Rosemarie Dörhöfer, Roswitha Philipp, Rita Pfadt, Katharina Peters, sämtlich Hanau, Sylvia Kleemann, Gabriele Schranz, Beate Kraus, Germaid Mehnert, Stephan Mattausch, Renate Metzinger, Brigitte Merkel, Brigitte Döpfner, Helga Deimling, Anette Pröscholdt, Helmut Poppe, Hans-Dieter Schäfer, Gerhild Müller, sämtlich Bad Soden, Petra Sieber, Anita Kraft, Tamara Smirnow, Ute Steindorf, Gerhild Steinmetz, Ute Döring, Wolfgang Pielot, Jutta Pfeiffer, Edeltraud Peter-Volk, Bärbel Plötz, Doris Piel, sämtlich Dillenburg, Stephan Möller, Claudia Möller, Barbara Christophel, Birgit Döring, Friedhelm Kilian, Renate Kretschmar-Elfenthal, Hildegund Mandler, Erich Müller-Höhn, Sabine Müller-Kübler, Hans-Günther Koch, Beate Koch, Heidemarie Koch, Inge Koch, Doris Siegel, Johanna Sikorski, Ursula Rayer, sämtlich Gießen, Wolfgang Sahmland, Heike Köcher, Evelin Klein, Inge Schlüter, Susanne Schmidt, Marianne Glawischnig, Helgard Kraus, Sibylle Krämer, Renate Scheid, Rudolf Reitz, Ullrich Müller, Ulrike Dietz, Matthias Dengler, Christiane Scheerer, sämtlich Linsengericht, Irma Klassen, Charlotte Schneider, Cornelia Schmidt, Franz-Josef Krämer, Peter Konrad, Hans-Joachim Orth, Annelore Ochs, Ulrike Stamm, Ellen Strobel, Eva-Maria Czech, Doris Demel, Monika Schneider, Bettina Schneider, Bettina Schmidt, Antonio Popp, sämtlich Limburg, Douglas Rein- sel, Elke Seibert-Köther, Hedwig Klein, Hermann Kiefer,

Ingrid Kremser, Joachim Wagner, Friedericke Rau, Irmtraud Möhler, Heidemarie Oehlschläger, Ronald Oerter, Elisabeth Schelenz, Ellen Pape, Nicola Pröger, Gabriele Pfeiffer, Astrid Scholz, Dorothea Puschmann, Gudrun Lübbert, sämtlich Offenbach, Monika Rippl, Beate Riehl, Rainer Richter, Sabine Ripsam, Sieglinde König, Roswitha Kositzki, Hans Werner Neumann, Ingrid Schuldes-Tropp, Gudrun Schöpke, Dieter Cromm, Manfred Dietz, Jörg Pasewaldt, Ute Schulz, Cornelia Ostermeyer, sämtlich Reinheim, Werner Koslowski, Irmtraut Kokott, Renate Niclaus, Helmut Rompf, Lucinde Schirmbeck, Manfred Deutschendorf, Renate Deutschendorf, Roselinde Mehler, Annelie Schöberl, Thea Schuch-Schmitt, Cornelia Palissa, Annegret Pendel, Heike Porzelt, Elke Luthardt, Britta-Alice Luh-Amend, Ursula Major, Michael Bill, Ulrike Schäfer, Ute Siegel, Winfried Herr, Manfred Herr, Marlene Schäfer, Marion Hecker, Rainer Bock, sämtlich Wetzlar, Monika Mikus, Hans-Peter Mank, Doris Müller, Gabriele Henker, Maria-Anna Becker, sämtlich Dillenburg, Christa Schneider, Gudrun Prskawetz, Karin Schmidt, Wolfgang Schmidt, Susanne Bodien, Renate Binder, Irene Hotz, Reinhold Bergen-Deubel, Tristan Berberich, sämtlich Bad Soden, Hanneliese Ludwig, Barbara Peitz, Cornelia Osmers, Doris Nicolai, Monika Sommer, Hans Spiel, Marion Meixner, Brigitte Mück, Tatjana Michalek, sämtlich Groß-Gerau (sämtlich 1. 11. 79), Lieselotte Scheidemann, Groß-Gerau (5. 11. 79), Karin Blana, Groß-Gerau, Astrid Neumann, Christa Rußmann, Ingrid Schienbein, Karin Rampe, Carmen Lotzkat, Roswitha Maack, Gabriele Steitz, Reingard Strunz, Agnes Schramm, Karin Schulze, Rosemarie Creter, Helmut Merschroth, sämtlich Darmstadt, Brunhilde Richartz, Claudia Schardt, Andreas Schmidt, Wilfried Mager, Annegret Löser, Jutta Schütz, Anita Müller, Gabriele Servatius, Edith Sperling, sämtlich Heppenheim, Elke Nowak, Ulrike Kocksch, Inge Steul, Renate Schäfer, sämtlich Gießen, Marion Löw, Irene Bell, Ina Michel, sämtlich Limburg, Kristina Maid, Sabine Simon, Jörn Siebken, Hermann Schäfer, Birgitt Hermann, sämtlich Linsengericht, Sibylle Glaab, Siglinde Gomerski, Erhard Ludwig, Claudia Meinel, Jutta Meyer, Roswitha Becker-Poennighaus, Gabriele Böhmer, Anita Bergauer, sämtlich Heusenstamm, Gabriele Mack, Carmen Ludwig, Elisabeth Kittner, Annedore Müller, Rita Blumoehr, sämtlich Hanau, Ulrike Schwinn, Sonngard Bertermann, Peter Speckenheuer, Juliane Meinold, Ute Speckenheuer, Sigrid Bender, Gudrun Bjaelkerup, Erika Becker, Susanne Porada, sämtlich Offenbach, Anneliese Palm, Gudrun Mailänder, Regina Müller, Lydia Charlotte Meussdoerffer, Heidrun Böhm, Jutta Bender, sämtlich Reinheim, Dorothee Bernhardt, Beate Rosenberger-Althen, Günter Krieger, Beate Krause, Angelika Schwarz-Weller, Evelin Koch, Ellen Schneider, sämtlich Friedberg, Jutta Jonak, Dorothea Adomeit, beide Groß-Gerau, Ute Krahl, Ingeborg Skrocka-Makarewicz, Karin Schneider, Peter Krawczyk, Adelheid Schupp, Miriam Schneider, Dagmar Schwarz, Gerhard Schwarz, Ute Kobus, Angelika Kögler, Ruth Scheunemann, Ursula Schmolke, sämtlich Wiesbaden, Beate Schulte, Carmen Kluger, Renate Ross, Katharina Seck, Angela Schindler, sämtlich Usingen, Sigrid Schubert, Gertrude Kaiser, Charlotte Kaiser, Ulrike Jung, Karin Ganss, Gabriele Georg, sämtlich Dillenburg, Brigitte Jung, Ingeborg Junker, beide Heusenstamm, Regina Jung, Theresia Kaiser, beide Limburg, Helga Kapp, Annerose Kaminski, Ulrike Jäger, Gudrun Kall, Gunthilde Ley, sämtlich Offenbach, Beate Kaiser, Martina Jebautzke, Markus Jelinek, sämtlich Reinheim, Siglind Raiss, Patricia Klüber, Maria Jaeckel, Annelore Kamieth, Ursula Rother, Gisela Sacher, Elke Barske, Wolfgang Baaske, Hans-Jürgen Göbel, Dagmar Kreutzmann, Sabine Böhme, sämtlich Darmstadt, Thomas Knörr, Inge Knecht, Bettina Rodeck-Madsen, Wulf Rühl, Heike Röder, Ingrid Azima, Angelika Gajek, Ursula Gollbach, Ulrike Krahn, Christel Held, Werner Zeiger, Karin Wirths, sämtlich Heppenheim, Merula Colmorgan, Birgit Daum, Marlies Dannowitz, Annegret Geils, Gabriele Geidt, Renate Priester, Karin Müller-Pallussek, Ingrid Seib, Horst-Peter Rolke, Beate Rompf, Gudrun Stahl, Undine Steinmann, Dagmar Tenten, Helga Steffl, Monika Reis, Ilona Ernst, Iris Blaul, sämtlich Usingen, Gudrun Atkins, Ulrike Alferts, Hartmut Fillsack, Cornelia Fietzau, Rosemarie Frede, sämtlich Linsengericht, Elke Färber, Gabriele Dudek, Jutta Fuchs, Sabine Batzill, Monika Bacher, sämtlich Bad Soden, Ilse Findeis, Karin-Uta Backe, Kerstin Baumann, sämtlich Hanau, Gabriele Drechsler, Ewald Franz, beide Offenbach, Helga Knorr, Ute Steindorf, Arno Aurand, Petra Sammler, sämtlich Dillenburg, Heidi Zorn, Barbara Tegebauer, Brigitte Säger, Dieter Eitel, Helmut Eckert, Günther Fröhlich, sämtlich Darmstadt, Rolf Ackermann, Cornelia Abresch, Edith Will,

Astrid Schmidt, Brigitta Schneider, Susanne Runkel, Christine Fey, Jutta Franz, Jutta Baumgardt, Gabriele Schreiber, sämtlich Groß-Gerau, Ursula Friess, Doris Albrecht, Iona Saß, Sigrid Seidel, sämtlich Heusenstamm, Claudia Astemer-Ott, Hartmut Backhaus, Ursula Dörband, Christiane Parsch, Brunhild Müller, Margaretha Oberth, Armin Metzger, Sibylle Luh, Hans-Jürgen Thomas, Klaus-Ewald Schäfer, Marlies Racky, Kornelia Rayss, Silvia Rederer, Wolfgang Eis, Eva Bernhardt, Harald Wolfgang Berg, Judith Raschendorfer, Doris Zipp-Schmitt, sämtlich Friedberg, Marianne Rösner, Sibylle Engelmann, Karin Eisenburger, Heike Bäumer, Heinz Peter Russ, Thomas Roth, Karl Rhode, sämtlich Limburg, Ulrich Eckhard-Bödinghaus, Hans Jürgen Fey, Manfred Fink, Brigitte Friedrich, Kristina Bartak, Christa Roth, sämtlich Gießen, Brigitte Awenius, Herbert Schmidt, Christine Echt, Gertrude Enders, Anneliese Palm, Gabriele Röder-Gassmann, sämtlich Reinheim, Annemarie Firchau, Marita Goecke, Ulrike Götz, Birgitt Gmell, Karl Knoche, Christina Kleinschmidt, Angelika Klinghammer, Cornelia Wilczek, Wolfgang Weber, Helmut Walkus, sämtlich Wetzlar, Gudrun Klingelhöfer, Karl-Heinz Wenzel, Renate Wiecker, Elvira Heinz, sämtlich Dillenburg, Ingrid Wulf, Stephanie Weirich, Hildegard Waltemate, Petra Weber, Ulrike Weber, Ursula Wiesendorf, sämtlich Hanau, Ursula Zimmermann, Rosemarie Karl, Sigrid Junker, Monika Jaschke, Renate Dell, sämtlich Usingen, Hannelore Winter, Jürgen Weishaupt, Kornelia Weiss, Regina Weller, Günter Henrich, sämtlich Gießen, Anna Wurster, Rosemarie Zimmermann, Ruth Weitzel, Ute Heichen, Karl Otto Heidlberger, sämtlich Linsengericht, Maria-Luise Kirchberg, Sylvia Knappik, Claudia Kobold, Christa Weimer, Brigitte Weier, sämtlich Limburg, Peter-Joachim Walther, Monika Zopf, Rosemarie Wilhelm, Eva-Maria Wittekind-Paul, Claudia Henke, Petra Heinlein, sämtlich Bad Soden, Dieter Weis, Matthias Will, Helga Pratzat, sämtlich Reinheim, Christa Waldmann-Bauer, Helga Zimmermann, beide Offenbach, Friedhilde Weickert, Hildegard Wenzel, beide Groß-Gerau, Maria Louise Wenzel, Sigrid Zechel, beide Heusenstamm, Susanne Wittig, Cornelia Gröb, Angelika Grillmaier, Barbara Hardtke, Ulrike Hain, sämtlich Friedberg, Andrea Hanke-Wambach, Offenbach, Ingrid Hartwich, Wiesbaden, Jörg Hartmann, Darmstadt, Edeltraut Hamke, Hanau, Heike Hamann, Wetzlar, Thomas Häberle, Winfried Häufeler, beide Dillenburg, Evelyn Halder, Bad Soden, Rolf Gübler, Antonius Hafer, beide Linsengericht, Gabriele Roland, Limburg, Birgitt Hammel, Marina Grüärmel, beide Usingen, Heinfried Hahn, Ursula Haas, beide Heppenheim, Sylvia Hartmann, Heidemarie Gruber, Irmtraud Haas, sämtlich Reinheim, Christa Häfner, Irmgard Hart, beide Groß-Gerau, Gabriele Happel, Gießen, Brigitte Gründel, Brigitte Hanauer, beide Frankfurt, Sigrid Häcker, Ulrike Grosse-Kleimann, Mechthild Großelütern, sämtlich Wiesbaden, Marianne Fladda, Viola-Angela Hellmich-Stresnak, Edith Heil, Manfred Heisig, Klaus-Jürgen Freund, Andrea Führer, sämtlich Friedberg, Ingo Lenz, Rolf Lehmann, Rosemarie Leichthammer, sämtlich Dillenburg, Jutta Lerch, Edith Heinzemann, Dagmar Gentsch, Marianne Görtler, sämtlich Linsengericht, Peter Kynast, Astrid Lemon-Schiller, Mario Lembach, sämtlich Bad Soden, Birgit Freke, Usingen, Eva Maria Radtke, Edmund Räther, Nikola Neatnica, Hans Ulrich Stempel, Marita Schütz, Sonja Zimmer, Constanze Röder, Erhard Rosenthal, Ute Runge, Helga Kübler, Franz Kubat, Monika Messer, Sabine von Möerner, Sigrid Beckmann, Barbara Puchta, Gudrun Meyer-Jürshof, Siegmund Neuwirth, Karin Kiefer, Heinrich Klein, Almut Knab, Sylvia Kern, Eugenie Schilling, Kerstin Räder, Cornelia Köhler, Erika Körner, Ursula Köhler-Schopf, Beate Königstein, Christine Schadock-Reggiannini, Renate Schaaf, Gudrun Sopp, Hiltrud Fay, Klaus Schaffner, Jutta Funck, Monika Beuermann, Karin Binz, Hartmut Becker, Ursula Neumann, Wolfgang Schlootz, Birgit Stahl, Renate Noetzel, Isabel Zimmermann, Hildegard Andereya, Gudrun Isecke, Sieglinde Kahlow, Alfred Ising, Karin Jaeckel, Siegbert Karsten, Margit Appel, Angelika Barreneche, Christine Disser, Wolfgang Mistereck, Barbara Netzel, Kläre Koblitz, Helga Couvelis, Karin Henss, Ute Heimann, Claudia Glock, Ellen Fuchs, Pia Froehlich, Lothar Albrecht, Ursula Dräger, Martina Eck, sämtlich Frankfurt, Ingrid Fuchs, Liäne Johnson, Ilse Feussner, Inge Foucek, Angelika Filip-Nast, Norbert Friedrich, Inge Kaltenschnee, Karin Käppel, Eberhard Emmel, Karin Bernad, Steffen Berg, Gisela Germann, Marianne Gräf, Frauke Greiner, Ingrid Gessinger-Merz, Peter Krawczyk, Brigitte Nötzel, Judith v. Rauchhaupt, Manfred Quentschlich, Jutta Schäfer, Ute Skrba, Renate Sitter, Christine Riedel, Karin Repmann, Hans-Dieter Reitz, Claudine Reinhard, Dieter Ernst, Ursula Dornheim,

Hildegard Ehse, Gabriele Schmitt, Doris Schmieder, Ingeborg Schenten, Anette Rowold, Ulrike Seidel, Maria Rupp, Friedlinde Steib, Dorothea Strack, Holger Michalke, Hannelore Mattern, Ursula Martin, Gabriele Lutz, Silvia Porth, Elisabeth Müller-Franken, Karin Newiger, Ulrike Melchior, Brigitte Baumann, Birgit Dembach, Beate Geck, Ruth Porada, Helma Petersen, Manfred Backhaus, sämtlich Wiesbaden, Annedore Heuser, Usingen, Udo Lenz, Kerstin Gerlach, beide Limburg, Silvia Lippert, Monika Herold, Ursula Hausmann, sämtlich Wetzlar, Harald Schönig, Veronika Janß, Petra Wilm, sämtlich Darmstadt, Gudrun Graf, Walter Heinrich Gebhardt, beide Reinheim, Eva-Maria Eckert, Maria Peitz, Erika Lange, sämtlich Hanau, Ruth Lipfert, Heppenheim, Angelika Langer, Groß-Gerau, Evangela Lang-Tiani, Gießen, Kersten Glück, Offenbach, Gabriele Lutz, Ingrid Tschimer, Elke Zimmerer, Alice Wolf, Heliane Bauer, Heidemarie Amend, Hansjörg Arnold, sämtlich Wiesbaden, Ulrike Burbach, Eva Brisch, Gisela Ulrike Hühnert, Corinna Hog, Karlfred Hoffmann, sämtlich Frankfurt, Renate Brandl, Elke Büttner, Dorothea Büchner, Cornelia Huth, Ursula Heyer, sämtlich Dillenburg, Mechthild von Brasch, Petra Walter, Lindruth Hoppe, sämtlich Heppenheim, Dagmar Gerhard, Michael Hummerich, Sigrid Bonacker, Sigrid Brandenburger-Brähler, Marina Lausser-Bollin, Günter Howind, sämtlich Bad Soden, Susanne Himmel, Gerlinde Huppert, Ingrid Hoffmann, Helga Holona, Hans-Joachim Hoffmann, Rita Hofstätter, sämtlich Groß-Gerau, Christel Hohenbrink, Paul Gerhard Brandt, Cornelia Botschek-Huba, Uta Bollinghaus, Ingrid Wohlfahrt, Karin Zimmermann, Marion Zeus, sämtlich Limburg, Claudia Borchers, Cornelia Böss, Cornelia Würtz, Gabriele Börsch, sämtlich Wetzlar, Gerda Briemann, Mechthild Hoyer, beide Darmstadt, Evelyn Bonnet, Eberhard Bühler, Gabriele Brübach, Maria Wilhelm, Ulrike Brödner, sämtlich Linsengericht, Claudia Högner, Evelyn Hill, Regina Hilsberg, Ursula Huber, Wolfgang Wüsteney, Axel Wurst, Reinhild Zuber, sämtlich Hanau, Gisela Burg, Henrike Hoffmann-Bechthold, Ursula Zennaro, Renate Zieher-Schinke, Loremarie Winter, sämtlich Gießen, Dorothea Ziegler-Kühn, Elisabeth Zell, Birgitt Zörb, Irena Zakrzewski, Beate Hofbauer, sämtlich Heusenstamm, Sylvia Wiemer-Horchler, Elke Weis, beide Heppenheim, Regina Lauer, Heike Hurst, beide Usingen, Ulrich Hinkel, Marielise Hilger, Monika Uhl, sämtlich Friedberg, Ute Breser, Wetzlar, Brigitte Schuster, Hedwig Weismantel, beide Linsengericht, Armin Horlebein, Offenbach, Ute Wennrich, Heppenheim, Gudrun Wessels, Birgitt Lassmann, beide Darmstadt, Joachim Weinert, Angelika Wätjen, Sigrid Wenderoth, Birgit Weide, sämtlich Usingen, Wolfgang Westphal, Birgit Lehmann, Bärbel Weithe, Sabine Hörauf, Ursula Holschier, Michael Hüttenberger, Max Dieter Höhler, sämtlich Wiesbaden, Gabriele Huke, Friedberg, Ursula Uebelacker, Michael Volipp, Ingrid Leszinski, Joachim Weckler, sämtlich Frankfurt, Horst Wagner, Dorothee Weitzel, beide Darmstadt, Katharina Tönjes, Karl Lerp-Jendrusch, Elke Leyhe, sämtlich Friedberg, Edith Urban, Gabriele Wagner, Rita Buhlmann, sämtlich Usingen, Monika Ulrich, Sylvia Vetter, beide Groß-Gerau, Renate Lemp, Birgitta Bursch, Dorothee Waechter, sämtlich Wiesbaden, Elmar Brandmeier, Heusenstamm, Gisela Tremper, Heppenheim, Henriette Volz, Gießen, Mechthild Wagner, Hanau, Gabriele Tkalec, Blanca Tubic, beide Offenbach, Ursula Voland, Wetzlar, Annegret Unold, Kerstin Uhe, Tessa Treichel, sämtlich Bad Soden, Ute Wagner, Linsengericht (sämtlich 1. 11. 79);

zum **Lehrer z. A.** Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Ernst Friedrich Grof, Seeheim 1 (1. 8. 79);

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** die Lehrkräfte i. A. Herbert Dietz, Maintal 2, Ingeborg Falter, Bruchköbel (beide 23. 8. 79), Jutta Wohlleben, Frankfurt, Irmtraud Corbet, Gabriele Metz, beide Groß-Gerau, Brigitte Poschmann, Mörfelden-Walldorf, Verena Liebscher, Groß-Gerau, Günter Zanger, Mörfelden-Walldorf, Charlotte Hirschfeld-Andres, Ginsheim-Gustavsburg, Volker Becker, Idstein (sämtlich 1. 8. 79), Wolfram Koltzer, Raunheim (23. 8. 79), Beate Engeroff, Groß-Gerau (9. 8. 79), Heidrun Lenz, Mörfelden-Walldorf (24. 7. 79), Angelika Jürgens, Frankfurt (9. 10. 79), Wilfried Tschunt, Bruchköbel, Birgitt Thomae, Ginsheim-Gustavsburg (beide 1. 8. 79), die apl. Lehrerin (BaW) Ruth Geltner, Birkenau (23. 8. 79), die Lehramtsreferendarin (BaW) Maria Tecin, Rödermark (1. 10. 79), Sieglinde Lotz-Schäfer, Hanau, Edeltraut Henning, Gelnhausen (beide 15. 8. 79), Rainhild Rogler, Hanau 9 (11. 9. 79), Anne Frielinghaus, Rainer Brechtel, Frankfurt, Christina Schöppner, Bad Homburg (sämtlich 15. 8. 79), Maria Mattern, Frankfurt (23. 8. 79), Ralf-Gunter Essinger, Erfelden (24. 9. 79), Lucia Wolf, Hanau (15. 8. 79), Hans-Dieter Detlar, Frankfurt (21. 9. 79), Juliane Thumerer, Wetzlar (1. 8. 79), Ulrike Minck, Hanau,

Fanni Lange-Mülot, Gisela Schmottlach, Helmut Mag, sämtlich Frankfurt, Rainer Beddig, Hanau (sämtlich 15. 8. 79);

zu **Fachlehrern/innen z. A. (BaP)** die Fachlehrer/innen in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in mus.-technischen Fächern (BaW) Edeltraud Loring, Dieburg (16. 8. 79), Doris Schäfer, Elz (4. 9. 79), Helmut Diener, Hanau (15. 8. 79), Helga Wege, Langen (3. 10. 79), Dagmar Didion-Müller, Großauheim (4. 9. 79), Marion Betz, Münster (14. 8. 79), Annelie Dehmel, Groß-Gerau (21. 8. 79), Cornelia Krüger, Dillenburg (29. 8. 79), Josef Neuner, Münster (14. 8. 79), Katja Grathwohl, Heusenstamm (9. 10. 79), Birgitta Wölbung, Rüsselsheim (11. 9. 79), Ingrid Diehl, Pfungstadt (16. 10. 79), Marlene Barwig, Limburg (11. 10. 79), Beate Weinmann, Hochheim (15. 10. 79), Anton Metka, Frankfurt (23. 10. 79), Ulrike Alter, Neu-Isenburg (5. 11. 79), Karin Schütt, Camberg (9. 11. 79), Karla Sigmund, Idstein (13. 11. 79), apl. Fachlehrerin (BaW) Judith Lang, Bad Nauheim (24. 10. 79), apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer (BaW) Christine Baumbach, Groß-Gerau (12. 8. 79);

zu **Fachlehrern/innen f. mus.-techn. Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehrer/innen in schulpraktischer Ausbildung zum Erwerb der Lehrbefähigung in mus.-techn. Fächern (BaW) Ursula Tschalkowsky, Camberg (17. 9. 79), Wolfgang Scharer, Lauterbach (30. 8. 79), Charlotte Walsdorf, Mainz-Kastel (20. 8. 79);

zur **Sonderschullehrerin z. A. Lehrerin z. A. (BaP)** Annelies Wenka, Idstein (1. 10. 79);

zur **Sonderschullehrerin z. A. (BaP)** Angelika Nilling-Köpke, Nidda, Margarete Wüst, Herborn, Marion Hansen, Groß-Gerau (sämtlich 15. 8. 79);

zu **Lehrern/innen** die Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer (BaL) Christel Schramm, Hattersheim, Werner Schurr, Bad Schwalbach (beide 1. 10. 79), Gerd Klotz, Hainburg (9. 10. 79), Erika Menz, Hattersheim (1. 10. 79), Annemarie Schowald, Hanau (5. 11. 79);

zu **Lehrern/innen der/die Lehrer/innen z. A. (BaP)** Ursula Bach, Wetzlar (1. 10. 79), Gabriele Horz, Mengerskirchen-Waldernbach (27. 9. 79), Karl-Heinz Jung, Riedelbach (19. 10. 79), Karola Müller, Eschborn (30. 5. 79), Friederike Löw, Riedelbach (6. 11. 79), Angelika Beier, Hochheim (7. 11. 79), Wiltrud Schäfer, Friedberg, Josefa Gelhardt-Müller, Limburg (beide 5. 11. 79), Ulrike Schepers, Friedrichsdorf (6. 11. 79), Renate Wagner, Limburg (2. 11. 79), Gisela Schorn, Hofheim-Langenhain (8. 11. 79), Fachlehrer z. A. (BaP) Bodo Brinkmann, Schwalbach (19. 10. 79);

zu **Fachlehrerinnen** die Fachlehrerinnen z. A. (BaP) Margaretha Eckert, Groß-Gerau (6. 9. 79), Carola Peter, Hofheim (8. 10. 79), Annegret Jung, Limburg (26. 10. 79), Iris Neubert, Idstein-Heftrich (29. 11. 79), Elke Drechsler, Ortenberg-Konradsdorf (19. 10. 79), Sigrid Margraf, Dreieich (9. 11. 79), Ute Strohmayr, Dornburg (5. 11. 79), Ingrid Pfeffer, Dieburg (7. 11. 79), Mareike Kipper, Bad Homburg (20. 11. 79);

zur **Fachlehrerin für musisch-techn. Fächer** Fachlehrerin für musisch-techn. Fächer z. A. (BaP) Cornelia Dormeier, Wetzlar (31. 10. 79);

zu **Realschullehrern/innen** die Lehrer/innen (BaL) Hans-Joachim Schatz, Tausenstein 1 (1. 10. 79), Renate Freifrau von Lukas, Seligenstadt (3. 10. 79), Hans Stark, Hungen, Hermann Keller, Camberg (beide 1. 10. 79), Waltraud Ballasso, Mühlheim (13. 10. 79), Hertha Hablik, Ober-Ramstadt (5. 10. 79), Helmut Anderka, Altengronau (1. 10. 79), Harald Daffner, Usingen, Erika Urban-Dressel, Frankfurt (beide 18. 10. 79), Ernst-Christian Hofmeister, Altenstadt (1. 10. 79), Karin Wirth, Wetzlar (5. 11. 79), Fritz Scheffler, Rimbach (10. 10. 79), Erika Dvorak de Camargo, Darmstadt (5. 10. 79), Gabriele Koltkamp, Alsbach (1. 10. 79), Gerhard Gericke, Wetzlar (30. 10. 79), Harald Teichmann, Dreieich (5. 11. 79), Anneliese Knirsch, Bad Orb (10. 11. 79), Waltraud Vierheller, Neu-Isenburg (5. 11. 79), Rolf-Axel Blaurock, Modautal 1 (7. 11. 79), Horst Günter Eucker, Riedelbach, Elisabeth Westendorff, Wetzlar, Dietrich Pa-sold, Horst Schmidt, beide Weilburg (sämtlich 5. 11. 79), Heidi Lienert, Lollar (31. 10. 79), Herbert Herold, Bruchköbel (23. 10. 79), Klaus Michael Helmer, Schwalbach (6. 11. 79), Fritz Scheffler, Rimbach (10. 10. 79), Gerhard Steinl, Wölfersheim (1. 11. 79), Konrad Pant, Günter Schneider (beide 30. 10. 79), Erhard Ludwig (2. 11. 79), Christel Schmidt, sämtlich Wetzlar (30. 10. 79), Werner Steinhofen, Butzbach (5. 11. 79), Bernhard Kehren, Groß-Krotzenburg (9. 10. 79), Hiltraud Gieg, Frankfurt (31. 10. 79), Franz Matzek, Weilburg (5. 11. 79), Wilhelm Lang, Bensheim (26. 10. 79), Reinhard Stahr, Bad Vilbel (30. 10. 79), Ingeborg Haberkorn, Frankfurt (23. 8. 79), Horst Böhm, Rodenbach

(9. 10. 79), Gerd Bauckhage, Maintal 2 (11. 10. 79), Helga von Schöppenthau, Dietzenbach (15. 10. 79), Ilka Knoch, Frankfurt (19. 10. 79), Helga Metzler, Elfrieda Wallisch, Hans-Jürgen Adomeit, sämtlich Usingen (sämtlich 18. 10. 79), Manfred Rossa, Dietzenbach (16. 10. 79), Hans Jürgen Schwarz, Schlüchtern (30. 10. 79), Horst Kreutz, Wölfersheim (31. 10. 79), Friedl Hedrich, Wetzlar (10. 11. 79), Ernst Mattyasovszky, Wölfersheim (5. 11. 79), Brigitte Sachs, Gerhard Sachs, beide Weilburg (beide 13. 11. 79), Günter Schwing, Konradsdorf (19. 10. 79), Erhard Moritz, Ehringshausen (14. 11. 79), Johannes Heil, Mühlheim (13. 11. 79), Gerd Scheewe, Nauborn, Wolf-Rüdiger Schindler, Mühlheim, Helmut Machelett, Weilmünster (sämtlich 12. 11. 79), Hartmut Hecht, Lorsch (14. 11. 79), Gerd Lohmann, Eschenburg-Eibelshausen (12. 10. 79), Roswitha Skiba, Hilke Bannmann, beide Mühlheim (beide 14. 11. 79), Günter Dönges, Walter Grebe, beide Nidda (beide 31. 10. 79), Frank Michael, Altengronau (15. 11. 79), Gerlinde Oberstebrink-Bockholt, Usingen (29. 10. 79), Ingrid Arnold, Franz Auer, beide Lorsch (beide 14. 11. 79), Christa Foemmel, Schlüchtern (16. 11. 79), Udo Rau, Kirch-Göns (17. 11. 79), Anneliese Kaiser, Viernheim (13. 11. 79), Alfred Weiler, Weilburg (5. 11. 79), Jürgen Dietrich, Schlüchtern (15. 11. 79), Friedrich-Wilhelm Jeckel, Friedrichsdorf (12. 11. 79), Hartmut Ferber, Kirch-Göns, Hannelore Pfitzner, Schlüchtern, Heinz Seemann (sämtlich 5. 11. 79), Günter Sarges, beide Wetzlar (29. 10. 79), Rudolf Förster, Steindorf-Albshausen (2. 11. 79), Bertold Pletsch, Grebenhain (30. 10. 79), Karl Heinz Haus, Launsbach, Hartmut Heilmann, Schlüchtern (beide 5. 11. 79), Ise Hanschke, Rüsselsheim (27. 9. 79), Ingrid Jünger, Florstadt (6. 11. 79), Peter Buch, Wölfersheim (5. 11. 79), Siegfried Frohnert, Weilmünster (9. 11. 79), Karlheinz Born, Idstein (7. 11. 79), Klaus Jünger, Florstadt, Georg Bittner, Pohlheim 1 (beide 6. 11. 79), Klaus-Jürgen Klein, Wetzlar (30. 10. 79), Christine Neubert, Frankfurt (1. 11. 79), Peter Schmitt, Wetzlar (12. 11. 79), Manfred Dutenhöfer, Mühlheim (6. 11. 79), Hans Zimmer, Schlitz (15. 11. 79), Herbert Keiper, Weilmünster (12. 11. 79), Harald Fiedler, Viernheim (9. 11. 79), Arnold Guntram, Wetzlar (12. 11. 79), Gerhard Schöffel, Sulzbach (30. 10. 79), Helmut Reichmann, Stierstadt (24. 10. 79), Richard Rauscher, Wetzlar (10. 11. 79), Rosemarie Helleis, Lorsch (12. 11. 79), Friedrich Schnitzspahn, Krieffel (3. 11. 79), Fritz Köhler, Oberursel (12. 11. 79), Hermann Schön, Nidda (31. 10. 79), Ursula Werner, Lorsch (14. 11. 79), Dagmar Kiep, Weilmünster (20. 11. 79), Hartmut Soßdorf, Weilburg (22. 11. 79), Friedrich Horst Lehrmünd, Pohlheim 1 (20. 11. 79), Irmtrude Maul, Wetzlar (30. 10. 79), Walter Pöllmann, Nidda 1 (31. 10. 79), Gerolf Fritsche, Rodgau 5 (19. 11. 79), Willi Müller, Kirch-Göns (17. 11. 79), Winfried Hinkelmann, Viernheim (9. 11. 79), Walter Zacke, Weilburg (16. 11. 79), Winfried Pfreundtner, Friedrichsdorf (12. 11. 79), Karl-Heinz Klein, Dietzenbach (9. 11. 79), Joachim Bunde, Rodgau 5 (26. 11. 79), Günter Tröschel, Großen-Linden (9. 11. 79), Manfred Kuhn, Oberursel (12. 11. 79), Hans Vögler, Schlüchtern (16. 11. 79), Peter Nowak, Erlensee (26. 11. 79), Elisabeth Weidle, Nidda (31. 10. 79), Bernd Knauer, Rodgau 5 (26. 11. 79), Helga Konze, Wetzlar (27. 11. 79), Karl Weimann, Schlüchtern (15. 11. 79), Reinhold Gries, Offenbach (26. 11. 79), Gertrud Schäfer, Friedrichsdorf (12. 11. 79), Kurt Zerhau, Lorsch (14. 11. 79), Peter Kade, Lich (29. 11. 79), Elke Maria Schiffner, Pohlheim 1 (23. 11. 79), Hermann Dehler, Kelkheim (26. 11. 79), Herbert Zwerenz, Wald-Michelbach (19. 11. 79);

zu **Sonderschullehrern/innen** die Lehrer/innen (BaL) Peter Heidler, Dillenburg (2. 10. 79), Mechthild Jahn, Nidderau, Gertraud Rorner, Friedberg (beide 8. 10. 79), Dorothea Meier-Linsert, Frankfurt (1. 10. 79), Bärbel Schlichting, Lollar (31. 10. 79), Werner Weber, Mühlital 1 (19. 10. 79), Gertraud Stahlheber, Idstein (1. 10. 79), Waldemar Eichholz, Aulhausen (8. 10. 79), Helga Zöller-Kaltenschnee, Weiterstadt (1. 10. 79), die Sonderschullehrerinnen z. A. (BaP) Heidemarie Bechstein-Lind, Friedberg (3. 10. 79), Heike Malinka, Weilburg (19. 10. 79), Fachlehrer (BaL) Lutz Jesch, Hanau (1. 10. 79), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer (BaL) Christa Imhoff, Frankfurt (16. 10. 79);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Gabriele Thiele, Atzbach (11. 11. 79), Oskar Kempf, Karben 1 (21. 9. 79), Adelheid Heuß, Riedstadt (19. 9. 79), Elisabeth Thielmann-Ries, Lampertheim (23. 8. 79), Brigitte Fillisch, Großen-Linden (26. 9. 79), Marion Ripper, Rüsselsheim (21. 9. 79), Rolf Kahnt, Eschborn (1. 7. 79), Jürgen Sennlaub (7. 9. 79), Irmtraud-Juliane Tenbaum, beide Mörfelden-Walldorf (31. 8. 79), Renate Achenbach, Offenbach (28. 9. 79), Winfried Leichtfuß, Idstein (14. 9. 79), Hildegard Schmidt, Ober-Mörlen (8. 10. 79), Gabriele Koch, Schlüchtern (4. 10. 79), Helga Ruhland, Lengfeld, Günter Müller, Lauterbach-Maar (beide 1. 10. 79), Norbert Auth, Bad

Soden-Salmünster (2. 10. 79), Detlef Werner, Karben (28. 9. 79), Petra Wagenseil, Großen-Linden (1. 10. 79), Herbert Weinig, Babenhausen (2. 10. 79), Gudrun Kremer, Birstein (24. 9. 79), Walter Lorenz, Mörfelden-Walldorf (1. 10. 79), Christiane Langlotz, Hofheim (4. 10. 79), Martin Bildhäuser, Niddatal 1 (9. 10. 79), Dietrich Hecht, Hainburg (8. 10. 79), Monika Frühbrodt, Alsbach-Hähnlein 2 (24. 9. 79), Hans-Jürgen Großkopf, Dieburg (1. 11. 79), Gisela Becker, Seeheim (7. 9. 79), Walter Scheibner, Friedberg (8. 10. 79), Bärbel Günther, Bad Orb (16. 10. 79), Klaus Hühn, Gedern (28. 9. 79), Katharina Delaney, Bad Vilbel (11. 10. 79), Angelika Hofmann, Rosbach 3 (2. 10. 79), Christa Klupp, Groß-Gerau (6. 9. 79), Hans-Bernd Hoffmann, Bad König (5. 10. 79), Jutta Steyer, Krieffel (13. 10. 79), Ursula Subklew, Rodgau 3 (8. 10. 79), Dorothea Müller, Groß-Zimmern (21. 9. 79), Wolf-Dieter Pie, Bad Vilbel (12. 10. 79), Hans Reinhardt, Biebesheim (10. 10. 79), Gabriele Raguot, Rodgau 5 (8. 10. 79), Monika Römer, Karben 1 (9. 10. 79), Ruth Hauelsen, Stierstadt (15. 10. 79), Lothar Jost, Michelstadt (19. 10. 79), Wilfried Braun, Gelnhausen (17. 10. 79), Evelin Urban, Bad König (16. 10. 79), Renate Breiter, Friedberg (18. 10. 79), Evelyn Schreckenbach, Frankfurt-Griesheim (11. 10. 79), Ingeborg Philipp, Dieburg (16. 10. 79), Gotelinde Lösch, Offenbach (11. 10. 79), Hans Kleiner, Dillenburg (10. 10. 79), Klaus Baumeister, Kelsterbach (16. 10. 79), Bernhard Reisch, Klein-Umstadt (19. 10. 79), Eva Diehl, Babenhausen (18. 10. 79), Wolfgang Leininger, Ginsheim (24. 9. 79), Helga Müller-Lenz, Münster, Brigitte Wöhl, Babenhausen (beide 18. 10. 79), Gabriele Geist, Groß-Gerau (9. 10. 79), Gerlinde Schmidt, Babenhausen (18. 10. 79), Klaus Scheidler, Frankfurt (11. 10. 79), Irmgard John, Friedberg (20. 10. 79), Elke Wolter-Pfaff, Babenhausen (5. 11. 79), Gerhard Boch, Bensheim (19. 10. 79), Christiane Nolte, Groß-Zimmern (16. 10. 79), Waltraud Scheidler-Göttert, Maintal 2 (15. 10. 79), Doris Endres-Koch, Neu-Isenburg (4. 10. 79), Horst Adamitz, Egelsbach (31. 8. 79), Gabriele Schäffer, Königstein (1. 10. 79), Doris Stark, Wetzlar (22. 10. 79), Marion Kibbert, Raunheim (17. 10. 79), Anna Ottenschläger, Rüsselsheim (10. 10. 79), Wolfgang Kammer, Niddatal 1 (24. 10. 79), Gudrun Kaiser-Weiss, Riedstadt (17. 10. 79), Klaus Ahlborn, Ortenberg, Regina Schulz, Kronberg (beide 11. 10. 79), Gabriele Faßbinder, Niddatal 1 (24. 10. 79), Wiltrud Scheiber, Darmstadt (10. 10. 79), Rolf Klein, Karben (31. 10. 79), Diethard William, Schlüchtern (12. 10. 79), Astrid Fuß-Czech, Dieburg (5. 11. 79), Hannelore Mühle, Bad Vilbel (1. 11. 79), Barbara Großkopf, Groß-Zimmern (2. 11. 79), Helmut Schwinn, Dieburg (1. 11. 79), Hildegund Funk, Gelnhausen (5. 11. 79), Marianne Schober, Selters (31. 10. 79), Wolfgang Hamm, Raunheim (25. 10. 79), Angelika Archinal, Götzenhain, Barbara Maas, Buseck (beide 5. 11. 79), Ursula Stocker, Lollar (31. 10. 79), Hans Peter Schwab, Rödermark (5. 11. 79), Gabriele Bauer-Erwe, Hünfelden-Dauborn (29. 10. 79), Dietmar Metz, Darmstadt (8. 10. 79), Jutta Gerlach, Dillenburg (23. 10. 79), Wolf Jürgen Raschendorfer, Bad Vilbel (1. 11. 79), Irmtraut Regentin, Dietzenbach (6. 11. 79), Maria Angela Picard, Frankfurt, Ralf Wohlfahrt, Wiebelsbach, Olga Marx, Freigericht (sämtlich 5. 11. 79), Peter Kistler, Seligenstadt (12. 11. 79), Katharina Isleib, Weilburg (7. 11. 79), Ingrid Kunkel, Frankfurt (31. 10. 79), Erwin Blohm, Limburg (5. 11. 79), Silke Bodmer, Urberach (9. 11. 79), Vera Brisch, Rödermark, Walter Hubl, Limburg, Renate Gerlach, Niddatal 1, Melanie Ott, Limburg (sämtlich 5. 11. 79), Gabriele Vogel, Messel (1. 11. 79), Isolde Antepohl, Dillenburg (14. 11. 79), Norbert Schäfer, Schlitz (8. 11. 79), Margit Ressel, Aarbergen-Kettenbach (9. 11. 79), Renate Rothe, Birgit Rendel, beide Raunheim (beide 5. 11. 79), Christine Schmidt-Köhler, Taunusstein 1 (9. 11. 79), Monika Enders, Taunusstein-Bleidenstadt (5. 11. 79), Ilse Finger, Mühlital 1 (26. 10. 79), Helga Wagner, Kelkheim (5. 11. 79), Karl Lang, Lauterbach (8. 11. 79), Oswald Jülch, Frankfurt-Griesheim (12. 11. 79), Elke Vogel, Raunheim (9. 11. 79), Gabriele Arnold, Langensfeld (5. 11. 79), Inge Bietz, Karben (9. 11. 79), Brita Lukanow-Richter, Hattersheim (5. 11. 79), Hannelore Kortmann, Wiesbaden (2. 11. 79), Karl-Heinz Ruhs, Beilstein (13. 11. 79), Anna Grete Schmidt, Neu-Isenburg (9. 11. 79), Rolf Dirnfellner, Stierstadt, Heinrich Bayer, Wölfersheim-Wohnbach (beide 13. 11. 79), Bärbel Engelage, Rüsselsheim (9. 11. 79), Martina Barnewald, Langen, Ursula Metz, Mörfelden-Walldorf, Adelheid Scherp, Büdingen (sämtlich 13. 11. 79), Birgit Schöltzel, Burgholzhausen (15. 11. 79), Eberhard Wodtcke, Taunusstein (21. 9. 79), Gunter Hartmann, Mühlital 1 (7. 11. 79), Renate Leitzig, Frankfurt (9. 11. 79), Werner Schreiber, Herborn (13. 11. 79), Johanna Wiene, Bischofsheim (8. 11. 79), Heidemarie Labonté, Rüdesheim (20. 11. 79), Hans Kunkel, Großauheim (23. 11. 79), Susanne Wicke, Hadamar 1 (22. 11. 79), Astrid Toewe, Frankfurt (13. 11. 79), Erich Kuschel, Erlensee (28. 11. 79), Andrea Albus, Gedern

(20. 11. 79), Erhard Plebuch, Frankfurt (16. 11. 79), Jochen Hummer, Nidderau (6. 11. 79), Cornelia Brunnengräber, Bensheim (19. 11. 79), Gerda Richter, Konradsdorf (20. 11. 79), Petra Spennemann, Wetzlar (27. 11. 79), Reiner Gemmer, Dillenburg (12. 11. 79), Hannelore Finemann, Bad Homburg (23. 11. 79), Inge Wirsig, Bruchköbel (15. 11. 79), Charlotte Radzuweit, Frankfurt (19. 11. 79);

zu **Fachlehrern/innen (BaL)** die Fachlehrer/innen z. A. (BaP) Ingrid Premer, Gießen (29. 9. 79), Sieglinde Polanski, Bürstadt (25. 9. 79), Ulrike Köhler, Mühlital 1, Renate Muhl, Lauterbach (beide 24. 9. 79), Bettina Lorenz-Hühn, Alsfeld (1. 10. 79), Gabriele Alleben, Kelkheim (19. 10. 79), Edith Langer, Groß-Zimmern (11. 9. 79), Barbara Macht, Wiesbaden (25. 10. 79), Doris Weber, Reichelsheim (23. 10. 79), Uta Stegmann, Niddatal 3 (3. 11. 79), Gabriele Slabon, Münster (30. 10. 79), Ulrike Bittner, Friedrichsdorf (5. 11. 79), Leonore Dietze, Roßdorf (31. 10. 79), Uta Distler, Bensheim (13. 11. 79), Winfried Dümmler, Mühlital 1 (26. 10. 79), Doris Langhoff, Bad Homburg (13. 11. 79), Ingrid Henn, Eschenburg-Eibelshausen (12. 10. 79);

zu **Fachlehrerinnen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die Fachlehrerinnen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Erika Schnell, Dietzenbach (17. 10. 79), Elke Lange-Helfrich, Frankfurt (9. 11. 79), Rosemarie Hofbeck, Taunusstein 1 (1. 11. 79);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL)** die Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP) Charlotte Corlija, Heusenstamm (8. 10. 79), Ute Winter, Ginsheim-Gustavsburg (10. 10. 79);

zur **Realschullehrerin (BaL)** Lehrerin z. A. (BaP) Birgit Hoffmann-Alt, Egelsbach (9. 11. 79);

zu **Sonderschullehrern/innen (BaL)** die Sonderschullehrer/innen z. A. (BaP) Gesina Wilhelmi, Frankfurt (14. 9. 79), Iris Reiser, Friedberg (8. 10. 79), Reinhold Casper, Friedberg (2. 10. 79), Doris Stadler, Pfungstadt (27. 9. 79), Erwin Norwig, Alsfeld (15. 10. 79), Jörg Jungblut, Riedstadt (10. 10. 79), Susanne Vahaji, Viernheim (1. 10. 79), Ingeborg Ehm, Rüsselsheim (11. 10. 79), Elke Wunderlich, Schlüchtern (1. 9. 79), Adelheid Heilos, Hanau (7. 11. 79), Maria Rust-Kiesel, Frankfurt (12. 11. 79), Ingrid Gabriel, Langen (9. 11. 79), Christiane Dreher (24. 9. 79), Peter Stein, beide Frankfurt (16. 11. 79);

zu **Hauptlehrern/innen als Leiter/in einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern** die Lehrer/in (BaL) Erich Wunderlich, Wiesbaden (1. 10. 79), Ernst Hieronymus, Reichelsheim-Beerfurth (19. 10. 79), Karl Lotz, Pohlheim 6, Hans-Peter Schmitt, Eppstein (beide 1. 10. 79), Alfred Döhler, Staufenberg-Treis (31. 10. 79), Else Tschöp, Camberg-Erbach (19. 10. 79), Konrektor/in (BaL) als ständige/r Vertreter/in des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Ruth Gerstner, Ronneburg (10. 10. 79), Dietrich Löw, Erlensee (9. 10. 79), Hauptlehrer (BaL) Kurt Becker, Eschenburg-Hirzenhain (1. 10. 79);

zu **Konrektoren/innen als ständigen Vertretern/innen des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer/innen (BaL) Alfons Bromm, Lollar, Elli Bauer, Gießen, Paul Schlotter, Hüttenberg (sämtlich 1. 10. 79), Ingrid Gerhard, Naunheim (2. 10. 79), Maria Mack, Wetzlar-Hermannstein, Klaus Manger, Hofheim-Langenhain, Adele Olbrich, Nidderau (sämtlich 1. 10. 79);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern** Konrektor (BaL) als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Hans-Walter Becker, Pfungstadt (9. 10. 79);

zu/zur **Konrektoren/in als ständigen Vertreter/in des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** die Lehrer/in (BaL) Gerhard Kölzow, Frankfurt, Klaus Waldschmidt, Linsengericht (beide 1. 10. 79), Ingeborg Kaiser, Oestrich, (2. 10. 79);

zu **Konrektoren als ständigen Vertretern des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern** Lehrer (BaL) Klaus-Dieter Meyer, Offenbach (19. 10. 79), Konrektor/in (BaL) als ständige/r Vertreter/in des Leiters einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Anna Elisabeth Ehmman, Frankfurt (14. 11. 79), Hans-Jürgen Ortmann, Dillenburg (23. 10. 79), Konrektor (BaL) als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Wilfried Schempp, Bad Soden (18. 10. 79);

zum **Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern** Lehrer (BaL) Rudolf Dürr, Hanau-Steinheim (1. 10. 79);

zum Konrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Hauptschulzweig und der Förderstufe Realschullehrer (BaL) Günther Hallek, Münster (18. 10. 79);

zur Zweiten Konrektorin einer Grundschule mit mehr als 540 Schülern Lehrerin (BaL) Magdalene Haas, Gießen (1. 10. 79);

zu Zweiten Konrektoren/innen einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern die Lehrer/innen (BaL) Ernst-Christof Damerau, Stadt Offenbach (z. Z. im Auslandschuldienst) (5. 9. 79), Helene Rietzsch, Wiesbaden, Ernestine Deisinger, Nauborn, Nina Ziedrich, Bad Soden, Erwin Arnold, Frankfurt (sämtlich 1. 10. 79), Realschullehrer (BaL) Leo Bauer, Rüsselsheim (4. 10. 79);

zur Zweiten Konrektorin einer Grund- und Realschule mit mehr als 540 Schülern, sofern dem Realschulzweig und der Förderstufe mehr als 180 bis zu 360 Schülern angehören Lehrerin (BaL) Ingrid Stroh-Ritt, Bad Nauheim (1. 10. 79);

zu Zweiten Konrektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 540 Schülern die Realschullehrer (BaL) Hans Günther Büchner, Rüsselsheim, Josef Blaschke, Trebur (beide 31. 10. 79);

zur Zweiten Realschulkonrektorin einer Realschule mit mehr als 540 Schülern Realschullehrerin (BaL) Ingeborg Benzel, Frankfurt (23. 11. 79);

zum Sonderschulkonrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 100 bis zu 200 Schülern Sonderschullehrer (BaL) Hans Thomas Weber, Weilburg (29. 10. 79);

zum Sonderschulkonrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Sonderschullehrer (BaL) Heinrich Frese, Rüsselsheim (19. 10. 79);

zum Sonderschulkonrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern Sonderschulkonrektor (BaL) als ständiger Vertreter des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Gerold Punzl, Frankfurt (18. 10. 79);

zum Sonderschulkonrektor als ständigem Vertreter des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 200 Schülern Sonderschullehrer (BaL) Hermann Horn, Limburg (9. 11. 79);

zu Rektoren/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrer/innen (BaL) Wolf-Dietrich Riebel, Stud.-Sem. Heppenheim (1. 10. 79), Berthold Angstmann, Stud.-Sem. Frankfurt (2. 10. 79), Brigitte Pohl, Stud.-Sem. Bad Soden (1. 10. 79), Lucia Schmidt, Stud.-Sem. Reinheim, Sigrun Beck, Stud.-Sem. Heusenstamm (beide 3. 10. 79), Monika Atiker, Stud.-Sem. Heusenstamm (8. 10. 79), Ulrike Mehmel, Stud.-Sem. Reinheim (10. 10. 79), Martina Heyn, Stud.-Sem. Bad Soden, Ulrike Maier, Stud.-Sem. Groß-Gerau (beide 1. 10. 79), Klaus Straßheim, Stud.-Sem. Frankfurt (16. 10. 79), Barbara Stumpf, Margit Meissner, beide Stud.-Sem. Offenbach, Heike Keidis, Stud.-Sem. Friedberg, Thilo Barth, Stud.-Sem. Groß-Gerau (sämtlich 1. 10. 79), Mechthild Rupp, Stud.-Sem. Wetzlar, Renate Fentz, Stud.-Sem. Wiesbaden (beide 18. 10. 79), Birgitta Jarurek, Stud.-Sem. Frankfurt (16. 10. 79), Beatrice Lachwitz, Stud.-Sem. Friedberg (23. 10. 79), Ingrid Krüger, Stud.-Sem. Offenbach (18. 10. 79), Almut Schleiffer, Stud.-Sem. Wiesbaden (18. 9. 79), Elke Dreßbach, Stud.-Sem. Linsengericht (26. 10. 79), Gerhard Olschewski, Stud.-Sem. Offenbach, Hertje Schiemann (beide 18. 10. 79), Gerda Weidmann (19. 10. 79), Waltraud Hahn, sämtlich Stud.-Sem. Darmstadt, Anneliese Schmidt-Focke, Stud.-Sem. Usingen (beide 30. 10. 79), Barbara Schuchard (6. 11. 79), Gerda Schuy, beide Stud.-Sem. Frankfurt (1. 11. 79), Otmar Buss, Stud.-Sem. Usingen (30. 10. 79), Margret Fischer, Stud.-Sem. Hanau (20. 11. 79), Bernd Meuser, Stud.-Sem. Limburg (3. 11. 79), Konrektor (BaL) als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Norbert Müller, Büdingen (1. 10. 79);

zum Rektor einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern Realschullehrer (BaL) Jürgen Lütter, Hainburg (12. 11. 79);

zum Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern die Lehrer/in (BaL) Emma Wehngel, Dillenburg (12. 10. 79), Rudolf Fleck, Groß-Gerau (16. 10. 79), Paul Jürgen Thielmann, Dillenburg (17. 10. 79);

zu Rektoren einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Rudolf Cunz, Breitscheid (12. 10. 79), Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Herbert Habl, Sulzbach (5. 11. 79);

zu Rektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe die Realschullehrer (BaL) Manfred Groß, Offenbach (19. 10. 79), Ernst Guggenberger, Bad Vilbel (9. 11. 79);

zum Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Hauptschulzweig, Realschulzweig und der Förderstufe Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Wolfgang Hascher, Bad Vilbel (24. 10. 79);

zu Rektoren einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Felix Haschke, Rai-Breitenbach (18. 10. 79), die Konrektoren als ständige Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Ernst Benz, Weiterstadt 2 (14. 11. 79), Josef Eckstein, Heusenstamm (29. 11. 79);

zu Realschulrektoren einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Realschullehrer (BaL) Rudolf Scheidt, Wiesbaden (15. 11. 79), Johannes Bambey, Frankfurt (14. 11. 79);

zum Realschulrektor einer Realschule mit mehr als 360 Schülern (BaL) Rektor einer Realschule a. D. Jürgen Klocksin, Wiesbaden (15. 5. 79);

zu Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrer (BaL) Jochem Leifeld, Gießen (19. 10. 79), Roland Neeb, Schotten (26. 10. 79), Rektor einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Wilhelm Schwalb, Braunfels (20. 11. 79);

zum Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 360 Schülern Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Förderstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Peter Lifka, Aarbergen-Michelbach (9. 10. 79);

zum Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern Rektor an einer Gesamtschule als Leiter der Grundstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Heinz Rieth, Rodgau 1 (19. 10. 79), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern (BaL) Hans Specht, Frankfurt (3. 10. 79), Realschullehrer (BaL) Sönke Gorek, Dreieich (26. 11. 79);

zum Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern Realschullehrer (BaL) Bernhard Knobloch, Frankfurt-Griesheim (16. 11. 79);

zu Rektoren einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern die Lehrer (BaL) Joachim Gärtner, Gießen (19. 10. 79), Friedmar Stockmann, Großen-Buseck (17. 10. 79), Ernst Graser, Neu-Anspach (31. 10. 79), Realschullehrer (BaL) Reinhold Schmidt, Solms (31. 10. 79);

zu Rektoren an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern die Lehrer (BaL) Paul Degenhardt, Taunusstein 1 (15. 10. 79), Rüdiger Lang, Mörfelden-Walldorf (9. 11. 79);

zum Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 120 Schülern Sonderschulrektor einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern (BaL) Günther Hofer, Frankfurt (7. 11. 79);

zum Sonderschulrektor einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 200 Schülern Sonderschulkonrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Schule für Lernbehinderte mit mehr als 200 Schülern (BaL) Friedrich Beyer, Frankfurt (20. 11. 79);

zum Rektor als Ausbildungsleiter die Realschullehrer/innen (BaL) Günter Sarges, Stud.-Sem. Wetzlar (5. 11. 79), Harald Fischeoeder, Stud.-Sem. Linsengericht (6. 11. 79), Elke Immelt (22. 11. 79), Peter Mende, beide Stud.-Sem. Gießen (20. 11. 79), Franz Scharloth, Stud.-Sem. Offenbach (15. 11. 79), Wieland Bode, Stud.-Sem. Reinheim (19. 11. 79), Günter Gohlke, Stud.-Sem. Offenbach (16. 11. 79), Peter Laufer, Stud.-Sem. Wiesbaden (7. 11. 79), Siegfried Glück, Stud.-Sem. Offenbach (16. 11. 79), Klaus Dieter von Kaminietz, Stud.-Sem. Heusenstamm (22. 11. 79), Alfred Friedl, Stud.-Sem. Wiesbaden (14. 11. 79), Werner Franke, Reinhard Klein, Klaus Schäfer, sämtlich Wetzlar (sämtlich 30. 11. 79), Ingo Brose, Stud.-Sem. Dillenburg (13. 11. 79), Ulrich Mayer, Stud.-Sem. Wetzlar (30. 11. 79), Josef Knapp, Stud.-Sem. Limburg (9. 11. 79), Otto Koch, Stud.-Sem. Darmstadt (20. 11. 79), Klaus-Dieter Gerhard (23. 11. 79), Friedel Bosecke,

beide Stud.-Sem. Wetzlar (26. 11. 79), Georg Kraus (21. 11. 79), Horst Weygandt, beide Stud.-Sem. Darmstadt (20. 11. 79), die Lehrer/innen (BaL) Gerhard Jungermann, Stud.-Sem. Gießen (22. 11. 79), Gerhard Knoblauch, Stud.-Sem. Bad Soden (31. 10. 79), Birgitt Pelzl (16. 11. 79), Adolf Schatzinger, Stud.-Sem. Offenbach (22. 11. 79), Peter Stöhr, Stud.-Sem. Wetzlar (23. 11. 79), Dieter Fentz, Stud.-Sem. Wiesbaden (14. 11. 79), Hans Albert Gerz, Stud.-Sem. Limburg (16. 11. 79), Christina Walter, Helga Lömker, beide Stud.-Sem. Heusenstamm (beide 30. 11. 79), Frank Heutger (26. 11. 79), Alexander Butte, beide Stud.-Sem. Heusenstamm (13. 11. 79), Christian Hölscher, Stud.-Sem. Wetzlar (30. 11. 79), Wolfgang Schömig, Stud.-Sem. Offenbach (15. 11. 79), der/die Sonderschullehrer/innen (BaL) Dieter Lerch, Bad Soden (31. 10. 79), Elisabeth Rainer, Stud.-Sem. Wiesbaden (20. 11. 79), Maria Magdalena Boese, Stud.-Sem. Darmstadt (29. 11. 79);

zu/zur **Direktoren/in an einer Gesamtschule als ständige Vertreter/in des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern** Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern (BaL) Dietmar Becher, Großen-Linden (9. 10. 79), Konrektorin als die ständige Vertreterin des Leiters einer Grund-, Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Irene Thoma, Eppstein (27. 10. 79), Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Manfred Swoboda, Offenbach (19. 10. 79);

zu **Direktoren einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern** Studiendirektor (BaL) Herbert Schönhaar, Sulzbach (17. 10. 79), Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Theodor Schneider, Offenbach (31. 10. 79);

zum **Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern** Direktor einer Gesamtschule als Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern (BaL) Heinrich Zeller, Offenbach (19. 10. 79);

zum **Direktor an einer Gesamtschule als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern** Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Rudolf Virnich, Wetzlar (30. 10. 79);

zum **Direktor an einer Gesamtschule als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe** Rektor einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Heinrich Nitschke, Usingen (31. 10. 79);

zu/zur **Pädagogischen Leitern/in an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern** die Direktoren/in an einer Gesamtschule als Leiter/in eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern (BaL) Gerhard Havelberg, Lich (12. 10. 79), Karola Schädel, Frankfurt (1. 10. 79), Paul Biens, Fischbach (10. 10. 79);

zum/zur **Pädagogischen Leiter/in an einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit mehr als 1000 Schülern** Konrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer Haupt- und Realschule mit mehr als 360 Schülern an dem Realschulzweig und der Förderstufe (BaL) Adelheid Tröscher, Frankfurt-Griesheim (1. 4. 79), Rektor an einer Gesamtschule als Leiter einer Schulstufe mit mehr als 360 Schülern (BaL) Klaus Keiner, Aßlar-Hermannstein (23. 10. 79);

zum **Pädagogischen Leiter an einer Gesamtschule mit Oberstufe** Rektor an einer Gesamtschule als Leiter eines Schulzweiges mit mehr als 360 Schülern (BaL) Bernd Becker, Freigericht (24. 11. 79);

zum **Psychologierat** Fachlehrer für mus.-techn. Fächer (BaL) Dipl.-Psych. Karl Heinrich Roediger, Schlüchtern (16. 11. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Fachlehrerinnen (BaP) Sigrid Drott, Ginsheim-Gustavsburg (15. 10. 79), Angelika Schulten, Mühlheim 3, Silvana Feuer, Egelsbach (beide 9. 11. 79), Sonderschullehrerin (BaP) Doris Gruissem-Gektidis, Friedberg (14. 11. 79), die Lehrerinnen (BaP) Ursula Schmucker-Stoll, Heuchelheim (25. 9. 79), Lydia Best, Friedberg (17. 10. 79), Sigrid Stanger, Michelstadt (7. 11. 79), Rosel Barthelmes, Solms (19. 12. 79), Michaela Halim, Dietzenbach (5. 11. 79), Helga Gotthardt-Rath, Hanau (23. 11. 79), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer (BaP) Claudia Huisl, Erlensee (15. 6. 79);

in den Ruhestand getreten:

Schulamtsdirektor Erich Schindler, Friedberg (31. 12. 79), Psychologieoberrat Leo Rzeha, Rüdeshheim (30. 9. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Sonderschulkonrektorin als ständige Vertreterin des Leiters einer sonstigen Sonderschule mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern Gerda Günther, Hofheim (30. 11. 79), Realschullehrer Bruno Pöschl, Wetzlar (31. 8. 79), die Lehrer/innen Fritz Bartusch, Rüsselsheim (31. 7. 79), Heinrich Wiegand, Frankfurt (30. 9. 79), Hildegard Fittschen, Offenbach (31. 7. 79), Franz Wellek, Aarbergen-Michelbach (30. 9. 79), Waltraud Lemke, Darmstadt (31. 10. 79), Margit Hahn-Würz, Haiger (31. 8. 79), Elfriede Gaul, Rosemarie Seitz, beide Frankfurt, Rosemarie Trietsch, Darmstadt (sämtlich 31. 10. 79), Ursula Wiederhold, Langen (31. 7. 79), Gunthilde Trunzer, Frankfurt (30. 9. 79), Walter Striebeck, Langen, Lotte Mach, Dutenhofen (beide 31. 7. 79), Erika Schmude (30. 11. 79), Erika Hübner, beide Frankfurt (31. 10. 79), Margarete Frankl, Darmstadt (30. 9. 79), Annemarie Schildberg, Frankfurt (30. 11. 79), August Höring, Dorheim (31. 7. 79), Ingrid Baumann, Usingen (31. 12. 79);

entlassen:

apl. Lehrerin Gisela Hübner, Frankfurt (30. 9. 79), Fachlehrer z. A. Ekkehard Sommer, Rodgau 3 (31. 8. 79), die Lehramtsreferendare/innen Mechthild Fischer, Helga Hesslors, beide Heusenstamm (beide 30. 9. 79), Ilse Czudai, Frankfurt (31. 8. 79), Dürk Bäunker, Darmstadt (30. 9. 79), Monika Lippert, Offenbach (31. 10. 79), Maria-Theresia Menzer, Heppenheim (21. 9. 79), Gertrud Etzel, Darmstadt (31. 8. 79), Ingrid Dominatus, Heppenheim (31. 10. 79), Rita Bootz, Schwingbach (31. 8. 79), Jürgen Sauer, Heppenheim (4. 11. 79), Helma Steppan, Martha Kretschmer, beide Offenbach (beide 31. 10. 79), der/die Lehramtsreferendar/innen Petra Bauer, Wiesbaden (15. 11. 79), Antje Kohlschitter, Dillenburg (9. 11. 79), Hans Krautstein, Bad Soden (11. 11. 79), Gerhard Mayer, Darmstadt (9. 11. 79), Ingeborg Krause, Groß-Gerau (31. 10. 79), die Lehrerinnen Waltraud Müßig, Dillenburg (30. 9. 79), Helga Kreiser, Maintal 4 (31. 7. 79), Ilse Schäfer, Rodgau 1 (22. 8. 79), Ursula Kraft, Launsbach (31. 12. 79), Gudrun Jakob, Frankfurt (3. 9. 79), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Anni Pankratz, Weilburg (31. 10. 79), Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer z. A. Christa Hildebrandt, Babenhausen (16. 9. 79);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** Günter Frick, Waltraud Frank, Wilfried Thuma, Günter Dichmann, Gerhard Puster, Hans-Jürgen Jäckel, Hermann Hungerkamp, Hans-Peter Grosse, Gregor Godde, Martin Koik, Melitta Semper, Werner Vogeltanz, Peter Berg, Bernfried Heckelet, Lothar Weigle, Hilga Walkenbach, Walter Roggia, Walter Mirow, Franz-Gerhard Roth, Thomas Schmitz, Hans-Jürgen Bartel, Horst Schellhas, sämtlich Frankfurt, Helmut Ruß, Jürgen Rücker, Klaus Jürgen Jung, Gerhard Huke, Peter Holtz, Sabine Sczesny, Rudi Schneider, Gerd Dohr, Günter Schulz, Ulrich Beidatsch, Karlheinz Loew, Martin Bill, Paul Lachmund, Jürgen Lauber, Eleonore Kwetkus, Peter Guld, Jutta Fröhlich, Willi Eckert, Jörg Herget, Wilfried Stranz (sämtlich 1. 11. 79), Bernhard Kullmann (8. 11. 79), Albert Müller, sämtlich Gießen, Hans Joachim Lahr, Darmstadt (beide 13. 11. 79), Astrid Ott, Frankfurt (1. 11. 79), Klaus Wandjo, Darmstadt (8. 11. 79), Eberhard Bolte, Gießen (15. 11. 79), Hans Dieter Zimmer, Darmstadt, Ernst Hillmer, Hermann Könen, Albert Robert Macht, Arno Weller, Joachim May, Birgit Kiefer, Robert Hanusch, Sibylle Rath, Hclmut Rausch, Helmut Ecker, Michael Störger, Hans Peter Hätge, Marian Birke, Alfred Püschel, Thomas Ebert, Erich Janisch, Ernst-Lothar Hübner, Hans Peter Jung, Reinhard Weber, Klaus Rochel, Wilhelm Marsilius, Martin Metzendorf, Günter Haft, Klaus Lehnen, Gerriet Biehle, Jörg Rainer Wetter, Gertrud Ahles, sämtlich Frankfurt, Gerd Färber, Wolfgang Gies, Hans-Jürgen Chop, sämtlich Darmstadt, Hans Hartel, Bernd Köplin, Hedda Wohak, Rolf Dieter Zimmer, Manfred Fries, Manfred Fritsch, Jürgen Drieschmanns, Heinrich Schmitt-Raab, Werner Schindler, Richard Sauer, Klaus Jürgen Sassenrath, Werner Baumbach, Rolf Kohlweyer, Ernst Kieren, Manfred Kilian, Walter Schüssler, Karlheinz Böhles, Bernhard Mielich, Heinz Gerhard Heep, Annelie Gobell, Rita Löw, Peter Lähn, Friedhelm Leber, Rudolf Hirsch, sämtlich Wiesbaden (sämtlich 1. 11. 79);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** Franz Bradl, Frankfurt (1. 2. 79), Brigitte May, Wiesbaden, Winfried Wicnand, Frankfurt, Lothar Ernst Mertel, Rüsselsheim (sämtlich 15. 8. 79), Ernst Kauder, Frankfurt (23. 8. 79), Günter Rubisch, Nidda 1, Heinz Albert Hornung, Frankfurt, Reinhard Thiemer, Gerhard Lenz, beide Groß-Gerau, Rolf Moritz, Schlüchtern, Wolfgang Maier, Offenbach, Günter Liebig, Dreieich, Helga Fillies, Frankfurt, Karl-Heinz Schwing-

hammer, Rüsselsheim, Helmut Scheuermann, Hofheim, Wolfgang Agoston, Frankfurt, Ferdinand Müller (sämtlich 15. 8. 79), Horst Bauer, beide Offenbach (23. 8. 79), Hans Lohr, Rüsselsheim (15. 8. 79);

zu **Studienräten** Studienrat z. A. (BaP) Jürgen Weiss, Dieburg (28. 8. 79), die Fachoberlehrer f. technologische Fächer (BaL) Werner Jahn, Weilburg (1. 10. 79), Erich Damm, Gießen (9. 11. 79);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Wolfgang Weis, Frankfurt (14. 9. 79), Horst Karger, Wetzlar (21. 9. 79), Wilhelm Herkert, Nidda (28. 8. 79), Reinhard Winter, Frankfurt (21. 9. 79), Monika Türk, Hanau (24. 9. 79), Siegfried Adam, Frankfurt (21. 9. 79), Horst Vogel, Darmstadt (2. 10. 79), Thomas Günkel, Frankfurt (28. 9. 79), Werner Vogl, Hanau (2. 10. 79), Sabine Dumbacher, Bad Nauheim, Horst Steinert, Dreieich (beide 4. 10. 79), Hans-Jürgen Keppler, Wetzlar (9. 10. 79), Klaus-Wilhelm Ring, Gerhard Tögl, beide Offenbach, Walter Meßner, Hadamar (sämtlich 17. 10. 79), Arnold Gündling, Obertshausen (1. 10. 79), Manfred Bastian, Michelstadt (1. 11. 79), Lutz Dreyer, Büdingen (31. 10. 79), Richard Volpert, Gelnhausen (5. 11. 79), Gerhard Eurich, Hanau (1. 12. 79), Ralf Dapper, Gießen (8. 11. 79), Gerhard Kenke, Hanau (13. 11. 79), Sonnhild Adam, Magdalene Krajnovic, beide Frankfurt (beide 16. 11. 79), Bernd Schauß, Limburg (20. 11. 79), Reiner Sommer, Bensheim (23. 8. 79), Almut Ziegler, Friedberg (23. 11. 79), Michael Geib, Dieburg (22. 11. 79);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Rolf Mayer, Dipl.-Hdl. Herbert Arnold, Dipl.-Kfm. Hermann Doleschal, Dipl.-Hdl. Herbert Hammelmann, Dipl.-Hdl. Erika Heinrich, Dipl.-Hdl. Jürgen Caprano, Ulrich Wojahn, sämtlich Darmstadt, Reinhard Best, Rolf Nauert, beide Gießen (sämtlich 1. 10. 79), Hedwig Stiel, Gießen (2. 10. 79), Hermann Gottschalt, Rüsselsheim (3. 10. 79), Dipl.-Hdl. Otto-Ernst Wöldicke, Darmstadt, Volker Albat, Rolf Helmsorig, beide Gießen, Reinhold Reinmüller, Wiesbaden, Burkhardt Mai, Weilburg (sämtlich 1. 10. 79), Claudia Wiederholt, Dillenburg (4. 10. 79), Margarete Puppel, Bensheim (3. 10. 79), Klaus Dischinger, Rüsselsheim (3. 10. 79), Reinhold Kretschmar, Offenbach (4. 10. 79), Gerd Müller, Dreieich (1. 10. 79), Josef Jung, Obertshausen (8. 10. 79), Willfried Tresselt (4. 10. 79), Günter Roßbach (3. 10. 79), Klaus Brück, sämtlich Bensheim (5. 10. 79), Dieter Isenberg, Darmstadt (19. 10. 79), Klaus-Dieter Hoffmann, Gießen (1. 10. 79), Gerhard Stucky, Lampertheim (5. 10. 79), Dieter Goltsche, Gießen (9. 10. 79), Dipl.-Kfm., Dipl.-Volksw. Dietrich Borchard, Michelstadt (1. 10. 79), Jürgen Raab, Gießen (9. 10. 79), Kurt Hofmann, Hadamar, Ingeborg Hübner, Hofheim, Manfred Dewald, Lampertheim, Udo Dürrich, Hofheim, Dipl.-Volksw. Gregor May, Hanau, Egmont Gassert, Hofheim, Dr. Egmont Stempel, Hanau, Norbert Weinig, Alsfeld, Jürgen Enders, Taunusstein 1, Dipl.-oec.troph. Gudrun Meyer, Friedberg, Gerhard Ludwig, Dr. Manfred Thierling, beide Hanau (sämtlich 1. 10. 79), Petra Specketer, Frankfurt (2. 10. 79), Dipl.-Volksw. Elke Peters, Hanau, Hans-Rolf Hägele, Hans-Jörg Leonhardt, beide Frankfurt (sämtlich 1. 10. 79), Dietrich Wiewiorowski, Dillenburg (2. 10. 79), Volker Schneider, Hanau (4. 10. 79), Klaus-Dieter Lochmann, Wiesbaden, Jörg Werner, Bad Homburg, Ulrich Zahn, Hanau, Rainer Hauelsen, Herwarth Naujok, Alfred Knöß, sämtlich Frankfurt, Hans-Heiner Dähne, Hanau (sämtlich 1. 10. 79), Dr. Karl Krefsmann, Frankfurt (2. 10. 79), Dr. Alenka Klemencic, Gießen (12. 10. 79), Rudolf Rippl, Rainer Scherbaum, Peter Glunz, Dieter Grau, sämtlich Wetzlar (sämtlich 31. 10. 79), Herbert Brune, Frankfurt (2. 10. 79), Karl Eugen Dambach, Wiesbaden (9. 10. 79), Alexa Witzel, Frankfurt (1. 10. 79), Alfred Preisner, Wetzlar (31. 10. 79), Wolfgang Daum, Peter Stevens, beide Frankfurt (beide 2. 10. 79), Peter Borchers, Frankfurt (9. 10. 79), Hans-Jürgen Bopp, Taunusstein (31. 10. 79), Reinhard Höfling, Butzbach (12. 10. 79), Klaus Otto Weidenmüller, Hofheim (1. 10. 79);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Ruth Schwerin, Taunusstein (16. 10. 79), Alfred Krefsmann, Frankfurt (19. 10. 79), Günter Hubatsch, Offenbach, Maria Otto, Wetzlar (beide 30. 10. 79), Joachim Bierbaum (9. 10. 79), Dipl.-Hdl. Ludwig Lang, beide Frankfurt (19. 10. 79), Dipl.-Kfm. Otto Tögl, Bad Nauheim (29. 10. 79);

zum **Studiendirektor als ständigem Vertreter des Leiters einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern** Studiendirektor (BaL) Franz-Josef Winter, Wiesbaden (11. 10. 79);

zum **Oberstudiendirektor als Leiter eines Studienseminars für das Lehramt an beruflichen Schulen** Studiendirektor (BaL) Dr. Philipp Berg, Stud.-Sem. Darmstadt (22. 11. 79);

zum/zu **Fachlehreranwärter/innen (BaW)** Ursula Rosner, Offenbach (1. 8. 79), Gudrun Vorsmann, Usingen (15. 8. 79), Hermann Jakob, Bad Homburg (1. 8. 79);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** Fachlehreranwärterin Christl Schreckenbach, Offenbach (1. 2. 79);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer** Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Christel Radde, Darmstadt (6. 11. 79);

zur **Fachlehrerin (BaL)** Fachlehrerin mit abgeschlossener Ing.- oder Fachhochschulausbildung für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP) Elisabeth Ecker, Lampertheim (15. 10. 79);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Peter Hendriks, Gelnhausen (1. 10. 79), Günter Czoik, Rüsselsheim (11. 10. 79), Gisela Ehlers, Frankfurt (3. 10. 79), Karl Herbert Bonarius (1. 11. 79), Doris Helfrich, beide Gießen (30. 10. 79);

zum/zur **Fachlehrer/in für sozialpädagogische Fächer (BaL)** Fachlehrer/in für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP) Armin Ossadnik, Hanau (1. 9. 79), Mignon Olm, Gelnhausen (1. 10. 79);

berufen in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**:
Studienrat (BaP) Michael Pape, Michelstadt (12. 10. 79);

in den **Ruhestand** versetzt:

die Oberstudiendirektoren Hans Schellhase, Gelnhausen (30. 9. 79), Hans Mahrenholz, Darmstadt (30. 11. 79), Oberstudienrat/in Ursula Aubel, Dillenburg (30. 11. 79), Erich Müller, Limburg (31. 7. 79);

entlassen:

der/die Fachlehreranwärter/innen Ursula Bilsing, Darmstadt (20. 9. 79), Klaus Althoff, Frankfurt (31. 7. 79), Hannelore Schmidt, Gießen (31. 10. 79), die Studienreferendare Wilhelm Baumgarten (20. 9. 79), Alfred Borm, beide Darmstadt (31. 8. 79), Christoph Grieger, Geisenheim (29. 9. 79), Studienrätin z. A. Gudrun Hänni, Frankfurt (31. 7. 79).

Darmstadt, 15. 1. 1980

Der Regierungspräsident

VI 1 — 71 08 (1)

St.Anz. 6/1980 S. 283

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Techn. Oberinspektor (BaP)** techn. Angestellter Werner Krug (15. 12. 79);

berufen in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**:

Techn. Oberinspektorin (BaP) Barbara Kretz, GAA Darmstadt (29. 12. 79).

Darmstadt, 23. 1. 1980

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

St.Anz. 6/1980 S. 275

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten

Der Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Wulff-Joachim Olshock, WWA Darmstadt (3. 12. 79);

zum **Veterinärat (BaL)** Veterinärat z. A. (BaP) Dr. Erwin Brüne, LR des Lahn-Dill-Kreises — Staatl. Veterinäramt — (10. 12. 79);

in den **Ruhestand** getreten:

Veterinärdirektor (BaL) Dr. Georg Metz, LR des Kreises Darmstadt-Dieburg — Staatl. Veterinäramt — (31. 12. 79);

in den **Ruhestand** versetzt:

Veterinärdirektor (BaL) Dr. Wilhelm Strack (31. 12. 79) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Inspektoranzwärter (BaW) Wolfgang Schäfer, WWA Friedberg (31. 12. 79) gem. § 41 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 23. 1. 1980

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

St.Anz. 6/1980 S. 283

Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt

ernannt:

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Inspektoranwärter (BaW) Michael Katzenberger, FA Idstein (20. 12. 79);
 zu **Forstinspektoren z. A. (BaP)** die Forstinspektoranwärter (BaW) Klaus-Peter Albrecht, FA Gelnhausen, Wolfgang Becker, FA Lampertheim, Wolfgang Busch, MB Vogelsberg-Spessart, Robert Döll, FA Beerfelden, Klaus Düdder, FA Seeheim-Jugenheim, Klaus-Jürgen Geißler, FA Neu-Isenburg, Dieter Illhardt, FA Rüdesheim, Dieter Jungblut, FA Lampertheim, Klaus Pfeifer, FA Joßgrund, Jens Udo Thomsen, FA Michelstadt, Jürgen Womser, FA Mörfelden, Holger Hain, FA Rüdesheim, Joachim Hartmann, FA Groß-Gerau, Richard Wolbert, FA Wald-Michelbach (sämtlich 2. 11. 79), Joachim Hartmann, FA Groß-Gerau (21. 12. 79), Angestellter Johann Greschner, FA Langen (2. 11. 79);

in den Ruhestand getreten:

Forstamtmann Adolf Winter, FA Neu-Isenburg, Forstoberrat Helmut Sulzmann, FA Hirschhorn (beide 31. 12. 79), Oberamtsrat Walter Dondorf, FA Beerfelden (30. 11. 79);

in den Ruhestand versetzt:

Amtmann Hubert Schreurs, FA Grebenhain (30. 11. 79), Forstamtmann Herbert Pankratz, FA Babenhausen (31. 12. 79) beide gemäß § 51 (3) HBG.

Darmstadt, 16. 1. 1980

**Bezirksdirektion für Forsten
 und Naturschutz**
 1 a — B 47

StAnz. 6/1980 S. 284

186 DARMSTADT

REGIERUNGSPRÄSIDENTEN**Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) für den Lahn-Dill-Kreis**

Auf Grund des § 2 Abs. 4 GüKG in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2132) und der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem GüKG vom 9. Dezember 1975 (GVBl. I S. 281), geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem GüKG vom 9. November 1976 (GVBl. I S. 437), wird verordnet:

§ 1

Für die Städte und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises werden folgende Ortsmittelpunkte gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG bestimmt:

Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
----------------	-----------------	-------------

Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
Aßlar		
a) Aßlar	Bahnhof	r 34 62 080 h 56 06 000
b) Stadtteil Bermoll	Einmündung K 391 in L 3052	r 34 61 600 h 56 13 620
c) Stadtteil Werdorf	ev. Kirche	r 34 58 840 h 56 07 180
Bischoffen		
a) Bischoffen	Kirche	r 34 60 950 h 56 19 050
b) Ortsteil Oberweidbach	Kirche	r 34 65 800 h 56 21 150
c) Ortsteil Wilsbach	Kirche	r 34 67 050 h 56 18 100
Braunfels		
a) Braunfels	Marktplatz	r 34 56 800 h 55 97 780
b) Stadtteil Bonbaden	Einmündung K 373 in L 3283	r 34 59 500 h 55 96 100
c) Stadtteil Tiefenbach	ev. Kirche	r 34 53 020 h 55 99 840
Breitscheid		
a) Ortsteil Medenbach	Rathaus	r 34 45 915 h 56 18 540
b) Ortsteil Rabenscheid	Rathaus	r 34 39 845 h 56 16 530
c) Ortsteil Gusternhain	Gemeindehaus	r 34 41 980 h 56 14 765
Dietzhölztal		
a) Ortsteil Ewersbach	Rathaus	r 34 51 810 h 56 33 290
b) Ortsteil Mandeln	Kirche	r 34 53 440 h 56 35 420
c) Ortsteil Rittershausen	ev. Kirche	r 34 49 560 h 56 34 730
Dillenburg		
a) Stadtteil Frohnhausen	Rathaus	r 34 50 700 h 56 26 680
b) Stadtteil Niederscheld	Rathaus	r 34 51 076 h 56 20 737
c) Stadtteil Donsbach	Zimmerplatz	r 34 46 210 h 56 21 070
Driedorf		
a) Ortsteil Waldaubach	Rathaus	r 34 38 330 h 56 13 910
b) Ortsteil Münchhausen	Schule	r 34 42 880 h 56 09 435
c) Ortsteil Hohenroth	Alte Schule	r 34 39 015 h 56 12 185
Ehringshausen		
a) Ehringshausen	Bahnhof	r 34 56 440 h 56 06 800
b) Ortsteil Katzenfurt	Bahnhof	r 34 53 540 h 56 09 160
c) Ortsteil Niederlemp	ev. Kirche	r 34 59 000 h 56 12 420
Eschenburg		
a) Ortsteil Hirzenhain	ev. Kirche	r 34 56 600 h 56 29 620
b) Ortsteil Roth	Kirche	r 34 55 600 h 56 34 650
c) Ortsteil Wissenbach	Kreuzung Bahnhofstr.— Hauptstraße	r 34 52 550 h 56 28 560
Greifenstein		
a) Ortsteil Allendorf	ev. Kirche	r 34 49 900 h 56 04 340
b) Ortsteil Arborn	Alte Volksschule	r 34 41 515 h 56 05 640
c) Ortsteil Rodenberg	Ortsbrunnen	r 34 44 900 h 56 09 760
Haiger		
a) Stadtteil Allendorf	Rathaus	r 34 41 335 h 56 24 180
b) Stadtteil Langenaubach	Einmündung K 41 in L 3044	r 34 42 455 h 56 20 380
c) Stadtteil Offdilln	Einmündung d. Welherstr. in die Hauptstraße	r 34 45 890 h 56 32 540
d) Stadtteil Sechshelden	Kreuzung Hauptstraße— Kreuzgasse	r 34 47 200 h 56 23 785
Herborn		
a) Stadtteil Schönbach	Einmündung K 71 in K 61	r 34 45 120 h 56 15 110
b) Stadtteil Merkenbach	Rathaus	r 34 50 375 h 56 13 650
c) Stadtteil Seelbach	Kirche	r 34 53 600 h 56 18 660

Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
Hohenahr		
a) Ortsteil Ahrdt	Einmündung Gemeindegeweg in K 27	r 34 63 020 h 56 17 680
b) Ortsteil Erda	ev. Kirche	r 34 66 580 h 56 15 560
c) Ortsteil Hohensolms	Rathaus	r 34 65 820 h 56 12 940
Hüttenberg		
a) Ortsteil Hochehlheim	Einmündung des Weges nördlich des Sägewerkes in L 3129	r 34 72 800 h 55 97 060
b) Ortsteil Reiskirchen	ev. Kirche	r 34 65 400 h 55 96 440
c) Ortsteil Rechtenbach	Einmündung L 3054 in B 277	r 34 70 070 h 55 98 380
Lahnau		
a) Ortsteil Atzbach	Bürgerhaus	r 34 70 620 h 56 04 700
b) Ortsteil Dorlar	Einmündung der L 3020 in die L 3285	r 34 69 290 h 56 04 590
c) Ortsteil Waldgirmes	ev. Kirche	r 34 68 310 h 56 05 780
Leun		
a) Leun	Einmündung L 3052 in L 3020	r 34 54 500 h 56 01 740
b) Stadtteil Biskirchen	Einmündung K 382 in L 3020	r 34 51 240 h 55 99 600
c) Stadtteil Bissenberg	ev. Kirche	r 34 50 820 h 56 01 980
Mittenaar		
a) Ortsteil Ballersbach	Kirche	r 34 55 380 h 56 16 630
b) Ortsteil Bellersdorf	ev. Kirche	r 34 59 540 h 56 15 000
c) Ortsteil Offenbach	Kreuzung Bahnstraße/Hauptstraße	r 34 58 780 h 56 18 230
Schöffengrund		
a) Ortsteil Laufdorf	ev. Kirche	r 34 61 600 h 55 97 800
b) Ortsteil Oberquembach	Kreuzung L 3284/L 3054	r 34 63 100 h 55 92 460
c) Ortsteil Schwalbach	Einmündung K 374 in L 3053	r 34 62 520 h 55 95 760
Siegbach		
a) Ortsteil Oberndorf	Rathaus	r 34 58 470 h 56 23 940
b) Ortsteil Übernthal	Rathaus	r 34 59 520 h 56 20 770
c) Ortsteil Wallenfels	Straßenkreuzung vor der alten Schule	r 34 60 870 h 56 27 130
Sinn		
a) Sinn	ev. Kirche	r 34 52 740 h 56 13 280
b) Ortsteil Fleisbach	Kreuzung Hauptstraße, Westerwaldstraße und Wetzlarer Straße	r 34 51 210 h 56 12 450
c) Ortsteil Edingen	Einmündung K 837 von der B 277 kommend in die K 64	r 34 52 040 h 56 11 000
Solms		
a) Stadtteil Albshausen	Bahnhof	r 34 60 040 h 56 01 280
b) Stadtteil Niederbiel	Rathaus	r 34 57 420 h 56 02 440
c) Stadtteil Oberndorf	ev. Kirche	r 34 58 260 h 55 99 000
Waldsolms		
a) Ortsteil Hasselborn	Gaststätte „Onkel Max“	r 34 63 800 h 55 85 820
b) Ortsteil Kraftsolms	ev. Kirche	r 34 61 350 h 55 91 280
c) Ortsteil Weiperfelden	ev. Kirche	r 34 68 620 h 55 87 060

Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
Wetzlar		
a) Stadtteil Nauborn	ev. Kirche	r 34 64 080 h 55 99 740
b) Stadtteil Blasbach	ev. Kirche	r 34 66 000 h 56 08 400
c) Stadtteil Dutenhofen	Einmündung der L 3285 in die B 49/L 3451	r 34 72 100 h 56 02 800

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; zugleich treten die Verordnung zur Änderung und Neufassung der Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG für den Lahn-Dill-Kreis vom 30. September 1977 (StAnz. S. 2041) und die Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG für die Stadt Lahn vom 25. April 1977 (StAnz. S. 1039), geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gem. § 2 Abs. 2 und 3 GüKG vom 23. September 1977 (StAnz. S. 1987) außer Kraft.

Darmstadt, 23. 1. 1980

Der Regierungspräsident

IV/2 — 66 1 30/15

gez. Dr. Wierscher

StAnz. 6/1980 S. 284

187

Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) für den Landkreis Gießen

Auf Grund des § 2 Abs. 4 GüKG in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August (BGBl. I S. 2132) und der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem GüKG vom 9. Dezember 1975 (GVBl. I S. 281), geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem GüKG vom 9. November 1976 (GVBl. I S. 437), wird verordnet:

§ 1

Für die Städte und Gemeinden des Landkreises Gießen werden folgende Ortsmittelpunkte gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG bestimmt:

Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
Allendorf (Lda.)		
a) Allendorf (Lda.)	Kreuzung L 3146—K 33—K 34	r 34 87 555 h 56 15 809
b) Stadtteil Winnen	Straßengabel Ortsmitte	r 34 88 060 h 56 17 700
c) Stadtteil Climbach	Gemeinde-Backhaus Hauptstraße 9	r 34 88 060 h 56 13 657
Biebertal		
a) Ortsteil Frankenbach	Einmündung K 391 in L 3047	r 34 69 720 h 56 15 300
b) Ortsteil Königsberg	ev. Kirche	r 34 67 080 h 56 12 200
c) Ortsteil Rodheim-Bieber	Einmündung L 3286 in L 3047	r 34 71 820 h 56 09 160
Buseck		
a) Ortsteil Alten-Buseck	ev. Kirche	r 34 82 660 h 56 09 590
b) Ortsteil Beuern	Untergasse 21	r 34 87 536 h 56 10 243
c) Ortsteil Oppenrod	Hauptstraße 20	r 34 86 058 h 56 05 361
Fernwald		
a) Ortsteil Annerod	Tiefenweg 12	r 34 82 594 h 56 04 587
b) Ortsteil Steinbach	Hauptstraße 15	r 34 84 305 h 56 01 710
Gießen		
a) Gießen	Einmündung der Rodheimer in die Heuchelheimer Straße (L 3047)	r 34 75 558 h 56 05 610

Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten	Stadt/Gemeinde	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
b) Stadtteil Rödgen	Kirche	r 34 82 380 h 56 07 212	Reiskirchen		
c) Stadtteil Lützellinden	ev. Kirche	r 34 73 400 h 56 00 300	a) Ortsteil Bersrod	Lindenplatz	r 34 89 598 h 56 09 135
Grünberg			b) Ortsteil Saasen	Backhaus	r 34 91 690 h 56 06 690
a) Stadtteil Queckborn	Einmündung der K 150 a in die K 150	r 34 95 171 h 56 04 447	c) Ortsteil Ettingshausen	Rathaus	r 34 93 260 h 56 02 640
b) Stadtteil Weitershain	ev. Kirche	r 34 97 420 h 56 14 520	Staufenberg		
c) Stadtteil Lardenbach	Krzg. Freieseener Weg/ Bahnhofstraße	r 35 03 540 h 56 05 409	a) Staufenberg	Schule	r 34 80 825 h 56 14 146
Heuchelheim			b) Stadtteil Daubringen	Einmündung der Großgasse in die Hauptstr.	r 34 81 558 h 56 12 885
a) Heuchelheim	Kreuzplatz	r 34 73 924 h 56 05 279	c) Stadtteil Treis a. d. Lumda	Hauptstraße 72	r 34 84 880 h 56 14 623
b) Ortsteil Kinzenbach	Kreuzung K 406/ L 3034	r 34 72 540 h 56 06 120	Wettenberg		
Hungen			a) Ortsteil Krofdorf-Gleiberg	Burgstraße Ecke Finkenweg	r 34 74 310 h 56 09 280
a) Stadtteil Nonnenroth	Backhaus	r 34 93 740 h 55 98 210	b) Ortsteil Wißmar	ev. Kirche	r 34 77 540 h 56 11 180
b) Stadtteil Obbornhofen	Krzg. Bahnhofstraße, Untergasse, Schulstraße	r 34 88 220 h 55 89 390	c) Ortsteil Launsbach	Bahnhof	r 34 76 020 h 56 09 400
c) Stadtteil Rodheim	Kommenturgasse, Freier Platz, Abzweig der Obergasse von der Hauptstraße	r 34 96 130 h 55 90 520			
Langgöns					
a) Lang-Göns	ev. Kirche	r 34 75 856 h 55 95 710			
b) Ortsteil Espa	ev. Kirche	r 34 71 460 h 55 87 460			
c) Ortsteil Dornholzhausen	Einmündung der K 843 in die L 3129 aus Richtung B 277	r 34 72 460 h 55 95 480			
Laubach					
a) Stadtteil Lauter	Kreuzung Hauptstraße/ Laubacher Straße	r 34 97 804 h 56 03 825			
b) Stadtteil Ruppertsburg	ev. Kirche	r 34 97 550 h 55 97 900			
c) Stadtteil Altenhain	Einmündung der L 3407 in die L 3167	r 35 07 220 h 56 03 030			
Lich					
a) Lich	Rathaus	r 34 87 307 h 55 98 287			
b) Stadtteil Eberstadt	Krzg. Kirchgasse, Butzbacher Straße, Arnsburger Straße	r 34 82 910 h 55 93 890			
c) Stadtteil Ober-Bessingen	Rathaus	r 34 93 220 h 56 00 420			
Linden					
a) Stadtteil Großen-Linden	Alte Schule	r 34 75 383 h 55 99 325			
b) Stadtteil Leihgestern	ev. Kirche	r 34 77 165 h 55 99 115			
Lollar					
a) Lollar	Alte Bürgermeisterei Bahnhofstraße 8	r 34 79 058 h 56 12 640			
b) Stadtteil Salzböden	ev. Kirche	r 34 77 680 h 56 16 560			
Pohlheim					
a) Stadtteil Holzheim	Alte Schule	r 34 80 329 h 55 94 656			
b) Stadtteil Hausen	Rathausplatz	r 34 81 305 h 56 01 126			
c) Stadtteil Dorf-Güll	Gemeindesaal	r 34 82 790 h 55 96 380			
Rabenau					
a) Ortsteil Geilshausen	ev. Kirche	r 34 92 640 h 56 12 380			
b) Ortsteil Rüdtingshausen	Krzg. Weitershainer Straße, Homberger Straße, Londorfer Weg	r 34 94 130 h 56 16 840			
c) Ortsteil Allertshausen	Steinbergstraße 4	r 34 89 405 h 56 13 613			

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; zugleich treten die Verordnung zur Änderung und Neufassung der Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG für den Lahn-Dill-Kreis vom 30. September 1977 (StAnz. S. 2041) und die Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG für die Stadt Lahn vom 25. April 1977 (StAnz. S. 1039), geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gem. § 2 Abs. 2 und 3 GüKG vom 23. September 1977 (StAnz. S. 1987), außer Kraft.

Darmstadt, 23. 1. 1980

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher

StAnz. 6/1980 S. 285

188

Aufhebung der Stiftung „Gräflich Ysenburg-Meerholz'sches Altersheim“, Sitz Meerholz

Gemäß § 9 Hessisches Stiftungsgesetz vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der Fassung vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 109) habe ich auf Grund des Vorstandsbeschlusses vom 4. September 1979 die Stiftung

„Gräflich Ysenburg-Meerholz'sches Altersheim“,
Sitz Meerholz,

aufgehoben.

Das Stiftungsvermögen fällt nach Ablauf des Liquidationsjahres dem Ev. Verein für Innere Mission in Frankfurt am Main zu.

Darmstadt, 28. 1. 1980

Der Regierungspräsident
III 6 — 25 d 04/11 (7) — 22

StAnz. 6/1980 S. 286

189

Vorhaben der Firma E. Merck, 6100 Darmstadt 1

Die Firma E. Merck, 6100 Darmstadt 1, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Änderung der Produktion im Gebäude L 29, Werk Darmstadt, (Herstellung von Zwischenprodukten für Industriechemikalien und Pharmawirkstoffe sowie von Lösungsmitteln für das Laborpräparate- bzw. Diagnostika-Sortiment) auf dem Grundstück in Darmstadt, Gemarkung Darmstadt, Flur 32, Flurstück 1/3, gestellt. Diese Anlage soll nach Erteilung der Genehmigung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert am 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem BImSchG vom 28. Februar 1978 (GVBl. I S. 145) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 8 der 9. BImSchV vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 274) wird dieses Vorhaben

öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 18. Februar 1980 bis 18. April 1980 bei der Auslegungsstelle oder beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 9 (2) der 9. BImSchV zwei Monate während der üblichen Dienststunden bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, II. Stock (Zimmer Nr. 310 a), 6100 Darmstadt, zu jedermanns Einsicht offen.

Als Erörterungstermin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 30. April 1980, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet in 6100 Darmstadt, Luisenplatz 2, im Sitzungssaal „Süd“ des Regierungspräsidiums, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr.

Ich weise gemäß § 10 Abs. 4 Ziff. 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 17. 1. 1980

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — MD (37 a)

StAnz. 6/1980 S. 286

191

Vorhaben der Firma RHG — Leibbrand OHG, 6365 Rosbach 1

Die Firma RHG — Leibbrand OHG, 6365 Rosbach 1, hat Antrag auf Erteilung einer immissionschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Koch- und Rauchanlage für Fleischerzeugnisse im Fleischwerk Frankfurt am A. M. auf dem Grundstück in Frankfurt a. M.-Fechenheim, Gemarkung Fechenheim, Flur 5, Flurstücke 32/288 und 32/13, gestellt. Diese Anlage soll ab August 1980 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert am 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem BImSchG vom 28. Februar 1978 (GVBl. I S. 145) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 8 der 9. BImSchV vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 274) wird dieses Vorhaben öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 18. Februar 1980 bis 18. April 1980 bei der Auslegungsstelle oder beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 9 (2) der 9. BImSchV zwei Monate während der üblichen Dienststunden bei dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M., Ordnungsamt (Amt 32), Mainzer Landstr. 323, 6000 Frankfurt a. M., und dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, zu jedermanns Einsicht offen.

Als Erörterungstermin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 12. Mai 1980, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet in 6000 Frankfurt a. M., Mainzer Landstr. 323, Kleiner Kinosaal, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr.

Ich weise gemäß § 10 Abs. 4 Ziff. 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 17. 1. 1980

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — Leibbrand
StAnz. 6/1980 S. 287

190

Vorhaben der Firma Gebrüder Wießner Propan-Großvertrieb GmbH, 6348 Herborn

Die Firma Gebrüder Wießner Propan-Großvertrieb GmbH, 6348 Herborn, hat Antrag auf Erteilung einer immissionschutzrechtlichen Genehmigung zur Erweiterung des Flüssiggas-Lagers auf dem Grundstück in 6349 Sinn, Gemarkung Sinn, Flur 45, Flurstücke 18, 19, 20, gestellt. Diese Anlage soll nach Erteilung der Genehmigung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert am 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem BImSchG vom 28. Februar 1978 (GVBl. I S. 145) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 8 der 9. BImSchV vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 274) wird dieses Vorhaben öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 18. Februar 1980 bis 18. April 1980 bei der Auslegungsstelle oder beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen.

Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i. V. m. § 9 (2) der 9. BImSchV zwei Monate während der üblichen Dienststunden bei dem Gemeindevorstand der Gemeinde Sinn, Jordanstr. 2, 6349 Sinn, im Rathaus (Zimmer Nr. 2 a), und dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, zu jedermanns Einsicht offen.

Als Erörterungstermin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, wird der 21. Mai 1980, 10.00 Uhr, bestimmt. Er findet in 6349 Sinn, Jordanstr. 2, im Sitzungssaal des Rathauses, statt. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr.

Ich weise gemäß § 10 Abs. 4 Ziff. 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 15. 1. 1980

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — Wießner (10)

StAnz. 6/1980 S. 287

192 KASSEL

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Witzenhausen/Stadteil Ziegenhagen, Werra-Meißner-Kreis, Land Hessen

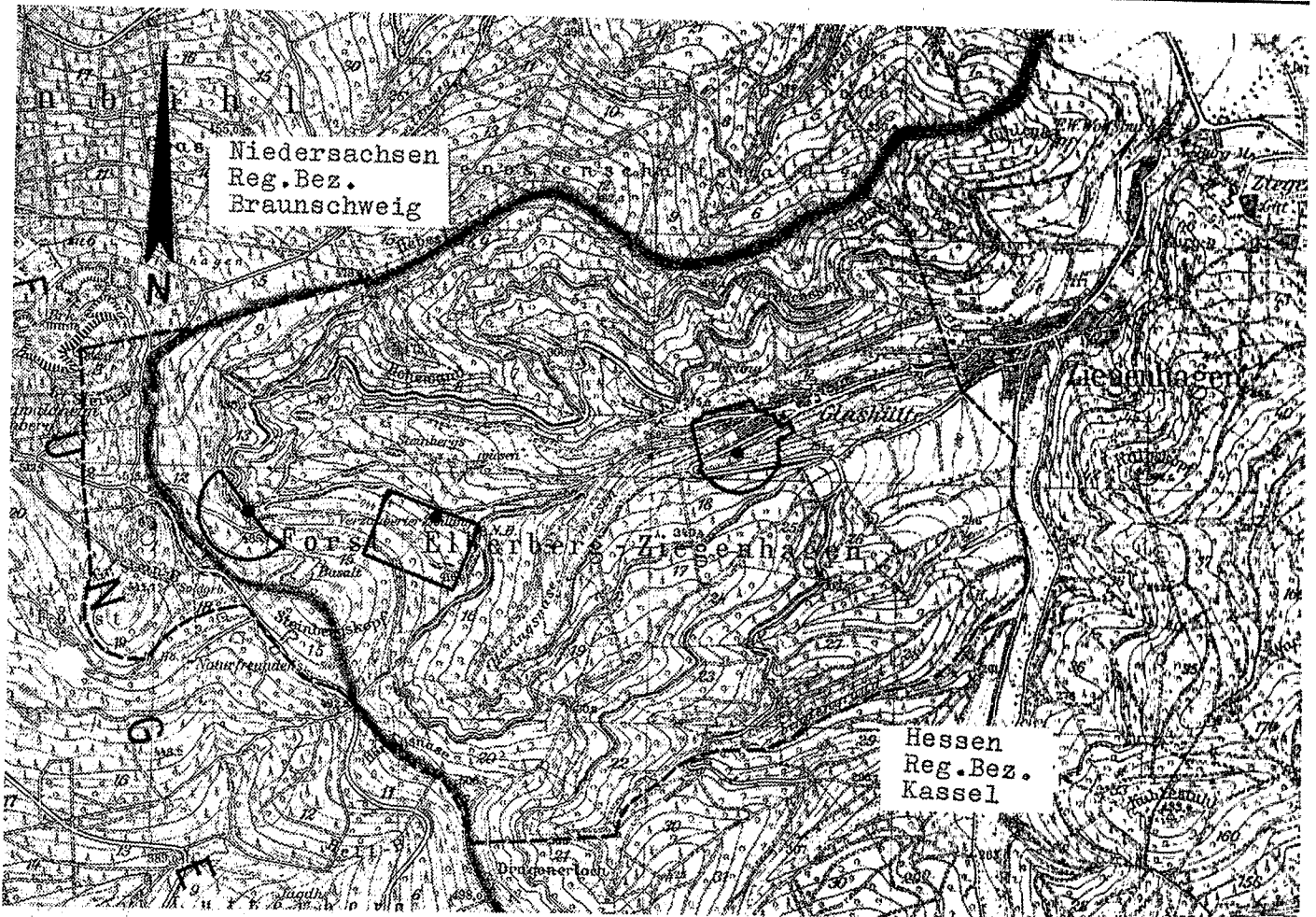
Auf Antrag und zu Gunsten der Stadt Witzenhausen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—14) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen gem. § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts i. d. F. vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017 ff) in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69 ff), § 39 des Niedersächsischen Wassergesetzes in der Fassung vom 1. Dezember 1970 (Nd.-GVBl. S. 457) und dem Verwaltungsabkommen zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen vom 27. September/8. Oktober 1976 (StAnz. für das Land Hessen S. 1960 = Niedersächsisches MinBl. S. 1995) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich)**
- Zone II (engere Schutzzone)**
- Zone III (weitere Schutzzone).**

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topographische Übersichtskarten i. M. 1:25 000 und 1:10 000 und Katasterpläne i. M. 1:1500), die Bestandteil dieser Verordnung sind. In den Plänen sind die Zonen wie folgt dargestellt:

Zeichenerklärung

- Wassergewinnungsanlage
- engere Schutzzone (Zone II)
- weitere Schutzzone (Zone III)
- Landesgrenza
- Gemarkungsgrenze

Wasserschutzgebiet

für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Stadt Witzenhausen,
Stadtteil Ziegenhagen, Herrnhuter-Kreis.

Maßstabsblattausschnitt Hedeäünden Blatt 4624

Maßstab 1 : 25 000

Aufgestellt: ; 4. JUN 1978.
Kassel, den
Wasserwirtschaftsamt Kassel

Heimert

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung sowie im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Braunschweig veröffentlicht.

§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Die Fassungsbereiche (Zonen I) umfassen

1. Tiefbrunnen

das Grundstück, Gemarkung Ziegenhagen,
Flur 3 Flurstück 20/2,

2. Quellfassung I — Steinberg

die Grundstücke, Gemarkung Ziegenhagen,
Flur 1 Flurstücke 2/2, 2/3 teilweise, 26 teilweise;

3. Quellfassung II — Schmale Wiese

die Grundstücke, Gemarkung Ziegenhagen,
Flur 1 Flurstücke 15/2, 2/3 teilweise, 15/3 teilweise;

(2) Die engeren Schutzzonen (Zonen II) umfassen

1. Tiefbrunnen

die Grundstücke, Gemarkung Ziegenhagen,
Flur 3 Flurstücke 20/3, 36/3, 36/4 teilweise, 17/2 teilweise, 41
teilweise, 42 teilweise, 45 teilweise, 52, 53,
Flur 18 Flurstück 6/1 teilweise;

2. Quellfassung I — Steinberg

die Grundstücke, Gemarkung Ziegenhagen,
Flur 1 Flurstücke 2/3 teilweise, 26 teilweise;

3. Quellfassung II — Schmale Wiese

die Grundstücke, Gemarkung Ziegenhagen,
Flur 1 Flurstücke 2/3 teilweise, 15/3 teilweise;

(3) Die weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen **Ziegenhagen, Lutferberg und Oberrode.**

§ 3 Verbote

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere

- a) Versenkungen von Abwasser einschließlich des von Straßen und Verkehrsflächen abfließenden Wassers, Versenkung oder Versickerung radioaktiver Stoffe
- b) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Abfälle oder Abwässer abstoßen, z. B. Ölraffinerien, Metallhütten, chemische Fabriken, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Einzugsgebiet hinausgebracht oder ausreichend behandelt werden; Kernreaktoren
- c) Ablagern, Aufhalten oder Beseitigung durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven Stoffen oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. von Giften, auswaschbaren, beständigen Chemikalien, Öl, Teer, Phenolen, chemischen Mitteln für Pflanzenschutz- Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung, Rückständen von Erdölbohrungen
- d) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe
- e) Betriebe mit Verwendung oder Abstoß radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe
- f) Massentierhaltung
- g) offener Lagerung und Anwendung boden- oder wasserschädigender chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung
- h) Abwasserlandbehandlung, Abwasserverregnung, Versickerung von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben, Abwassergruben
- i) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird
- k) Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 100 m³ und das unterirdische Lagern in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 40 m³, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden
- l) Umschlags- und Vertriebsstellen für Heizöl, Dieselöl, für alle übrigen wassergefährdenden Stoffe und für radioaktive Stoffe
- m) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs
- n) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen; militärische Anlagen
- o) Abfall-, Müll- und Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott
- p) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen)
- q) Entleerung von Wagen der Fäkalienabfuhr
- r) Versenkung oder Versickerung von Kühlwasser
- s) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann
- t) Neuanlage von Friedhöfen
- u) Rangierbahnhöfe
- v) Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien sowie von Teer mit einem höheren Phenolgehalt als nach der DIN 1995 „Bituminöse Bindemittel für den Straßenbau“ zulässig zum Straßen-, Wege- und Wasserbau
- w) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen sowie zur Herstellung von Kavernen.

(3) Engere Schutzzonen (Zonen II)

Die Zonen II sollen den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschie-

denen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu den Fassungsanlagen besonders gefährdend sind.

Verboten sind insbesondere

- a) die für die Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
- b) Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen, Gärfuttersilos, Veränderung von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft zu besorgen ist
- c) Baustellen, Baustofflager
- d) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Parkplätze
- e) Campingplätze, Sportanlagen
- f) Zelten, Lagern, Badebetrieb an oberirdischen Gewässern
- g) Wagenwaschen und Ölwechsel
- h) Friedhöfe
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden
- k) Bergbau, wenn er zur Zerreißung schützender Deckschichten, zu Einmuldungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt
- l) Sprengungen
- m) Intensivbeweidung, Viehansammlungen, Pferche
- n) organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht; Überdüngung
- o) offene Lagerung und unsachgemäße Anwendung von Mineräldünger
- p) Gärfuttermieten
- q) Kleingärten, Gartenbaubetriebe
- r) Lagerung von Heizöl und Dieselöl
- s) Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe
- t) Durchleiten von Abwasser
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind
- v) Dräne und Vorflutgräben
- w) Fischteiche.

(4) Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Zonen I sollen den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlagen vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere

- a) die für die Zonen III und II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
- b) Fahr- und Fußgängerverkehr
- c) jede landwirtschaftliche Nutzung
- d) Anwendung chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung
- e) organische Düngung.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Witzenhausen und der zuständigen staatlichen Behörden

1. die Fassungsgebiete einzäunen und — soweit diese nicht mit Wald bestanden sind — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig pflegen;
2. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
3. Beobachtungsstellen einrichten;
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
5. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
6. schädliche Ablagerungen beseitigen;
7. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des an-

fallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsbereichen und den engeren Schutzzonen versehen;

8. an den in den Fassungsbereichen und in den engeren Schutzzonen liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung solcher Unfälle treffen;
9. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

§ 5 Vorbehalt hinsichtlich anderer gesetzlicher Bestimmungen

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 Abs. 1 bis 4 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 7 Ausnahmegenehmigungen, Überwachung

Ausnahmen von den Schutzbestimmungen können nur gewährt werden, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde.

Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

§ 8 Einsichtnahme in die Verordnung mit den dazugehörigen Unterlagen

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann vom Tage des Inkrafttretens an während der Dienststunden eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. bei der Bezirksregierung Braunschweig — Außenstelle Hildesheim — Obere Wasserbehörde — in Hildesheim, Domhof 1;
3. beim Landrat des Werra-Meißner-Kreises — Untere Wasserbehörde — in Eschwege;
4. beim Landkreis Göttingen — Untere Wasserbehörde — in Göttingen ;
5. beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel;
6. beim Kreisauausschuß des Werra-Meißner-Kreises — Bauaufsicht — in Eschwege;
7. beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9;
8. bei der Stadtverwaltung der Stadt Witzenhausen in Witzenhausen;
9. bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Aarstraße 1.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1980 in Kraft.

Kassel, 19. 12. 1979

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Dr. K r u g

StAnz. 6/1980 S. 287

193

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Nentershausen, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Auf Antrag und zu Gunsten der Gemeinde Nentershausen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—11) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (engere Schutzzone),
- Zone III (weitere Schutzzone).

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000 und Katasterplan i. M. 1 : 2000), die Bestandteil dieser Verordnung sind. Darin sind die Zonen wie folgt dargestellt:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht.

§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Die Fassungsbereiche (Zonen I) umfassen die Grundstücke:

Tiefbrunnen I — Gemarkung Trottenwald
Flur 14 Flurstücke 21/2 (teilw.), 20 (teilw.);

Tiefbrunnen II — Gemarkung Raßdorf
Flur 7 Flurstück 16 (teilw.).

(2) Die engeren Schutzzonen (Zonen II) umfassen die Grundstücke:

Tiefbrunnen I — Gemarkung Trottenwald
Flur 14 Flurstücke 21/2 (teilw.), 20 (teilw.);

Tiefbrunnen II — Gemarkung Raßdorf
Flur 7 Flurstücke 16 (teilw.), 17 (teilw.), 18 (teilw.);

Gemarkung Raßdorf

Flur 8 Flurstücke 1, 2, 3 (teilw.), 4 (teilw.), 13 (teilw.);

Gemarkung Raßdorf

Flur 9 Flurstück 1 (teilw.);

Gemarkung Trottenwald

Flur 14 Flurstück 20 (teilw.).

(3) Die gemeinsame weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Trottenwald (Gemeinde Nentershausen, Landkreis Hersfeld-Rotenburg) und Raßdorf (Gemeinde Wildeck, Landkreis Hersfeld-Rotenburg).

§ 3 Verbote

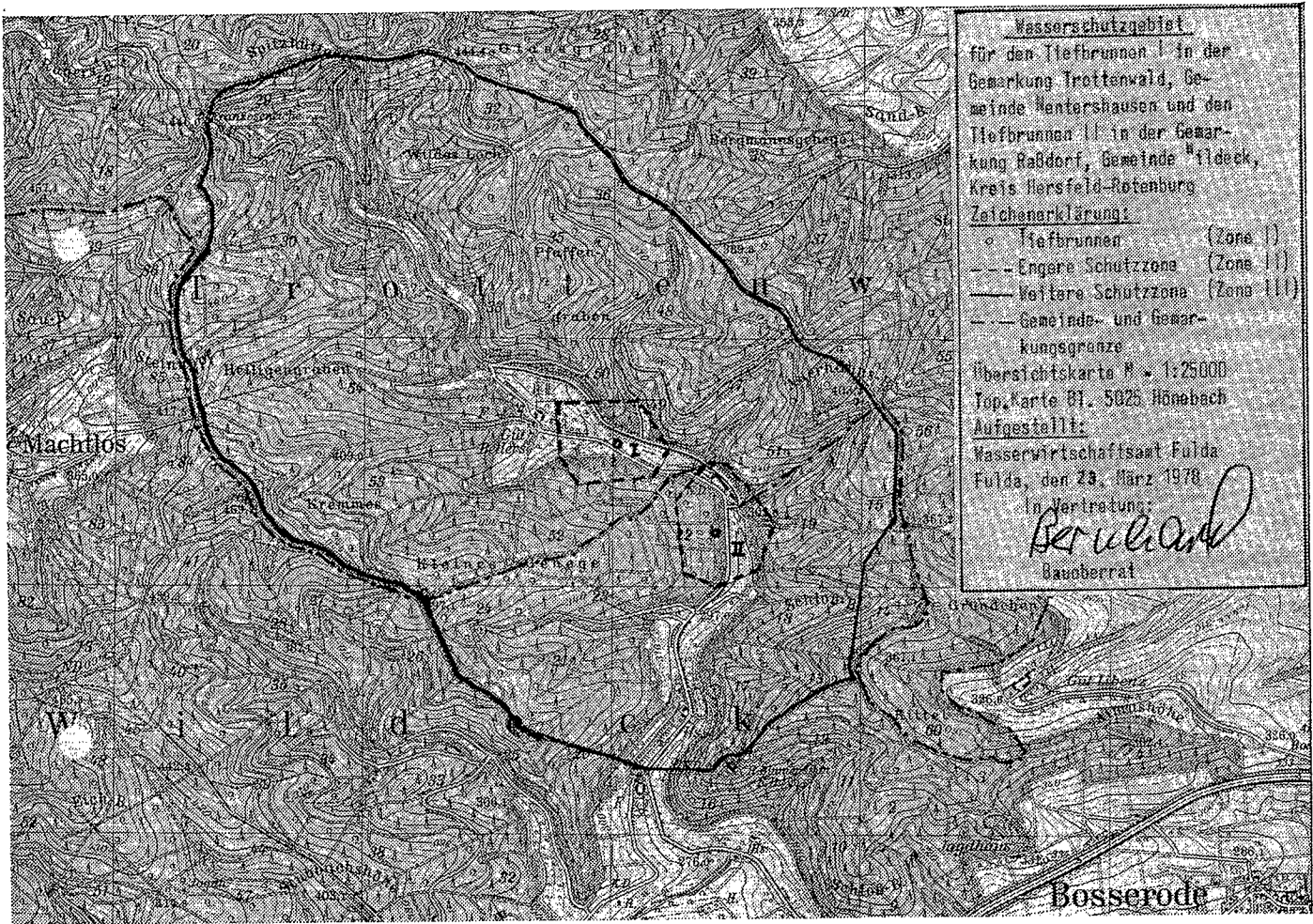
(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere

- a) Versenkungen von Abwasser einschließlich der Versenkung des von Straßen und Verkehrsflächen abfließenden Wassers, Versenkung oder Versickerung radioaktiver Stoffe,
- b) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Abfälle oder Abwässer abstoßen, z. B. Ölraffinerien, Metallhütten, chemische Fabriken, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Einzugsgebiet hinausgebracht oder ausreichend behandelt werden; Kernreaktoren,
- c) Ablagern, Aufhalden oder Beseitigung durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven Stoffen oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. von Giften, auswaschbaren beständigen Chemikalien, Öl, Teer, Phenolen, chemischen Mitteln für Pflanzenschutz, Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung, Rückständen von Erdölbohrungen,
- d) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- e) Betriebe mit Verwendung oder Abstoß radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- f) Massentierhaltung,
- g) offene Lagerung und Anwendung boden- oder wasserschädigender chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung,
- h) Abwasserlandbehandlung, Abwasserregnung, Versickerung von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben, Abwassergruben,
- i) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird,
- k) Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 100 m³ und das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu



40 m³, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,

- l) Umschlags- und Vertriebsstellen für Heizöl, Dieselöl, für alle übrigen wassergefährdenden Stoffe und für radioaktive Stoffe,
- m) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- n) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen, militärische Anlagen,
- o) Abfall-, Müll- und Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- p) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
- q) Entleerung von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- r) Versenkung oder Versickerung von Kühlwasser,
- s) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,
- t) Neuanlage von Friedhöfen,
- u) Rangierbahnhöfe,
- v) Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien sowie von Teer mit einem höheren Phenolgehalt als nach DIN 1995 „Bituminöse Bindemittel für den Straßenbau“ zulässig zum Straßen-, Wege- und Wasserbau,
- w) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen sowie zur Herstellung von Kavernen.

(3) Engere Schutzzonen (Zonen II)

Die Zonen II sollen den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu den Fassungsanlagen besonders gefährdend sind.

Verboten sind insbesondere

- a) die für die Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge,
- b) Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen, Gärfuttermieten, Veränderungen von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft zu besorgen ist,
- c) Baustellen, Baustofflager,
- d) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Parkplätze,
- e) Campingplätze, Sportanlagen,
- f) Zelten, Lagern, Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- g) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- h) Friedhöfe,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- k) Bergbau, wenn er zur Zerreißen schützender Deckschichten, zu Einmündungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt,
- l) Sprengungen,
- m) Intensivbeweidung, Viehansammlungen, Pferche,
- n) organische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht; Überdüngung,
- o) offene Lagerung und unsachgemäße Anwendung von Mineraldüngern,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten, Gartenbaubetriebe,
- r) Lagerung von Heizöl und Dieselöl
- s) Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,

- t) Durchleiten von Abwasser,
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Dräne und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche.

(4) Fassungsgebiete (Zonen I)

Die Zonen I sollen den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlagen vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere

- a) die für die Zonen III und II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge,
- b) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- c) jede landwirtschaftliche Nutzung,
- d) Anwendung chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung,
- e) organische Düngung.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Nentershausen und der zuständigen staatlichen Behörden

1. die Fassungsgebiete einzäunen und — soweit diese nicht mit Wald bestanden sind — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig pflegen;
2. die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
3. Beobachtungsstellen einrichten;
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
5. Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
6. schädliche Ablagerungen beseitigen;
7. Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus den Fassungsgebieten und den engeren Schutzzonen versehen;
8. an den in den Fassungsgebieten und den engeren Schutzzonen liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;
9. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

§ 5 Vorbehalt hinsichtlich anderer gesetzlicher Bestimmungen

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die Verbote des § 3 Abs. 1 bis 4 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 7 Ausnahmegenehmigungen, Überwachung

Ausnahmen von den Schutzbestimmungen können nur gewährt werden, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag die Obere Wasserbehörde.

Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die Untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

§ 8 Einsichtnahme in die Verordnung mit den dazugehörigen Unterlagen

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann vom Tage des Inkrafttretens an während der Dienststunden eingesehen werden

1. beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
2. beim Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg — Untere Wasserbehörde — in Bad Hersfeld;
3. beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda;

4. beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9;
5. beim Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld-Rotenburg — Bauaufsicht — in Bad Hersfeld;
6. bei der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Nentershausen in Nentershausen;
7. bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Aarstraße 1;
8. beim Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld-Rotenburg — Kreisgesundheitsamt — in Bad Hersfeld;
9. beim Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg — Katasteramt — in Bad Hersfeld.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 11. 12. 1979

Der Regierungspräsident
In Vertretung
gez. Dr. Krug

StAnz. 6/1980 S. 290

194

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Alheim/Ortsteil Licherode, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Auf Antrag und zu Gunsten der Gemeinde Alheim wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—3) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Wasserschutzgebietes

(1) Das Wasserschutzgebiet wird in 3 Zonen unterteilt, und zwar in

Zone I (Fassungsbereich),
Zone II (engere Schutzzone),
Zone III (weitere Schutzzone).

(2) Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und den zugehörigen Plänen (topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 10 000 und Katasterplan i. M. 1 : 1000), die Bestandteil dieser Verordnung sind. Darin sind die Zonen wie folgt dargestellt:

Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Eine topographische Übersichtskarte i. M. 1 : 25 000 ist als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht.

§ 2 Umfang der einzelnen Schutzzonen

(1) Der Fassungsbereich (Zone I) umfaßt das Grundstück

Gemarkung Licherode

Flur 5 Flurstück 3/1.

(2) Die engere Schutzzone (Zone II) umfaßt die Grundstücke

Gemarkung Licherode

Flur 5 Flurstücke 1, 19/1 (teilw.), 2, 3/2, 39/3, 44/3, 36/21 (teilw.);

Gemarkung Wichte

Flur 9 Flurstücke 72/1 (teilw.), 76/1, 77, 78, 79, 80, 97 (teilw.), 105;

Gemarkung Rengshausen

Flur 9 Flurstück 9 (teilw.),

Flur 10 Flurstück 10 (teilw.).

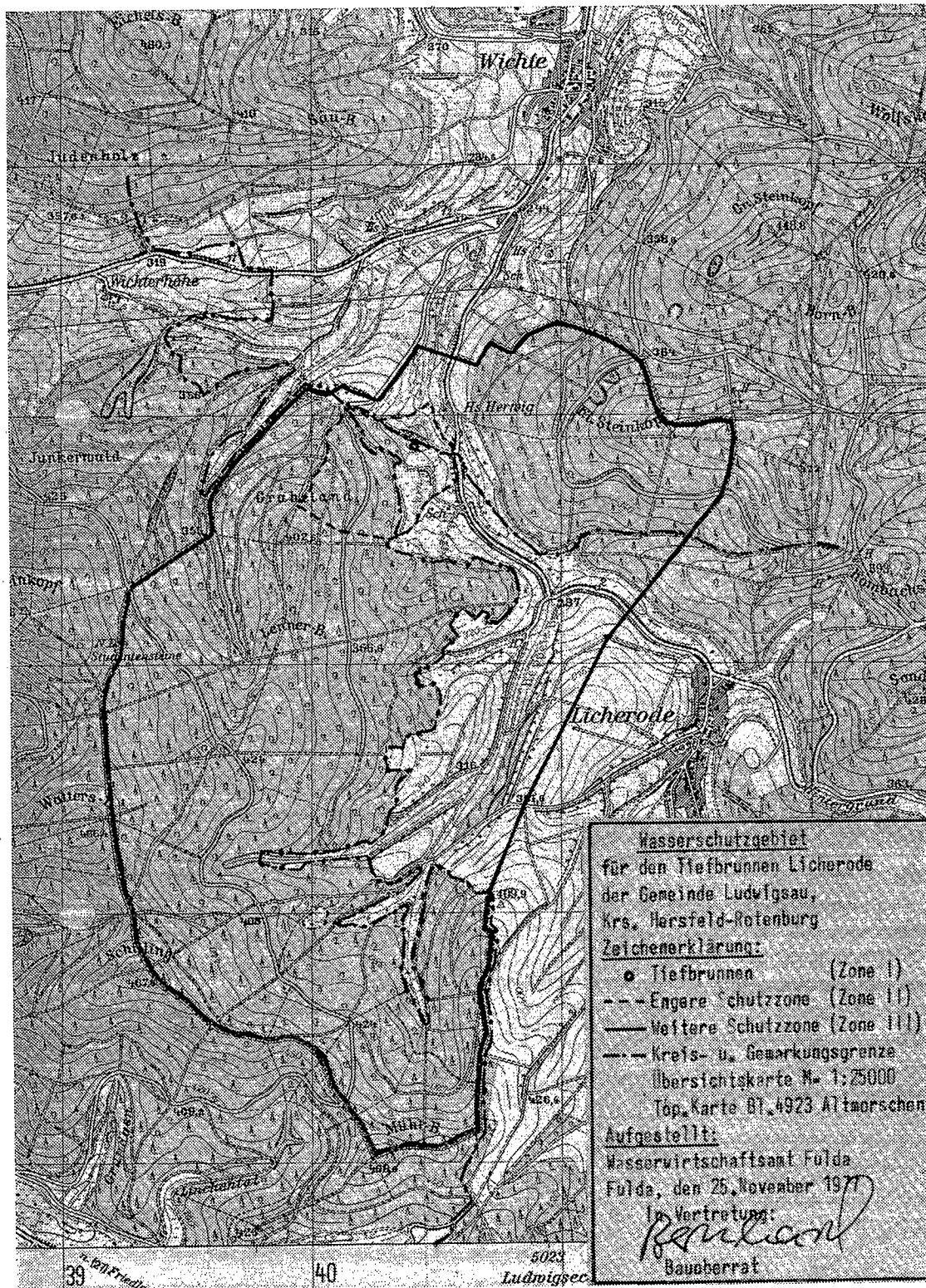
(3) Die weitere Schutzzone (Zone III) umfaßt Teile der Gemarkungen Licherode, Gemeinde Alheim (Landkreis Hersfeld-Rotenburg), Wichte, Gemeinde Morschen (Schwalm-Eder-Kreis) und Rengshausen, Gemeinde Knüllwald (Schwalm-Eder-Kreis).

§ 3 Verbote

(1) Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

(2) Weitere Schutzzone (Zone III)

Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.



Verboten sind insbesondere

- a) Versenkungen von Abwasser einschließlich der Versenkung des von Straßen und Verkehrsflächen abfließenden Wassers, Versenkung oder Versickerung radioaktiver Stoffe,
- b) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Abfälle oder Abwässer abstoßen, z. B. Ölraffinerien, Metallhütten, chemische Fabriken, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Einzugsgebiet hinausgebracht oder ausreichend behandelt werden; Kernreaktoren,
- c) Ablagern, Aufhalten oder Beseitigung durch Einbringen in den Untergrund von radioaktiven Stoffen oder wassergefährdenden Stoffen, z. B. von Giften, auswaschbaren beständigen Chemikalien, Öl, Teer, Phenolen, chemischen Mitteln für Pflanzenschutz, Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung, Rückstände von Erdölbohrungen,
- d) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- e) Betriebe mit Verwendung oder Abstoß radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- f) Massentierhaltung,
- g) offener Lagerung und Anwendung boden- oder wasserschädigender chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung,
- h) Abwasserlandbehandlung, Abwasserverregnung, Versickerung von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben, Abwassergruben,
- i) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird,

- k) Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das oberirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 100 m³ und das unterirdische Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten in Behältern mit einem Rauminhalt bis zu 40 m³, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,
- l) Umschlags- und Vertriebsstellen für Heizöl, Dieselöl, für alle übrigen wassergefährdenden Stoffe und für radioaktive Stoffe,
- m) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- n) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen; militärische Anlagen,
- o) Abfall-, Müll- und Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- p) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
- q) Entleerung von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- r) Versenkung oder Versickerung von Kühlwasser,
- s) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,
- t) Neuanlage von Friedhöfen,
- u) Rangierbahnhöfe,
- v) Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien sowie von Teer mit einem höheren Phenolgehalt als nach der DIN 1995 „Bituminöse Bindemittel für den Straßenbau“ zulässig, zum Straßen-, Wege- und Wasserbau,
- w) Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen sowie zur Herstellung von Kavernen.

(3) Engere Schutzzone (Zone II)

Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zur Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

Verboten sind insbesondere

- a) die für die Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge,
- b) Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen, Gärfuttermieten, Veränderung von Bauwerken oder die Veränderung in der Benutzungsart der Bauwerke, sofern dadurch eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaft zu besorgen ist,
- c) Baustellen, Baustofflager,
- d) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Parkplätze,
- e) Campingplätze, Sportanlagen,
- f) Zelten, Lagern, Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- g) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- h) Friedhöfe,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- k) Bergbau, wenn er zur Zerreißen schützender Deckschichten, zu Einmündungen oder zu offenen Wasseransammlungen führt,
- l) Sprengungen,
- m) Intensivbeweidung, Viehansammlungen, Pferche,
- n) organische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht; Überdüngung,
- o) offene Lagerung und unsachgemäße Anwendung von Mineräldünger,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten, Gartenbaubetriebe,
- r) Lagerung von Heizöl und Dieselöl,
- s) Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- t) Durchleiten von Abwasser,

- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Dräne und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche.

(4) Fassungsgebiet (Zone I)

Die Zone I soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Verboten sind insbesondere

- a) die für die Zonen III und II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge,
- b) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- c) jede landwirtschaftliche Nutzung,
- d) Anwendung chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregulierung,
- e) organische Düngung.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, daß Beauftragte der Gemeinde Alheim und der zuständigen staatlichen Behörden

- den Fassungsgebiet einzäunen und — soweit dieser nicht mit Wald bestanden ist — mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig pflegen;
- die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten;
- Beobachtungsstellen einrichten;
- Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen;
- Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen;
- schädliche Ablagerungen beseitigen;
- Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen;
- an den im Fassungsgebiet und in der engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen;
- vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation anschließen.

§ 5 Vorbehalt hinsichtlich anderer gesetzlicher Bestimmungen

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 Abs. 1 bis 4 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 7 Ausnahmegenehmigungen, Überwachung

Ausnahmen von den Schutzbestimmungen können nur gewährt werden, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag die Obere Wasserbehörde.

Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die Untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Verordnung zu überwachen.

§ 8 Einsichtnahme in die Verordnung mit den dazugehörigen Unterlagen

Diese Verordnung mit sämtlichen Unterlagen kann vom Tage des Inkrafttretens an während der Dienststunden eingesehen werden

- beim Regierungspräsidenten — Wasserbuchbehörde — in Kassel, Steinweg 6;
- beim Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg — Untere Wasserbehörde — in Bad Hersfeld;
- beim Landrat des Schwalm-Eder-Kreises — Untere Wasserbehörde — in Homberg;
- beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda;

5. beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel;
6. beim Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden, Leberberg 9;
7. beim Kreisausschuß des Landkreises Hersfeld-Rotenburg — Bauaufsicht — in Bad Hersfeld;
8. bei der Gemeindeverwaltung der Gemeinde Alheim in Alheim OT. Baumbach;
9. bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, Aarstraße 1.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 11. 12. 1979

Der Regierungspräsident

In Vertretung
gez. Dr. Krug

St.Anz. 6/1980 S. 292

195

Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraße 116 in der Gemarkung Maberzell der Stadt Fulda, Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel

Nach Verkehrsübergabe der Neubaustrecken der Bundesstraße 254, der Landesstraße 3418 und der Kreisstraße 116 sind die in der Gemarkung Maberzell der Stadt Fulda im Landkreis Fulda, Regierungsbezirk Kassel, gelegenen alten Teilstrecken der Kreisstraße 116

von km 0,065 alt bis km 0,092 alt (bei km 3,768 der B 254 neu)	= 0,027 km,
von km 0,106 alt (bei km 3,774 der B 254 neu) bis km 0,038 alt	= 0,032 km
und	
von km 0,330 alt bis km 0,363 alt (bei km 0,363 der K 116 neu)	= 0,033 km

für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Januar 1980 eingezogen (§ 6 Abs. 1

des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, 3500 Kassel, Widerspruch erhoben werden.

Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

Kassel, 17. 12. 1979

Der Regierungspräsident

III/4 a — 66 k 04—01 B/1

St.Anz. 6/1980 S. 295

196

Neuer Fernsprechnetzanschluß für die Zentrale Verwarnungs- und Bußgeldstelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel

Die Zentrale Verwarnungs- und Bußgeldstelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel ist ab 21. Januar 1980 telefonisch unter der Ruf-Nr.: (05 61) 10 93 - 1 zu erreichen.

Kassel, 8. 1. 1980

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 c 08 B

St.Anz. 6/1980 S. 295

197

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der vom Polizeipräsidenten in Kassel für Polizeimeister Wolfgang Schellscheidt am 21. Januar 1976 ausgestellte Polizei-Dienstausweis Nr. 09-523 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Kassel, 14. 1. 1980

Der Regierungspräsident

I/3 S — 7 d 14

St.Anz. 6/1980 S. 295

BUCHBESPRECHUNGEN

Makler- und Bauträgerverordnung mit § 34 c GewO und VwV § 34 c GewO. Erläuterte Ausgabe von Peter Marks, Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft. Sonderdruck aus Landmann-Rohmer, Gewerbeordnung und ergänzende Vorschriften. 13. Auflage, 1979, X, 208 S., kart., 39,50 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die im Jahre 1972 in die Gewerbeordnung eingefügte Vorschrift des § 34 c begründete erstmals eine Erlaubnispflicht für Grundstücks- und Wohnungsmakler, Darlehens- und Anlagevermittler sowie Bauträger und Baubetreuer. Als Durchführungsvorschrift wurde 1974/75 vom Bundesminister für Wirtschaft die Makler- und Bauträgerverordnung erlassen, an deren Ausarbeitung der Verfasser maßgeblich beteiligt war. In der Folgezeit zeigten sich beim Vollzug dieser Bestimmungen und im Rahmen der dazu ergangenen Rechtsprechung dogmatische Schwierigkeiten, die unter anderem auf die Ansiedlung der in der MaBV geregelten Materie im Grenzbereich zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht zurückzuführen sind. Nicht zuletzt deshalb sind Verwaltungsbehörden und Gewerbetreibende, aber auch Notare, Wirtschaftsprüfer und andere mit der praktischen Anwendung der Vorschriften befaßte Personen auf aktuelle Erläuterungen angewiesen, in denen einschlägige Literatur und Rechtsprechung verarbeitet sind. Aus diesen Gründen ist der Entschluß des Beck-Verlages zu begrüßen, die im Standardkommentar von Landmann-Rohmer zur Gewerbeordnung enthaltenen Erläuterungen zu § 34 c und der MaBV einem größeren Kreis, der nicht am Bezug des gesamten Werkes interessiert ist, in Form eines Sonderdruckes zugänglich zu machen. In die 208 Seiten starke Broschüre wurde sinnvollerweise außerdem die inzwischen in allen Bundesländern erlassene Allgemeine Verwaltungsvorschrift aufgenommen.

Regierungsrat Joachim Wagner

Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Begründet von Senatspräsidenten a. D. Richard Töpfer, fortgeführt von Dr. Fritz Lind, Senatspräsidenten a. D. Loseblatt-Sammlung. Format DIN A 5, mit 4 Plastikordnern, 50. Ergänzungslieferung, 56,60 DM (einschl. 4. Ordner), 51. Ergänzungslieferung, 43,— DM, Gesamtwerk, 69,50 DM. Verlag R. S. Schulz, München-Percha.

Nachdem mit der 49. Ergänzungslieferung die Vorschriften der Länder Bayern, Berlin, Bremen und Hamburg ergänzt und erweitert wurden, werden nunmehr mit der 50. und 51. Ergänzungslieferung die Vorschriften weiterer Länder berücksichtigt. Die 50. Ergänzungslieferung enthält nur Vorschriften aus Hessen. Gleichzeitig wird mit dieser Ergänzungslieferung das Werk auf 4 Bände erweitert. Diese Erweiterung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Herausgeber — wie bei der letzten Besprechung schon erwähnt — zu viel landesrechtliche Vorschriften in die Sammlung aufnimmt. Band I enthält nunmehr alle bundesrechtlichen Vorschriften bis Nr. 652. Band II enthält den Rest der bundesrechtlichen Vorschriften und

den Landesteil Baden-Württemberg. In Band III sind die Vorschriften der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg und Hessen und in Band IV die Vorschriften der übrigen Bundesländer enthalten.

In den Landesteil Hessen, der nach Angabe des Herausgebers auf den Stand vom 1. Januar 1979 gebracht wurde, wurden u. a. folgende Vorschriften neu aufgenommen:

1. Hessisches Katastrophenschutzgesetz vom 12. Juli 1978;
2. Die Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (Vwv) vom 28. November 1978;
3. Die Erlasse über Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst einschl. Krankentransport im Land Hessen vom 15. Dezember 1977 und 26. April 1978;
4. Die Anordnung über die Zuständigkeit nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 20. Dezember 1978;
5. Erlaß betr. Tätigkeit von ehrenamtlichen Helfern des Bundesverbandes für den Selbstschutz vom 21. November 1978;
6. Erlaß betr. Mitbenutzung der ortsfesten Alarmgeräte des örtlichen Alarmdienstes für die Funkauslösung zur Alarmierung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes vom 31. Oktober 1978;
7. Die Gemeinsamen Runderlasse betr. die Smog-Verordnung vom 3. Februar 1978 und 15. Februar 1978;
8. Vereinbarung über den Ausbau und die Durchführung des Krankentransport- und Rettungsdienstes in Hessen, Bek. vom 10. Dezember 1978.

Geändert wurden:

1. Das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 26. Januar 1972;
2. Das Brandschutzhilfeleistungsgesetz vom 5. Oktober 1970;
3. Die Smog-Verordnung vom 15. Oktober 1976.

Bei genauer Überprüfung der hessischen Vorschriften ist zu erkennen, daß der Herausgeber bei der Bearbeitung der Sammlung und Aufnahme neuer Vorschriften nicht immer mit der gebotenen Sorgfalt vorgeht. Es dürfte sonst nicht vorkommen, daß Vorschriften noch in der Sammlung sind, die durch andere Vorschriften ausdrücklich aufgehoben wurden. So wurde z. B. der unter Nr. 16 eingeordnete Erlaß vom 28. Juni 1967 durch den unter Nr. 40 eingeordneten Erlaß vom 11. Mai 1971 aufgehoben. Das gleiche gilt für den Erlaß vom 3. November 1971 (Nr. 32), der durch Erlaß vom 27. August 1977 (Nr. 43) ausdrücklich aufgehoben wurde. Nicht mehr in Kraft bzw. aufgehoben sind ferner die unter Nrn. 10, 12, 20, 23 und 24 noch in der Sammlung befindlichen Vorschriften. Auch die im Bundesteil unter den Nrn. 871, 872, 874 und 875 eingeordneten Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum LSHD sind seit mehreren Jahren außer Kraft.

Aus der großen Anzahl der bei den übrigen Ländern neu in die Sammlung aufgenommenen Vorschriften sollen nachfolgend nur die für die Zivilverteidigung bzw. den Zivil- und Katastrophenschutz wichtigsten Vorschriften erwähnt werden. Es sind dies:

Niedersachsen

1. Das Niedersächsische Katastrophenschutzgesetz vom 8. März 1978;
2. Die Neufassung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 31. März 1978;
3. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 6. April 1978;
4. Die Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr vom 19. Mai 1978;
5. Der Runderlaß betr. sachliche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr vom 22. Mai 1978;
6. Niedersächsisches Brandschutzgesetz (NBrandSchG) vom 8. März 1978;
7. Die Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten nach § 3 Abs. 1 der Verordnung über den Anschluß von Behörden und Betrieben an den Luftschutzwarndienst vom 20. Oktober 1978;
8. Katastrophenschutz: Sturmflutwarnungen Gem. RdErl. d. MI und ML vom 4. April 1978 mit Änderungserlaß vom 7. September 1978;
9. Hilfeleistungen der Bundeswehr im Frieden (Neufassung). RdErl. d. MI vom 12. Juli 1978;
10. Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten nach dem Wasserschwerstellungsgesetz vom 15. November 1978.

Saarland

1. Die Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Atomgesetz und der Strahlenschutzverordnung vom 7. Juli 1978;
2. Die Richtlinien der Landesregierung für staatliche Finanzhilfenaktionen bei Notständen durch Naturkatastrophen (Finanzhilfenrichtlinien 1978 — FHR 78) vom 7. November 1978.

Schleswig-Holstein

1. Die Landesverordnung zur Durchführung des Rettungsdienstgesetzes vom 2. Juni 1978;
2. Die Landesverordnung zum Schutze der Wälder, Moore und Heiden vom 18. April 1978.

Auch die Vorschriften in diesen Ländern sollen nach Angaben des Herausgebers den Stand vom 1. Januar 1979 wiedergeben.

Regierungsdirektor Rudolf Handwerk

Methoden des Verwaltungshandels. Von Prof. Dr. Peter Schwacke und Prof. Dr. Rolf Uhlig, Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Düsseldorf, Bd. 3 der Schriftenreihe „Verwaltung in Praxis und Wissenschaft“, 144 S., kart., 18,— DM. Deutscher Gemeindeverlag, Köln 1978.

Die Arbeit behandelt zunächst allgemeine „Voraussetzungen geistiger Arbeit“, und zwar von einem lerntheoretischen Ansatz her (vgl. Vorwort). Ausgehend von der Bedeutung des Lernens im fortschreitenden technischen, sozialen und normativen Wandel werden konkrete Voraussetzungen für den Ablauf von Lernprozessen abgehandelt. Sodann werden Informationssuche, Informationsaufnahme und -verarbeitung, Informationsspeicherung und Informationswiedergabe als „Ansätze zu systematischen Problemlösungsstrategien“ diskutiert. Im zweiten Teil der Arbeit folgen ein ausführlicher Überblick über die Methodik der juristischen Falllösung und ein Abriss der Normsetzungslehre. Etwas unvermittelt zwischen diesen beiden Teilen steht eine kurzgefaßte „wissenschaftliche Betrachtung von und in Verwaltung“. Ein Anhang mit Übersichten und Schemata zur Bearbeitung und Lösung verwaltungsrechtlicher Fallgestaltungen beschließen die Arbeit.

Sie wird Dienstanfängern und Absolventen der Ausbildungsgänge der allgemeinen Verwaltung Anregungen zur vertieften Beschäftigung mit den Voraussetzungen des Verwaltungshandels als geistigem Handeln vermitteln, aber auch nützliche Hinweise für die Wahrnehmung von konkreten Verwaltungsaufgaben im berufspraktischen Teil der Ausbildung geben können.

Daß sich Verwaltungshandeln heute nicht mehr mit Normvollzug gleichsetzen läßt, ist den Verfassern zwar bewußt geworden (vgl. Vorwort), Konsequenzen haben sie daraus allerdings nicht gezogen. Hier ist zu kritisieren, daß die Aspekte der planenden Verwaltung und der Leistungsverwaltung neben dem Aspekt des Normvollzugs völlig vernachlässigt werden. Verwaltungshandeln wird auf diese Weise methodisch, sozusagen auf den juristischen Syllogismus verkürzt (vgl. S. 87 ff.). Lernfähigkeit, Fähigkeit zur Reflexion von Wertentscheidungen und zum Umgang mit einander widerstreitenden Interessen erscheinen auf diese Weise zwar als allgemeine Voraussetzungen geistiger Arbeit, werden aber methodisch allenfalls als Teilaspekte der Gesetzesanwendung diskutiert (z. B. S. 33, 54). Hier wären reizvolle Ansatzpunkte für eine stärkere Integration des lerntheoretischen und des juristisch-methodischen Teils der Arbeit zu finden gewesen.

Der beigelegte Anhang wird dem Studierenden bei der Lösung von Übungsfällen eine nützliche Hilfe sein. Zur Bescheidtechnik wäre es allerdings zweckmäßig gewesen, den einen oder anderen Bescheid — bei aller Zurückhaltung gegenüber sog. „Musterbescheiden“ — textlich auszuformulieren, was z. B. hinsichtlich der Begründung des besonderen öffentlichen Interesses an der sofortigen Vollziehung von Verwaltungsakten auch für den Praktiker hilfreich sein könnte. Insgesamt zeigt das Buch, daß der Weg zu einer — von den Verfassern sicher nicht intendierten — umfassenden „Methodenlehre der Verwaltung“ noch weit ist.

Professor Dr. Hannes Zille

Besonderes Verwaltungsrecht. Hrsg. von Ingo v. Münch. 5., neubearbeitete Auflage, 1979, XXII, 830 S., Plast. flex., 56,— DM. Verlag Walter de Gruyter, Berlin, New York.

Wer ein Lehrbuch des Besonderen Verwaltungsrechts schaffen will, steht vor zwei Schwierigkeiten: Er muß viele Einzelgesetze des Bundes und der Länder mit ihren Übereinstimmungen und Abweichungen darstellen sowie versuchen, aus ihnen allgemeine Grundsätze zu entwickeln, obwohl es sich um besondere Einzelregelungen handelt. Auf diese Schwierigkeit hat F. Mayer (DVBl. 1970 S. 190) anlässlich der Besprechung der ersten Auflage des hier anzuziehenden Bandes näher hingewiesen. Ein solcher Verfasser muß viele Einzelprobleme behandeln und darf dabei nicht die große Linie und Übersicht verlieren. Außerdem soll diese Aufgabe auf äußerlich angemessenem — d. h. nicht zu umfangreichem — Raum bewältigt werden. Der Herausgeber und seine zehn Mitarbeiter haben dieses Dilemma gelöst,

indem sie dreizehn ausgewählte Rechtsgebiete behandelt, den einzelnen Abschnitten jeweils eine Übersicht über das Schrifttum und eine Liste der einschlägigen Gesetze vorangestellt und im Text auf besonders wichtige, beispielhafte, instruktive oder sonst weiterführende Rechtsprechung und Literatur hingewiesen haben. Bisweilen haben die Verfasser typische landesrechtliche Regelungen erwähnt, bisweilen auch die Parallelvorschriften aller Länder zitiert. Daß die Verfasser die anfangs genannten Schwierigkeiten gemeistert haben, zeigt sich in dem Erfolg dieses Bandes. Seine erste Auflage erschien 1969 (besprochen von F. Mayer, DVBl. 1970 S. 190; Redeker, NJW 1970 S. 185). Nach weiteren Auflagen von 1970, 1972 und 1976 (s. dazu StAnz. 1976 S. 2041; Rasch, DVBl. 1977, 264; H. J. Becker, NJW 1977 S. 568; Redeker, NJW 1974 S. 177) liegt jetzt die fünfte Auflage vor. Der Band bildet den Besonderen Teil des im gleichen Verlag erschienenen Allgemeinen Verwaltungsrechts (s. dazu Weyreuther, NJW 1976 S. 99; Quaritsch, DÖV 1979 S. 421). Streiten kann man darüber, ob das Schwergewicht unter den verschiedenen hier behandelten Rechtsgebieten richtig verteilt ist. So hat Rasch (DVBl. 1977 S. 264) gerügt, daß das Ausländerrecht und das Umweltschutzrecht trotz deren großer praktischer Bedeutung nicht behandelt sind, wohl aber das Internationale Verwaltungsrecht (S. 781 ff.); weitere Beispiele bei F. Mayer, DVBl. 1970 S. 190, 191 am Ende. Mir scheint die Personalvertretung etwas knapp behandelt zu sein.

In den einzelnen Beiträgen spiegeln sich naturgemäß individuelle Besonderheiten und Eigenheiten der Mitarbeiter je nach deren besonderen wissenschaftlichen Interessen und Vorarbeiten. So hat z. B. v. Unruh verhältnismäßig stärker — und durchaus zu Recht — die geschichtlichen Grundlagen des Gemeinderechts berücksichtigt. Ingo v. Münch hat dagegen mehr auf aktuelle rechtspolitische Fragen aus dem Bereich des Rechts des öffentlichen Dienstes hingewiesen (S. 44, 46 f., 49). In der Darstellung des Wirtschaftsverwaltungsrechts von Badura finden sich häufigere Ausführungen zu allgemeinen verwaltungsrechtlichen Problemen, wie auch bei Wertebuch, der seine besonders umfangreiche Darstellung des Sozialverwaltungsrechts mit einer verfassungsrechtlichen Grundlegung beginnt. Wertebuch ist es erstaunlich gut gelungen, einen lehrreichen Überblick über das gesamte vielfältige Sozialverwaltungsrecht zu bieten.

Der Teil „Gemeinderecht“ enthält leider etliche Druckfehler. Er ist auch nicht ganz auf dem Stand der Rechtsentwicklung wie die anderen Teile. Das Eingliederungsgesetz vom 14. Juli 1977 (GVBl. I S. 319) ist insbesondere zu S. 110 f. und bei S. 115 zu beachten. Zu S. 127 kann auch auf den Umlandverband Hessen nach dem Gesetz vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427) hingewiesen werden. Die Ausführungen auf S. 128 erscheinen mißverständlich, da die §§ 78 bis 80 HGO durch das Gesetz vom 30. August 1976 (GVBl. I S. 325) aufgehoben worden sind, weshalb auch der Hinweis auf § 80 HGO in Fußnote 120 auf S. 130 überholt ist. Die Ausführungen zur kommunalen Finanzverfassung berücksichtigen noch nicht die Gemeindehaushaltsverordnung vom 13. Juli 1978 (GVBl. I S. 175 zu S. 149), das Haushaltsgrundsatzgesetz vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), die Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284) zu S. 149 (auf S. 263 sind sie aber erwähnt) und das Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1597 zu S. 152). Daß Ansprüche Dritter durch den Haushaltsplan nicht begründet werden, ergibt sich jetzt aus dem neuen Haushaltsrecht, z. B. aus § 3 Abs. 2 der Hessischen Landeshaushaltsordnung vom 8. Oktober 1970 (GVBl. I S. 645) und für den kommunalen Haushalt aus § 96 Abs. 2 HGO. Die auf S. 154 erwähnte Grenze von 20 000 Einwohnern ist seit dem Gesetz vom 30. August 1976 (GVBl. I S. 325) in Hessen auf 50 000 erhöht (§ 136 Abs. 2 Satz 1 HGO).

Die Notwendigkeit, die Fülle des Stoffes konzentriert darzustellen, führt zu einigen Sätzen, die der Qualifizierung bedürfen. Dafür einige Beispiele: Friauf erwähnt das Bundesamt für Verfassungsschutz als Sonderpolizeibehörde des Bundes (S. 170), macht allerdings auch mit Recht darauf aufmerksam, daß das Amt keine „eigenen unmittelbaren Exekutivbefugnisse“ habe. Ist es dann aber noch eine Polizeibehörde? Sind die Exekutivbefugnisse nicht gerade das Wesensmerkmal und typisch für die Polizei? Die organisatorische Trennung dieser Ämter von der Polizei und das Verbot von Exekutivbefugnissen sollte doch gerade den Polizeicharakter des Verfassungsschutzes ausschließen. Der Hinweis von Friauf ist obendrein so formuliert, als könne das Amt fremde Exekutivbefugnisse mittelbar beanspruchen. Es ist aber gerade eine besonders heftig umstrittene Frage, wie weit die Ämter der Amtshilfe der Polizei — wenn überhaupt — beanspruchen können. Das Verhältnis von Gewerbetreibender und polizeilicher Generalklausel ist natürlich viel komplexer als es die allgemeine Formulklausel in S. 277 erscheinen läßt (Näheres S. 310 f. und allgemein S. 179 ff.). Von den für die Anwendung der Generalklausel entscheidenden sozialen und ethischen Wertvorstellungen heißt es (S. 185), sie könnten sich von Ort zu Ort unterscheiden. Damit wollte Friauf wohl nicht, was an sich folgerichtig wäre, die Ausübung des Grundrechts einer ethisch besonders eingestellten örtlichen Mehrheit verhaßt ist. Beispiel: Filmverbot in einem katholisch beeinflussten Ort.

Das sehr klar geschriebene und informative Lehrbuch des Besonderen Verwaltungsrechts kann bestens empfohlen werden.

Ministerialrat Dr. Karl-Friedrich Reuß

Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Von Gerhard Leibholz, Neue Folge, Band 27, 1978, IV, 678 S., Ln., 258,— DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Über die international anerkannte große wissenschaftliche Bedeutung des Jahrbuchs des öffentlichen Rechts sowie über dessen Konzeption konnte ich anlässlich der Besprechung des Bandes 26 der Neuen Folge in StAnz. 1978 S. 1952 berichten. Den Inhalt der Bände 1 bis 25 der Neuen Folge, die nach dem letzten Krieg erschienen sind, erschließt ein besonderer Registerband (StAnz. 1978 S. 2332; s. Klaus Hofmann, AöR 104, 341; 1979; Henke, NJW 1979 S. 1284). Betrübblich ist nur der hohe Preis (Bachof, DÖV 1979, S. 380, 382).

Auch der jetzt vorliegende Band 27 des Jahrbuchs des öffentlichen Rechts enthält wiederum ganz verschiedenartig gestaltete Beiträge zur Entwicklung des Verfassungsrechts in vielen Staaten der Welt. Die Beiträge reichen von kürzeren Darstellungen einzelner thematisch begrenzter Entwicklungen (Beispiele: Communautés et Régions en Belgique; Nouveaux Développements; Moderner Regionalismus in Italien) über Aufsätze zur allgemeinen verfassungsrechtlichen Entwicklung in einem besonderen Staat (Beispiele: Die verfassungsrechtliche Entwicklung im Lande Baden-Württemberg 1971 bis 1978; Die neuere Entwicklung des national-chinesischen Verfassungsrechts) und zum Inhalt neuer Verfassungen (Polen, UdSSR, China, Nordkorea, Transkei und Bophutatswana) bis zu umfangreichen monographischen Abhandlungen (Beispiele: Spanischer Regionalismus und der katalanische Nationalismus; Die Entwicklung des Staatskirchen-

rechts seit 1961; Strukturelle Veränderungen in den politischen Parteien Israels; Der Grundsatz der Diskontinuität in der parlamentarischen Demokratie; Entgegen Henke (NJW 1979 S. 1284) sehe ich in diesem Wechsel monographischer und berichtender Beiträge keinen Grund für Einwände, sondern eine positiv zu bewertende Vielfalt, die den besonderen Reiz dieses Jahrbuchs ausmacht.

Die sehr ausführlichen Hinweise auf Geschichte, Kultur, Politik und verfassungsrechtliche Bedeutung des katalanischen Nationalismus, insbesondere für Ansätze etwaiger bundesstaatlicher Entwicklungen in Spanien, ergänzen die allgemeinen Berichte über die Verfassungsentwicklung in Spanien, die 1933 und 1977 im Jahrbuch erschienen sind.

Art. 1 Nr. 2 des 33. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. 8. 1976 (BGBl. I S. 2381), der Art. 29 und 39 GG betrifft, nimmt Jekewitz, der sich schon mit der Notwendigkeit von drei Lesungen im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren als einem ritualisierten historischen Irrtum (Der Staat 15, 537; 1976) beschäftigt hat, zum Anlaß, im Anschluß an seine Arbeit über den Grundsatz der Diskontinuität der Parlamentsarbeit im Staatsrecht der Neuzeit und seine Bedeutung unter der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes (1977) die Diskontinuität in der parlamentarischen Demokratie sehr umfangreich mit viel Material rechtsgeschichtlich und rechtsvergleichend zu untersuchen. Er ordnet die Diskontinuität in das jeweilige Zeit- und Verfassungssystem ein und kommt zu dem Ergebnis, es handle sich um ungeschriebenes materielles Verfassungsrecht, das aus der Entscheidung der Verfassung für die parlamentarischen Demokratie schließe (S. 155; s. auch S. 156 f., 166), aber nicht zugleich unverzichtbarer Bestandteil des modernen demokratischen Verfassungsstaates sei (S. 157). Die Enquete-Kommission Verfassungsreform plädiert übrigens für eine Beibehaltung des Diskontinuitätsprinzips (Bundesrats-Drucks. 7/5924, S. 37 in Kapitel 3 Nr. 2.2.2; s. Grawert, Zur Verfassungsreform, Der Staat 18, 229, 240 f.; 1979).

Im Anschluß an den Bericht von Rebmann (JÖR 20, 169) schildert Feuchte die verfassungsrechtliche Entwicklung im Lande Baden-Württemberg 1971 bis 1978. Die Darstellung ist sehr informativ und materialreich. Sie regt zu Vergleichen mit der Entwicklung im eigenen Land an. Bisweilen erwecken die Formulierungen den Eindruck, als wolle der Verfasser merken lassen, daß er bei politisch umstrittenen Gesetzgebungsvorhaben auf der Seite der Landtagsmehrheit stehe. Es ist besonders erfreulich, daß das Jahrbuch der Schilderung des Landesverfassungsrechts so breiten Raum einräumt, und zwar gerade auch in dem Jahr, in dem die „Lage der Länderverwaltung nach 30 Jahren Grundgesetz“ erörtert wird (Schnoor, DÖV 1979 S. 355).

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Epoche des unproblematisierten und vertraulichen Miteinanders von Staat und Kirchen fürs erste dahin sei (S. 246; s. auch zu den Kirchenverträgen Hollbach und Reis, JÖR 1968 S. 117 und 165), schildert Kästner die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1961 (Vorbericht: K. Hesse, JÖR 1961 S. 3), wobei er unter anderem auch das hessische Landesrecht nennt (S. 255 ff., 265, 268. Zum Schulgebot liegt nunmehr die Entscheidung des BVerfG vom 16. 10. 1979 — 1 BvR 647/70 und 774 — vor). Der Verfasser betont die „grundlegende Veränderung des staatskirchenrechtlichen Klimas“ (S. 266) und spricht von „Stimmungswandel“ bei der Erörterung des Verhältnisses von Art. 4 Abs. 1 GG zu Art. 140 GG (S. 275) sowie von den geistigen und strukturellen Wandlungen in Gesellschaft und Kirche (S. 278 f.). Trotzdem bestünde eine Kontinuität der konkreten Ausgestaltung des Staatskirchenrechts (S. 282). Nicht erwähnt ist das jetzt so aktuelle Problem der Forderung der Gewerkschaften nach Abschluß von Tarifverträgen mit den Kirchen und ihren Einrichtungen²⁾, auch nicht die Folgerungen aus dem auf S. 281 erwähnten Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen für die Rundfunkorganisation (Stock, Neues über Verbände und Rundfunkkontrolle, AöR 104, 1; 1979). Der Bericht enthält neben sehr vielen Schrifttums- und Rechtsprechungshinweisen im Anhang ein umfangreiches Literaturverzeichnis zu einzelnen Problembereichen (13 Seiten).

Die Grundzüge der polnischen Verfassungsreform vom 10. Februar 1976 schildert ein polnischer Rechtswissenschaftler. Er ergänzt den in Band 24 des Jahrbuchs erschienenen Aufsatz über die verfassungsrechtliche Entwicklung der Volksrepublik Polen 1958 bis 1974 durch einen allgemeinen Überblick über den Charakter der Änderungen und Funktion der Exekutive in Polen sowie Lammich, Die gesetzliche Ausgestaltung der Grundrechte in der Volksrepublik Polen, AöR 104, 112; 1979). Die Ausführungen zeigen ebenso wie die in den Artikeln zu den Verfassungen der UdSSR, der Volksrepublik China und von Nordkorea mit krasser Deutlichkeit die Richtigkeit der These, daß die Grundrechte als Teil des Gesamtgefüges einer Verfassung von der Struktur dieser Verfassung abhängen (so rechtsgeschichtlich gesehen von Rainer Wahl, Rechtliche Wirkungen und Funktionen der Grundrechte im deutschen Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts, Der Staat 18, 321, 323 f.; 1979), daß ein Grundrecht in der einen Verfassung also etwas völlig anderes als in einer anderen Verfassung bedeuten kann, daß die Grundrechte dann nur als Mittel zur Verherrlichung (freedom to praise, S. 625) der Sozialistischen Entwicklung, wie sie „unser großer Marxist-Leninist, Revolutionär und geheimer Führer Kim Il-sung“ (S. 604) versteht, anerkannt werden (s. auch Ranke, Verwirklichung sozialistischer Grundrechte und Grundpflichten in der Rechtsordnung der DDR, NJ 1979 S. 474).

In einem außergewöhnlich reich mit Schrifttumsnachweisen versehenen umfangreichen Aufsatz schildert Meissner die neue Bundesverfassung der UdSSR, deren Text im Anhang abgedruckt ist. M. geht einleitend der Verfassungsentwicklung der Sowjetunion vom 50. Jahrestag bis zur Verabschiedung der neuen Unionsverfassung nach, indem er außer den Vorarbeiten zu der Verfassung auch die politischen Hintergründe schildert, insbesondere das Auf und Ab sowie die Festigung der Stellung Breschnevs. Die weiteren Ausführungen geben nicht nur einen Überblick über den Inhalt der Verfassung unter Betonung ihrer Neuerungen; sondern auch eindringende kritische Analysen der Zusammenhänge, in denen die inneren Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich werden.

Strukturelle Veränderungen in den politischen Parteien Israels gehen Diskin und Wolffsohn in geschichtlich-politologischen Ausführungen nach. Die Verfasser wollen den Wandel der Parteien der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und im Staate Israel mit Hilfe des Begriffs der politischen Generationenfolge erklären (S. 456) und stellen daher die politischen Strukturen der verschiedenen Einwanderungswellen dar, insbesondere den starken afro-asiatischen Einfluß auf die Parteistruktur (S. 471 f.). Besonders interessant sind auch die Ausführungen zum Verhältnis von Militär und Parteipolitik (S. 477 ff.). Allgemein stellen die Verfasser eine Entwicklung von der Ideologisierung zur Universalisierung gesellschaftlicher Einrichtungen (insbesondere Zeitungen, Jugendverbände) fest, die das Gesundheitswesen kaum (S. 494 f.) und dem religiösen Turm (S. 493) nicht erlaßt habe. An die Erkenntnis von Bagehot erinnernd (S. 496), die Auf-

stellung der Kandidaten in einem parlamentarischen System werde insbesondere unter den Bedingungen des Verhältniswahlsystems nicht auf demokratische Weise geschehen, schildern die Verfasser die Debatten um die innerparteiliche Demokratie.

Weggel macht auf die Neuigkeiten der Verfassung der Volksrepublik China vom 5. März 1978, deren deutscher Text abgedruckt ist, aufmerksam und führt dabei in ein uns fremdes Verfassungsverständnis ein, das in einigen Punkten auch gegen das sowjetische System Stellung nimmt. Wiederum ganz andere Voraussetzungen und Probleme gibt es in der neueren Entwicklung des national-chinesischen Verfassungsrechts, für das die Schwierigkeiten charakteristisch sind, die sich aus der Diskrepanz zwischen der Entstehung der Verfassung als der Verfassung ganz Chinas und der Begrenzung ihrer Anwendbarkeit auf Taiwan ergeben. Dies führt zu Auslegungsfragen, die nach der clausula rebus sic stantibus gelöst werden. Gegen rechtsvergleichende Überlegungen bestehen Bedenken, weil die national-chinesische Staatsgewalt einer Fünf-Gewalten-Lehre huldigt (S. 559), obwohl die Verfassung stark von der Weimarer Reichsverfassung beeinflusst sei (S. 536 Fußnote 6). Der englische Text der Verfassung ist dem Bericht angefügt.

Nach Ostasien führen auch die Artikel über die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung des Parteiensystems im Nachkriegs-Japan und über die Verfassung von Nordkorea. Klassisch im negativen Sinn ist die amtliche Erläuterung der Stellung und der Aufgabe der Gerichte (S. 621).

Schließlich ist noch auf die Darstellung der Verfassungen von Transkei und Bophuthatswana, des Verfassungsentwurfs für die Republik Südafrika und über das Konzept des „separate development“ (S. 631) hinzuweisen, in der auf groteske Situationen hingewiesen wird (S. 644, 648) und die mit allgemeinen Ausführungen über die Verfassungsrechtsdiskussion und ihren erstaunlichen Besonderheiten (S. 650 ff.) schließt.

Ein erfreulich materialreicher zum Nachdenken anregender neuer Band des Jahrbuchs des öffentlichen Rechts.

¹⁾ Zu dessen fehlenden Voraussetzungen und zu einer allgemeinen Beurteilung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes hierzu s. Ritterspach, Problem der italienischen Verfassungsgerichtsbarkeit, AöR 104, 137, 141 f.; 1979.

²⁾ Die Zeitschrift „Arbeit und Recht“ hat dem Thema „Kirche und Arbeitsrecht“ ein Sonderheft 1979 gewidmet. Davor s. v. Nell-Breuning, Arbeitnehmer und kirchlicher Dienst, AuR 1979 S. 1; Herschel, Kirchliche Einrichtungen und Betriebsverfassung, AuR 1978 S. 172; Herschel, Kirche und Koalitionsrecht, ein Rechtsgutachten, 1978, Heft 2/1979 der Zeitschrift „Recht der Arbeit“ ist vornehmlich Beiträgen zum kirchlichen Arbeitsrecht gewidmet.

Ministerialrat Dr. Karl-Friedrich Reub

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten. Kommentar zur Bundeslaufbahnverordnung nebst laufbahnrechtlichen Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes und anderer Bundesgesetze, wichtigen Verwaltungsrichtlinien und Beschlüssen des Bundespersonalausschusses, von Dr. Heinz Schröder, Dr. Bernd Lemhöfer, Ralf Kraft, 1. Auflage, 1979, Loseblattsammlung, 604 S., DIN A 5, Plastikordner, 74,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, München.

Ein Schwerpunkt der Fortentwicklung der Struktur des öffentlichen Dienstrechts ist in der grundlegend überarbeiteten Bundeslaufbahnverordnung — BLV — (BGBl. I 1978 S. 1763) zu sehen, die am 1. Februar 1979 in Kraft getreten ist.

Den Veränderungen im Bildungsbereich entsprechend wurden die Bildungsabschlüsse den Laufbahnen zugeordnet und zugleich die Ausbildung des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes verbessert. So bildet die Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes für den gehobenen Dienst als Studiengang einer Fachhochschule eine wesentliche Neuerung.

Weitere Neuregelungen ergeben sich aus dem im Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Dienstleistungsreform gesetzten Ziel, die Personalsteuerung stärker funktions- und leistungsbezogen zu gestalten und sie deshalb näher an den Anforderungen der einzelnen Dienstposten und Verwendungsbereiche auszurichten. Die Personalentscheidungen werden durch die Verpflichtung zur Ausschreibung, das Recht zur Bewerbung, verbesserte Auswahlkriterien und Eignungsnachweise sowie durch eine wirksamere Gestaltung der Probezeiten offener, leistungs- und anforderungsgerechter sowie transparenter gestaltet.

Zur weiteren Verbesserung der Durchlässigkeit im Laufbahnsystem werden die Einstiegsmöglichkeiten und Aufstiegsverfahren fortentwickelt; die Qualifikationen für den beruflichen Eignungs- und Leistungswettbewerb werden verbessert. Neue Grundsätze für die Gestaltung der Ausbildung tragen zur erhöhten Einsatzbeweglichkeit der Beamten bei. Die Vorschriften für Laufbahnen besonderer Fachrichtungen sind systemgerechter in die neue BLV einbezogen.

Der vorliegende Kommentar löst das schmalere Erläuterungsbuch von Lemhöfer-Weinert zur BLV 1970 ab und baut teilweise auf dessen Ergebnissen auf.

Die Kommentierung der einzelnen Bestimmungen der BLV ist ausführlich und verständlich gefaßt und enthält sorgfältig ausgewählte Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur. Die von dem Benutzer hinsichtlich der Neuerungen der BLV in die Kommentierung gesetzten Erwartungen werden voll erfüllt. Die Neuregelungen nehmen in der Kommentierung zu Recht einen breiten Raum ein.

Ein großer Teil des Textes und der Erläuterungen dürfte auch für die Anwendung gleich oder ähnlich lautenden Landeslaufbahnrechts oder eventuell für dessen Neugestaltung von Interesse sein.

Neben dem umfangreichen Kommentarteil enthält das Werk als Anhänge verstreute und zum Teil sonst schwer zugängliche laufbahnrechtliche Texte (laufbahnrechtlich bedeutsame gesetzliche Einzelschriften, verschiedene Verwaltungsregelungen, Geschäftsordnung und Verfahrensordnungen des Bundespersonalausschusses).

Ein ausführliches Sachverzeichnis erleichtert wesentlich die Benutzbarkeit des gut lesbaren Kommentars. Anmerkungsabschnitte haben Randnummern, was das Zitieren erleichtert.

Die Bearbeiter des Kommentars sind aus ihrer beruflichen Tätigkeit mit Praxis, Systematik, Entwicklung und Neugestaltung des Laufbahnrechts bestens vertraut. Der Schröder/Lemhöfer/Kraft wird — mit Einbeziehung auch der gesetzlichen Laufbahnvorschriften — vor allem dem Praktiker zuverlässige Orientierung und wertvolle Entscheidungshilfen liefern.

Regierungsrat z. A. Helmut Doman

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1980

MONTAG, 11. FEBRUAR 1980

Nr. 6

Veröffentlichungen

401

Verlust eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel Nr. 2 mit dem Gemeindegewapp und der Umschrift „Gemeinde Körle“, Durchmesser 25 mm, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

3501 Körle, 30. 1. 1980

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Körle

402

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

I/1: Bei dem Kreisaußschuß des Lahn-Dill-Kreises ist das kleine Dienstsiegel Nr. 2 mit der Wappenfigur des Landes und der Inschrift „Lahn-Dill-Kreis“ in Verlust geraten. Das vorstehende Siegel wird hiermit für ungültig erklärt.

6330 Wetzlar, 30. 1. 1980

Der Kreisaußschuß des Lahn-Dill-Kreises

Gerichtsangelegenheiten

403

VIII 136 — Zulassung: Frau Ursula Menges, 6148 Heppenheim, Am Streitstein 3, habe ich die Zulassung als Rechtsbeistand auf dem Gebiet des Handels- und Gesellschaftsrechts erteilt.

Das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor Gericht wurde nicht gestattet.

6100 Darmstadt, 15. 1. 1980

Der Präsident des Landgerichts

404

371 a E — 1.1499 — Erlaubnisurkunde: Der Steuerbevollmächtigte Brigitte Reifschneider, geb. Groß, geb. am 21. 2. 1951 in Frankfurt am Main, wohnhaft Franz-Rücker-Allee 76, 6000 Frankfurt am Main 90, wird auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts, des Handels- und Gesellschaftsrechts erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. Ausf.VO zum Rechtsberatungsgesetz vom 3. April 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand für bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht“ erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Frankfurt am Main.

6000 Frankfurt am Main, 25. 1. 1980

Der Präsident des Amtsgerichts

405

371a E — 1.1501 — Erlaubnisurkunde: Dem Steuerbevollmächtigten Gustav Simon, geb. 20. 8. 1931 in Koblenz, wohnhaft Neue Straße 61, 6365 Rosbach 3, Büro Gründenseestraße 29, 6000 Frankfurt am Main 61, wird auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts, des Handels- und Gesellschaftsrechts erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. Ausf.VO zum Rechtsberatungsgesetz vom 3. April 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand für bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht“ erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Frankfurt am Main.

6000 Frankfurt am Main, 25. 1. 1980

Der Präsident des Amtsgerichts

406

371a E — 1.1504 — Erlaubnisurkunde: Dem Steuerbevollmächtigten Otto Rubner, geb. am 19. 11. 1948 in Oedelsheim, wohnhaft Altmünsterstraße 4, 6234 Hattersheim, wird auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts, des Handels- und Gesellschaftsrechts erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. Ausf.VO zum Rechtsberatungsgesetz vom 3. April 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand für bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht“ erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Hattersheim.

6000 Frankfurt am Main, 25. 1. 1980

Der Präsident des Amtsgerichts

407

S. 65 — Erlaubniserteilung: Herrn Karl-August Heinrich Sprenger, geboren am 11. 6. 1947 in Bad Hersfeld, wohnhaft: Büchner Straße 12, 6301 Pohlheim 1, wird auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 — RGBl. I S. 1478 — die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten erteilt.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. AVO zu dem o. a. Gesetz vom 3. April 1936 — RGBl. I

S. 359 — Als werbende Maßnahme ist lediglich die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand“ erlaubt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Gießen.

6300 Gießen, 22. 1. 1980

Der Präsident des Amtsgerichts

Güterrechtsregister

408

GR 934 — Neueintragung — 1. 2. 1980: Dr. Klaus Dieter Wiedey, Arzt, Zierkirchenstraße 30, 6143 Lorsch, und Ingrid Helma Wiedey, geb. Sauer, Kauffrau, dasselbst.

Durch Vertrag vom 16. November 1979 — UR Nr. 208/79 — des Notars Peter Metzger in Lorsch ist Gütertrennung vereinbart.

6140 Bensheim, 1. 2. 1980

Amtsgericht

409

GR 178 — Veränderung — 29. 1. 1980: Eheleute Arthur Schmekel, Kaufmann, geb. 26. 4. 1912, und Hertha geb. Lonseky, Hausfrau, geb. 11. 2. 1918, wohnhaft in Rheinstraße 9, 6228 Eltville.

Durch Ehevertrag vom 20. Dezember 1979 ist der Ehevertrag vom 23. Mai 1947 aufgehoben und Zugewinngemeinschaft vereinbart.

6228 Eltville am Rhein, 29. 1. 1980

Amtsgericht

410

GR 2124 — Neueintragung — 31. 1. 1980: Huber, Friedrich, Bauunternehmer, Friedberg/H.-Ockstadt, Huber, geb. Tinz, Magdalena, Friedberg/H.-Dorheim.

Gütertrennung durch Vertrag vom 21. Dezember 1979.

GR 2125 — Neueintragung — 31. 1. 1980: Wylezych, Willi August, Wylezych, geb. Fischer, Lieselotte, Reichelsheim 3.

Gütertrennung durch Vertrag vom 12. November 1979.

6360 Friedberg (Hessen), 31. 1. 1980

Amtsgericht

411

5 GR 1596 — Neueintragung — 23. 1. 1980: Dipl.-Ing. Ekkehart Hohlfeld und Dipl.-Pädagogin Sylvia Hohlfeld, geb. Heym, beide in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 21. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 23. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 5

412

5 GR 1597 — Neueintragung — 23. 1. 1980: Schlosser Herbert Schaefer und Brigitte Schaefer, geb. Wagner, beide in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 27. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 23. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 5

413

GR 323 — Neueintragung — 30. 1. 1980: Simon, Walter, Kaufmann und Schreiner-

meister, und Anneliese geb. Bender, beide wohnhaft in 6254 Elz, Rathausstraße 20.

Durch Ehevertrag vom 30. April 1979 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Vorbehalts- gut der Ehefrau ist das im Ehevertrag ge- nannte Vermögen.

6253 Hadamar, 30. 1. 1980 **Amtsgericht**

414

41 GR 1871 — **Neueintragung** — 29. 1. 1980: Kaufmann Eberhard Hubert Dilger und Ingrid geb. Lißmann in Erlensee haben durch Vertrag vom 19. Oktober 1979 Gütertrennung vereinbart.

41 GR 1872 — **Neueintragung** — 29. 1. 1980: Kriminalbeamter Eduard Amrein und Brigitte geb. Göb in Erlensee haben durch Vertrag vom 21. November 1978 Gü- tertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 29. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 41

415

Neueintragungen im Güterrechtsregister beim Amtsgericht Kassel

GR 1921 A — 3. 12. 1979: Schmücker, Manfred Franz, Lehrer, Kassel, und Karin Hildegard geb. Dommerich. Gütertrennung durch Vertrag vom 18. Oktober 1979.

GR 1922 — 3. 12. 1979: Banze, Karl-Heinz Werner, Betonwerkstein- und Terrazzoher- steller, Kassel, und Gisela geb. Rein- hold. Gütertrennung durch Vertrag vom 3. September 1979.

GR 1922 A — 3. 12. 1979: Heinz Herbert Kupfer, Kaufmann, Kassel, und Maria geb. Jacob. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Oktober 1979.

GR 1923 — 6. 12. 1979: Mecke, Ernst Hans, Kfz-Mechaniker, Schauenburg-Martinhagen, und Jutta Margarete Anita geb. Har- rendorf. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Oktober 1979.

GR 1923 A — 7. 12. 1979: Traut, Herbert Adolf, Kaufmann, Vellmar III, und Dr. Heun-Traut geb. Heun, Elke Marlis. Gü- tertrennung durch Vertrag vom 2./22. No- vember 1979.

GR 1924 — 7. 12. 1979: Schumacher, Hein- rich Helmut, Maschinenbautechniker, Bau- natal 3, und Bärbel Waltraud geb. Am- rhein. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Oktober 1979.

GR 1924 A — 21. 12. 1979: Katzor, Lothar Alfred, Industriekaufmann, Vellmar, und Irmgard Maria geb. Kannengießer. Güter- trennung durch Vertrag vom 2. November 1979.

GR 1925 — 13. 12. 1979: Aleksič, Marinko, Kfz-Mechaniker, Kassel, und Margot Mar- tha Maria geb. Dickert. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Oktober 1979.

GR 1925 A — 27. 12. 1979: Freitag, Lud- wig, Elektromaschinenbauer, Kassel, und Inge Anneliese geb. Scholz. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Oktober 1978.

GR 1926 — 7. 1. 1980: Rinke, Karl-Heinz, Bäckermeister und Konditor, Fulda- brück, und Eva-Maria geb. Herz. Gütertrennung durch Vertrag vom 22. Oktober 1979.

GR 1926 A — 7. 1. 1980: Witt, Henrik, Dipl.-Ing., Vellmar, und Rosa geb. Schweg- ler. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. April 1979.

GR 1927 — 11. 1. 1980: Hitsch, Josef, Fri- seurmeister, und Ilona geb. Neußel, Kas- sel. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Dezember 1979.

GR 1927 A — 11. 1. 1980: Riemenschnei- der, Arno Herbert, Orthopädiemechaniker, Kaufungen 2, und Marita Emmy Arba Berta geb. Pfeil. Gütertrennung durch Ver- trag vom 2. Oktober 1979.

GR 1928 — 16. 1. 1980: Zapf, Rainer, Foto- graf, Kassel, und Evelyn Rotraut geb. Seiffert. Gütertrennung durch Vertrag vom 10. Dezember 1979.

GR 846 — **Veränderung** — 13. 12. 1979: Vetter, Joachim, Fabrikant, Kassel, und Ruth geb. Rehbein. Durch Vertrag vom 20. November 1979 ist die Gütertrennung aufgehoben.

GR 979 — **Veränderung** — 13. 12. 1979: Müller, Heinrich, Bauunternehmer, Kas- sel, und Elisabeth geb. Kaufmann. Durch Vertrag vom 16. November 1979 ist die Gütertrennung aufgehoben.

3500 Kassel, 30. 1. 1980 **Amtsgericht**

416

GR 374 A — **Neueintragung** — 21. 1. 1980: Die Eheleute Schaaf, Otto, Upland-Willin- gen, und Schaaf, Anna Henriette Erika, geb. Talke, Osnabrück, haben durch Ver- trag vom 9. Oktober 1979 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 21. 1. 1980 **Amtsgericht**

417

GR 375 — **Neueintragung** — 28. 1. 1980: Die Eheleute Rolf Armin Scheffer und Erika Elfriede Martha, geb. Bernsee, beide Korbach, haben durch Vertrag vom 13. Dezember 1979 Gütertrennung verein- bart.

3540 Korbach, 28. 1. 1980 **Amtsgericht**

418

GR 214 — **Neueintragung** — 29. 1. 1980: Bogumil, Wolfgang, Kraftfahrzeugmecha- niker, und Ursula Bogumil geb. Woivode, Michelstadt/Odw.

Durch Vertrag vom 19. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6120 Michelstadt, 29. 1. 1980 **Amtsgericht**

419

GR 207 — **Veränderung** — 29. 1. 1980: Rudolph, Philipp Friedrich, Konditormeis- ter, und Ehefrau Elfriede geb. Müller, Frankfurter Straße 4, 6123 Bad König.

Durch Vertrag vom 9. Januar 1980 wur- den: a) das Grundstück Gemarkung Bad König, Flur 1, Nr. 463/2, Hof- und Gebäu- defläche, Schwimmbadstraße, 4,74 Ar, zum Vorbehaltsgut des Ehemannes und b) das Grundstück Gemarkung Bad König, Flur 1, Nr. 463/3, Hof- und Gebäudefläche, Schwimmbadstraße, 5,70 Ar, zum Vorbe- haltsgut der Ehefrau erklärt.

6120 Michelstadt, 29. 1. 1980 **Amtsgericht**

420

GR 563 — **Neueintragung** — 31. 1. 1980: Eheleute Werner Jost, geb. 23. 2. 1948, und Ursula Brigitte, geb. Hübner, geb. 20. 10. 1953, 6292 Weilmünster, Möttauer Str. 14. Durch Ehevertrag vom 27. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 564 — **Neueintragung** — 31. 1. 1980: Eheleute Fliesenlegermeister Hans-Joa- chim Koschel, geb. 14. 7. 1946, und Gudrun Koschel, geb. Heinz, geb. 22. 10. 1948, 6292 Weilmünster 2, Bachstr. 26.

Durch Ehevertrag vom 28. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 31. 1. 1980 **Amtsgericht**

421

GR 879 — **Neueintragung** — 15. 1. 1980: Eheleute Erwin Zilz und Pränome Zilz geb. Srisawad, 6330 Wetzlar-Münchholz- hausen.

Durch notariellen Vertrag des Notars Helmut Hecker in Wetzlar vom 20. Deze- mber 1979 — Urkundenrolle Nr. 523/79 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 15. 1. 1980 **Amtsgericht**

422

GR 880 — **Neueintragung** — 28. 1. 1980: Eheleute Friseurmeister Heini Walter För-

ster und Hannelore Gisela Förster geb. Kalina, 6301 Bibertal 4 OT Fellingshausen.

Durch notarielle Verträge des Notars Otto Klier in Wetzlar vom 29. Oktober 1979/31. Oktober 1979 — Urkundenrollen Nr. 776 und 805/1979 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 28. 1. 1980 **Amtsgericht**

423

GR 3885 — **Neueintragung** — 15. 1. 1980: Wilhelm, Martin, Elektromeister, geb. 12. 5. 1948, und Anna Elisabeth Martin geb. Schmitt, geb. 13. 3. 1942 in Mainz-Kastel.

Durch Ehevertrag vom 20. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3886 — **Neueintragung** — 23. 1. 1980: Hans-Peter Klein, geb. 29. 6. 1951, Wies- baden, und Eva Klein geb. Jungnickel, geb. 30. 1. 1947, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 30. November 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3887 — **Neueintragung** — 28. 1. 1980: Boos, Paul, und Boos geb. Jekat, Gabriele Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 18. Dezember 1979 ist Gütertrennung vereinbart.

6200 Wiesbaden, 5. 2. 1980

Amtsgericht, Abt. 22

424

GR 482 — **Neueintragung** — 8. 1. 1980: Eheleute Hilmar Meurer und Frau Ute Meurer geb. Aschenbrenner, Klappers- berg 15, 3436 Hess. Lichtenau.

Unter Aufrechterhaltung des gesetzlichen Güterstandes ist am 5. September 1979 fol- gender Ehevertrag vereinbart worden:

Der Ehemann kann über sein Vermögen aus seiner freiberuflichen Tätigkeit im ganzen ohne Einwilligung des anderen Ehegatten verfügen, auch sich zu solchen Verfügungen verpflichten.

GR 483 — **Neueintragung** — 8. 1. 1980: Brunnenbauer Ernst Quaiser und Ehefrau Catharina geb. van Heuvel, Poststr. 19, 3436 Hess. Lichtenau.

Durch Vertrag vom 27. November 1979 ist Gütertrennung vereinbart. Die Ehegat- ten leben in Gütertrennung.

3430 Witzenhausen, 8. 1. 1980 **Amtsgericht**

Vereinsregister

425

8 VR 498 — **Neueintragung** — 4. 2. 1980: Gewerbeverein Groß-Zimmern in Groß- Zimmern.

6110 Dieburg, 4. 2. 1980 **Amtsgericht**

426

41 VR 838 — **Neueintragung** — 29. 1. 1980: Ski- und Wanderclub 1940 Windecken e.V., Sitz: Nidderau.

41 VR 839 — **Neueintragung** — 29. 1. 1980: Geschichtsverein Erlensee e. V., Sitz: Erlensee.

41 VR 840 — **Neueintragung** — 29. 1. 1980: Verein für Kultur und Heimatgeschichte Hammersbach e. V., Sitz: Hammersbach.

6450 Hanau, 29. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 41

427

VR 370 — **Neueintragung** — 30. 1. 1980: Heimat- und Kulturverein Bellersdorf, Sitz: 6349 Mittenaar (OT Bellersdorf).

Die Satzung ist am 20. Januar 1979 er- richtet.

6348 Herboren, 30. 1. 1980 **Amtsgericht**

428

VR 188 — Neueintragung — 23. 1. 1980: Schützenverein 1979, Hochheim/Main e.V., Hochheim am Main.

6203 Hochheim am Main, 23. 1. 1980
Amtsgericht

429

VR 251 — Neueintragung — 30. 1. 1980: TC Grün/Weiß Immenhausen, Immenhausen.

VR 252 — Neueintragung — 31. 1. 1980: K.K. Schützenverein, Calden-Westuffeln. 3520 Hofgeismar, 31. 1. 1980
Amtsgericht

430

Neueintragungen im Vereinsregister beim Amtsgericht Kassel

VR 1535 — 17. 12. 1979: Fanfarenkorps Kassel, Sitz Kassel.

VR 1536 — 17. 12. 1979: Fördergemeinschaft Friedensarbeit und Gewaltlosigkeit, Sitz Kassel.

VR 1537 — 17. 12. 1979: Kultur-Politik-Forum, Sitz Kassel.

VR 1538 — 21. 12. 1979: Interessengemeinschaft Einkaufszentrum Baunatal 1, Sitz Baunatal.

VR 1539 — 28. 12. 1979: Rock River Country Club, Sitz Niestetal.

VR 1540 — 9. 1. 1980: Türkischer demokratischer Arbeitnehmer- und Kulturverein, Kassel, Sitz Kassel.

3500 Kassel, 30. 1. 1980
Amtsgericht

431

1 VR 203 — Neueintragung — 1. 2. 1980: Briefftaubenliebhaber-Reisevereinigung Waldeck e. V., Korbach.

3540 Korbach, 1. 2. 1980
Amtsgericht

432

5 VR 398 — Neueintragung — 29. 1. 1980: Viernheimer Schwimmverein, 6806 Viernheim.

6840 Lampertheim, 29. 1. 1980
Amtsgericht

433

VR 488 — Neueintragung — 28. 1. 1980: Männergesangverein „Harmonie“ 1838 Staffel/Lahn, Sitz: Limburg 3-Staffel.

VR 489 — Neueintragung — 28. 1. 1980: Gewerbeverein, Sitz: Brechen 1.

6250 Limburg a. d. Lahn, 28. 1. 1980
Amtsgericht

434

VR 490 — Neueintragung — 30. 1. 1980: Gemischter Chor Ohren, Sitz: Hünfelden-Ohren.

6250 Limburg a. d. Lahn, 30. 1. 1980
Amtsgericht

435

VR 1088 — Neueintragung — 21. 1. 1980: Förderkreis der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft im Bereich der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck, Sitz: Marburg/Lahn.

3550 Marburg, 21. 1. 1980
Amtsgericht

436

VR 246 — Neueintragung — 29. 1. 1980: Vogel- und Naturschutzgruppe Burkhardts e. V., Schotten-Burkhardts.

6478 Nidda, 29. 1. 1980
Amtsgericht

437

VR 402 — Neueintragung — 31. 1. 1980: Sozialwerk Waisenschutz und Altenhilfe 1892 — Kreisverband Limburg-Weilburg — e. V., 6290 Weilburg.

6290 Weilburg, 31. 1. 1980
Amtsgericht

438

VR 946 — Neueintragung — 30. 1. 1980: Der Verein „Koptisch-Orthodoxes Zentrum mit St. Antoniuskloster für seelsorgerische, soziale und kulturelle Betreuung e. V.“ in Waldsolms OT Kröffelbach/Ts. ist heute unter Nr. 946 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 3. November 1979 errichtet.

6330 Wetzlar, 30. 1. 1980
Amtsgericht

439

VR 2031 — Neueintragung — 24. 1. 1980: Förderkreis soziale Wohnungspolitik, Wiesbaden. Die Satzung ist am 20. Dezember 1979 errichtet. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter — jeder allein — vertreten den Verein.

VR 1907 — Auflösung — 28. 1. 1980: Arbeitsgemeinschaft Bioenergetische Medizin, Wiesbaden. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 29. Oktober 1977 ist der Verein aufgelöst.

6200 Wiesbaden, 5. 2. 1980
Amtsgericht, Abt. 22

Vergleiche — Konkurse

440

N 2/74 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Keil Hoch- und Tiefbau GmbH & Co. KG, Mücke/Ober-Ohmen, Alsfelder Straße 18, persönlich haftende Gesellschafterin: Keil GmbH, Mücke/Ober-Ohmen, Alsfelder Straße 18, Geschäftsführer: Maurermeister Karl Keil, Mücke/Ober-Ohmen, Alsfelder Straße 16, wird der Schlußtermin auf Montag, den 10. März 1980, 10.00 Uhr, im Amtsgericht Alsfeld, Zimmer 17, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 16 466,52 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 1366,49 DM festgesetzt.

6320 Alsfeld, 28. 1. 1980
Amtsgericht

441

VN 1/80 — Beschluß: Herr Bauunternehmer Rudolf Graulich, 6325 Grebenau-Wallersdorf, Hersfelder Str. 6 und 9, hat am 28. Januar 1980 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses nach § 1 der Vergleichsordnung beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Diplom-Sozialwirt Egon Kretschmer, Alexanderstr. 2, 3000 Hannover 1, bestellt.

Zugleich wird heute, 10.30 Uhr, gegen den Antragsteller ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen (§§ 12, 59 Vergleichsordnung). Außenstände sind von den Schuldnern des Antragstellers bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an den Antragsteller selbst dürfen nicht erfolgen.

Der Antragsteller darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6320 Alsfeld, 31. 1. 1980
Amtsgericht

442

VN 2/80 — Beschluß: Die Firma Rudolf Graulich KG, Hoch- und Tiefbau, Handel mit Baustoffen und verwandten Erzeugnissen aller Art, Putz- und Fliesenarbeiten, Treppenaufbau und Natursteinverarbeitung, 6325 Grebenau-Wallersdorf, Hersfelder Str. 6 und 9, persönlich haftender Gesellschafter Bauunternehmer Rudolf Graulich in 6325 Grebenau-Wallersdorf, Hersfelder Str. 6 und 9, hat am 28. Januar 1980 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses nach § 1 der Vergleichsordnung beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Diplom-Sozialwirt Egon Kretschmer, Alexanderstr. 2, 3000 Hannover 1, bestellt.

Zugleich wird heute, 11.00 Uhr, gegen die Antragstellerin ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen (§§ 12, 59 Vergleichsordnung). Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an die Antragstellerin selbst dürfen nicht erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6320 Alsfeld, 31. 1. 1980
Amtsgericht

443

6a N 37/74: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bier & Henning, Seifenfabrik, GmbH, Frölingstraße 15, Bad Homburg v. d. Höhe, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 28. 1. 1980
Amtsgericht

444

6 N 6/78: Das Konkursverfahren über das Vermögen der BASICO Gesellschaft für internationale Projekte der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Agrarindustrie mbH, Kaiser-Friedrich-Promenade 65, 6380 Bad Homburg v. d. Höhe, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 25. 1. 1980
Amtsgericht

445

34 N 2/79: Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des Rudolf Herrmann Mellert, zuletzt wohnhaft in Otzberg 1.

Das Konkursverfahren ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6110 Dieburg, 28. 1. 1980
Amtsgericht

446

5 VN 1/80 — Beschluß: Der Dachdeckermeister Heinrich Richter, Am Rabenborn Nr. 9, 6340 Dillenburg, hat am 28. Januar 1980 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über sein Vermögen beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter ist der Wirtschaftsberater Dr. Kunibert Jochum, Schützenstraße 54, 5240 Betzdorf, bestellt worden.

Gegen den Antragsteller ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Außenstände sind von den Schuldnern des Antragstellers bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Vergleichsverwalter zu entrichten. Zahlungen an den Antragsteller selbst dürfen nicht mehr erfolgen.

Der Antragsteller darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Vergleichsverwalters verfügen und Verbindlichkeiten jeder Art nur mit dessen Zustimmung eingehen.

6340 Dillenburg, 28. 1. 1980
Amtsgericht

447

3 VN 1/80: Frau Erika Schäfer, Inhaberin der Firma Erika Schäfer, Damenoberbekleidung, Steinweg 4-6, Berkatal 1, im Handelsregister nicht eingetragen, hat am 28. Januar 1980 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gem. § 1 der Vergleichsordnung beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Steuerbevollmächtigte Rolf Herrmann, Reichensächser Str. 17a, 3440 Eschwege, bestellt, dem die in § 57 Vergleichsordnung erwähnten Befugnisse eines Vergleichsverwalters bezüglich der Kassenführung und Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten übertragen werden.

Sogleich wird heute, am 31. Januar 1980, 14.30 Uhr, gegen die Antragstellerin auf Grund des § 12 i.V.m. § 59 Vergleichsordnung ein Allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an die Antragstellerin dürfen nicht mehr erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.

3440 Eschwege, 31. 1. 1980 Amtsgericht

448

3 VN 2/80: Die Firma ALUSTAHL Aluminium und Stahlbau GmbH, Brodberg, 6443 Sontra, Verwaltung: Schützenplatz 9, 6440 Bebra, hat am 31. Januar 1980 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gem. § 1 der Vergleichsordnung beantragt.

Zum vorläufigen Verwalter wird der Steuerbevollmächtigte Rolf Herrmann, Reichensächser Str. 17a, 3440 Eschwege, bestellt, dem die in § 57 Vergleichsordnung erwähnten Befugnisse eines Vergleichsverwalters bezüglich der Kassenführung und Mitwirkung bei der Eingehung von Verbindlichkeiten übertragen werden.

Zugleich wird heute, den 31. Januar 1980, 13.40 Uhr, gegen die Antragstellerin auf Grund des § 12 i.V.m. § 59 Vergleichsordnung ein Allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten. Zahlungen an die Antragstellerin dürfen nicht mehr erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensstücke nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen. Weitere Auflagen bleiben vorbehalten.

3440 Eschwege, 31. 1. 1980 Amtsgericht

449

81 N 309/74: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Musicland Schallplatten-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Grüneburgweg 130, 6000 Frankfurt am Main, jetzt Burgstraße 80, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt und der Schlusstermin auf Freitag, den 14. März 1980, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Den Konkursforderungen von 495 924,67 Deutsche Mark steht ein verfügbarer Massebestand von 60 923,95 DM gegenüber, von dem noch die Massekosten abgehen. Die nicht bevorrechtigten Konkursgläubiger erhalten somit keine Konkursquote.

6000 Frankfurt am Main, 28. 1. 1980

Der Konkursverwalter
Dr. H.-J. Keller
Rechtsanwalt

450

81 N 122/77 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Carl-Ludwigsen-Stiftung, rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main, vertreten durch ihren Notvorstand alleinige Inhaberin der Firma Carl-Ludwigsen, Metallschmelzwerk und Metallgroßhandel, Altkönigstraße 2, 6369 Niederdorfelden, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Anhörung über die Einstellung des Verfahrens nach § 204 KO auf den 26. Februar 1980, 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer Nr. 137, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 38 000,— DM zuzüglich Ausgleich nach § 4 Abs. 5 Vergütungsverordnung; Auslagen 1 816,80 DM zuzüglich 13 Prozent Mehrwertsteuer.

6000 Frankfurt am Main, 25. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 81

451

81 VN 2/78 — **Beschluß:** Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der PUROLATOR SERVICES Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Thüringer Straße 3, 6000 Frankfurt am Main 1, mit Zweigniederlassungen bzw. Betriebsstätten in:

Berner Str. 101	6000 Frankfurt am Main 56
Ringstr. 30-36	5000 Köln 50
Borsteler Chaussee Nr. 85-99	2000 Hamburg 61
Dornierstr. 8	3000 Hannover-Vahrenheide

Kazmairstr. 18	8000 München 28
Lindenstr. 76 III	1000 Berlin 61
Ulmer Str. 172	7000 Stuttgart 1
Rendsburger Landstraße 162	2300 Kiel-Hassee
Annstr. 11	6500 Mainz
Bettenhäuser Str. 24	3501 Niestetal
Gaschhübel	6600 Saarbrücken
Hannoversche Straße 72	4600 Dortmund

Wittenberger Str. 5	2800 Bremen
Hafelhofweg 2	8000 München 82
Leyherstr. 56	8500 Nürnberg
Max-Planck-Str. 4	8710 Kitzingen
Hansastr. 20	7500 Karlsruhe-Rheinhafen

Opelstr. 15	6082 Mörfelden
Handelshafen-Lagerhauskai	5000 Köln 60

wird aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß die Schuldnerin den im Termin vom 4. Juli 1978 angenommenen und bestätigten Vergleich erfüllt hat, § 96 Abs. IV, VII VglO.

6000 Frankfurt am Main, 28. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 81

452

81 N 514/78 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der HWG HELLWIG WERBUNG Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Werrastraße 4, 6000 Frankfurt am Main 80, vertreten durch ihren Geschäftsführer Winfried Lipfert, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 26. Fe-

bruar 1980, 8.55 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

6000 Frankfurt am Main, 25. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 81

453

VN 2/77: In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Jourdan GmbH Gelnhausen, vertreten durch ihre Geschäftsführer Dipl.-Architekt Heinrich Jourdan und Dipl.-Ing. Klaus Jourdan, Seestraße 23, 6460 Gelnhausen, ist die Überwachung der Vergleichserfüllung beendet.

6460 Gelnhausen, 24. 1. 1980 Amtsgericht

454

4 N 9/75: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Wilhelm Henninger und Sohn KG in 6253 Hadamar ist mangels Masse eingestellt.

6253 Hadamar, 25. 1. 1980 Amtsgericht

455

42 N 81/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Werner Gentz in Hanau am Main, In den Türkischen Gärten 7, wird die Vergütung des Konkursverwalters auf 13 100,— DM, seine Auslagen auf 604,20 DM festgesetzt.

6450 Hanau, 29. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 42

456

42 N 10/80: Über das Vermögen der Firma Druck und Verlag Maintal Zeitung-GmbH, Kantsstraße 1-3, 6457 Maintal 1, Geschäftsführer: Herr Carl Jürgen Landeck, Mudweg 3, 8750 Aschaffenburg, wird heute, am 31. Januar 1980, 10.50 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin zahlungsunfähig und überschuldet ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Hans Friederichsen, Bahnhofstraße 47, 6457 Maintal 1.

Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1980 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen Freitag, den 21. März 1980, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in 6450 Hanau am Main, Nußallee Nr. 17, I. Stockwerk, Zimmer 161 B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 2. März 1980 anzeigen.

6450 Hanau, 31. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 42

457

65 N 25/79: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Mani Freizeitkleidung Fischer und Million OHG in Kassel, früher Parkstraße 31 a, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 13. Mai 1980, 12.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt worden.

3500 Kassel, 11. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 65

458

65 N 68/79: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers **Christian Carl, Inhaber der Firma Georg Carl u. Sohn in Schauenburg II, Raiffeisenstraße 16 (HRA 8113)**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 4. März 1980, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.
3500 Kassel, 3. 1. 1980 **Amtsgericht, Abt. 65**

459

5 N 10/78: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters **Adolf Maschke, Niederrheinische Str. 18, 3570 Stadallendorf**, ist Schlußtermin gem. § 162 KO auf Mittwoch, 19. März 1980, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Saal 20, bestimmt.

Weitere Tagesordnung: Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses und Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

3575 Kirchhain, 31. 1. 1980 **Amtsgericht**

460

9 N 48/79: Das im Konkursverfahren AOK Frankfurt am Main / **Firma Bauko GmbH**, vertreten durch Werner Kusche, erlassene Veräußerungsverbot ist nach Ablehnung des Konkursöffnungsverfahrens mangels Masse aufgehoben worden.
6240 Königstein im Taunus, 21. 1. 1980 **Amtsgericht**

461

3 N 5/74: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des zuletzt in Berliner Ring Nr. 164, Dreieich, ansässigen **Karl-Friedrich Kiefer** soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 117 522,80 DM zuzüglich Zinsen.

Ab gehen das restliche Honorar sowie die Auslagen für den verstorbenen Konkursverwalter, Rechtsanwalt Hans-Helmut Wentzel, Langen, sowie Honorar und Auslagen des jetzigen Konkursverwalters.

Zu berücksichtigen sind 53 308,— DM bevorrechtigte Forderungen und 528 424,40 Deutsche Mark nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten bei dem Amtsgericht 6070 Langen, Darmstädter Str. 27, Zimmer 19, aus.

Schlußtermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 13. März 1980, 10.00 Uhr, beim Amtsgericht Langen, Zimmer 28.

6070 Langen, 29. 1. 1980

Der Konkursverwalter
Dr. Manfred W. Lind
Rechtsanwalt und Notar

462

7 N 3/79: Im Konkurs über das Vermögen der Firma **Konor Verlag GmbH, Am Kirscheck 7, 6072 Dreieich**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Sigmund Joachim Kurzweil, Am Kirscheck 7, 6072 Dreieich, ist Schlußtermin bestimmt auf Donnerstag, den 20. März 1980, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße Nr. 27, Saal 20.

Der Termin dient der Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 1 431,34 DM, seine Auslagen werden auf 143,— DM festgesetzt.

6070 Langen, 31. 1. 1980 **Amtsgericht**

463

N 3/79: Über das Vermögen der Firma **Mass-Bau Massiv Montagebau Gesellschaft für individuellen Fertigbau mit beschränkter Haftung**, vertreten durch ihren Geschäftsführer Helmut Christoph Dierlamm, Bahnhofstraße 62, 6420 Lauterbach, ist am 31. Januar 1980, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter ist Steuerberater K.E. Gärtner, Lindenstraße 28 in 6400 Fulda.

Konkursforderungen sind bis zum 2. April 1980 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 137 KO bezeichneten Gegenstände, Mittwoch, 27. Februar 1980, 10.00 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen, Mittwoch, 16. April 1980, 10.00 Uhr, im Amtsgericht in Lauterbach, Königsberger Straße 8, 1. Stockwerk, Zimmer 103.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 2. April 1980 anzeigen.
6420 Lauterbach, 31. 1. 1980 **Amtsgericht**

464

7 N 2/80 — **Beschluß**: Über das Vermögen der Firma **Innenausbau Scholz GmbH in Limburg-Eschhofen, Bahnhofstraße 47**, vertreten durch die Geschäftsführer Heinz Baltus, Wiesenweg 36 in 6106 Heusenstamm, und Eberhard Striffler, Winzerstraße 32 in 8752 Goldbach, wird heute, am 1. Februar 1980, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Geschäftsführer der Schuldnerin dies beantragt und glaubhaft gemacht haben, daß die Schuldnerin zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Arno Scheunert in Weilburg, Wilhelmstraße 9. Konkursforderungen sind bis zum 7. März 1980 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Mittwoch, 19. März 1980, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Limburg, Schiede 14, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 14.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 7. März 1980 anzeigen.
6250 Limburg a. d. Lahn, 1. 2. 1980 **Amtsgericht**

465

5 N 1/75 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Weißbindermeisters **Reinhold Pfannkuch** in Nidda ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung der Gläubigerausschußmitglieder ist auf je 400,— DM festgesetzt

worden; die Vergütung des Konkursverwalters und die ihm zu erstattenden Auslagen wurden gem. dem im Schlußtermin verkündeten Beschluß festgesetzt.
6478 Nidda, 28. 1. 1980 **Amtsgericht**

466

1 VN 1/79: Über das Vermögen der Firma **Robert Kapeller KG in 6363 Echzell-Bisses** sowie über das Vermögen des Komplementärs, Maurermeister **Uwe Karl Kapeller in 6363 Echzell-Bisses, Niddaer Straße 10**, ist am 31. Januar 1980, 10.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Clemens Budde, 6478 Nidda 1, Bismarckstraße Nr. 2.

Vergleichstermin: 13. März 1980, 9.30 Uhr, Zimmer 1 des Amtsgerichts Schloßgasse 23.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden.

Eröffnungsantrag nebst Anlagen und das Ermittlungsergebnis liegen auf Zimmer Nr. 14 zur Einsicht der Beteiligten aus.

6478 Nidda, 31. 1. 1980 **Amtsgericht**

467

7 N 118/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Joh. Paul & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6053 Obertshausen, Hochstraße 11 bis 13**, gesetzlich vertreten durch den Liquidator, den Kaufmann Willy Spengler, Schloßgartenstraße 53, 6100 Darmstadt, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin anberaumt auf Mittwoch, 5. März 1980, 11.00 Uhr, Luisenstraße 16 (Geb. D), Saal 824.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über das Honorar der Mitglieder des Gläubigerausschusses und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 4 799,62 DM, die baren Auslagen auf 4 799,11 DM festgesetzt.
6050 Offenbach am Main, 24. 1. 1980 **Amtsgericht**

468

7 N 119/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Plastica Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 6053 Obertshausen, Hochstraße 11—13**, gesetzlich vertreten durch den Liquidator, den Kaufmann Willy Spengler, Schloßgartenstraße 53, 6100 Darmstadt, wird Schlußtermin anberaumt auf Mittwoch, den 5. März 1980, 11.00 Uhr, Luisenstraße Nr. 16 (Geb. D), Saal 824.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über nicht verwertbare Vermögensstücke und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 30 331,— DM, die baren Auslagen auf 1 516,55 DM festgesetzt.
6050 Offenbach am Main, 24. 1. 1980 **Amtsgericht**

469

7 N 29/80: Über das Vermögen der Frau **Doris Schickel geb. Jäger, Max-Planck-Straße 11, 6057 Dietzenbach**, Inhaberin der

im Handelsregister eingetragenen Einzel-firma **Schickel-Accessoires, Inhaberin Doris Schickel, Kirchhornstr. 37, 6057 Dietzenbach**, wird heute, am Dienstag, dem 29. Januar 1980, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dorn-Zachertz, Berliner Straße 77, 6050 Offenbach am Main.

Konkursforderungen sind bis 29. Februar 1980 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Dienstag, den 4. März 1980, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Dienstag, den 15. April 1980, 9.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Geb. D, Luisenstr. 16, Saal 824.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 29. Februar 1980.

6050 Offenbach am Main, 29. 1. 1980

Amtsgericht

470

VN 1/80 — **Beschluß:** Die Firma **Hans Best** (eingetragen im Handelsregister des AG Schwalmstadt in Abt. A Nr. 1289) **Schrecksbach, Inhaberin Maria Best**, hat am 28. Januar 1980 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses gem. § 1 der VergIO beantragt. Zum vorläufigen Verwalter wird Herr **Egon Kretschmer, Hannover, Alexanderstraße 2**, bestellt.

Zugleich wird heute, 12.00 Uhr, gegen die Antragstellerin auf Grund des § 12 i. V. m. § 59 VergIO ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Außenstände sind von den Schuldnern der Antragstellerin bei Fälligkeit sofort an den vorläufigen Verwalter zu entrichten.

Zahlungen an die Antragstellerin dürfen nicht mehr erfolgen.

Die Antragstellerin darf über Vermögensgegenstände nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen und Verbindlichkeiten nur mit dessen Zustimmung eingehen.

3578 Schwalmstadt, 28. 1. 1980

Amtsgericht

471

3 N 9/80: Über das Vermögen der Firma **Optex Produktionsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Wetzlar, Langgasse Nr. 66**, vertreten durch ihren Geschäftsführer **Optikermeister Gregor Fuess, Stettiner Straße 2, 6336 Solms-Oberndorf**, wird heute, am 24. Januar 1980, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Allgemeine Ortskrankenkasse Wetzlar eine Forderung glaubhaft gemacht und den notwendigen Kostenvorschuß eingezahlt hat und die Firma zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Jan Thomas Lang, Wetzlar, Konrad-Adenauer-Promenade 5**.

Konkursforderungen sind bis zum 26. Februar 1980 zweifach beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen Mittwoch, den 12. März 1980, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Wetzlar, Wertherstraße 2, 2. Stockwerk, Zimmer 208.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 18. Februar 1980 anzeigen.

Es wird Post- und Telegrafensperre angeordnet, die sich nicht auf Sendungen der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und des Konkursverwalters erstreckt.

6330 Wetzlar, 25. 1. 1980

Amtsgericht

472

62 N 59/75 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 14. Februar 1975 in Wiesbaden verstorbenen, in Wiesbaden, Sonnenberger Straße 22, wohnhaft gewesenen Kaufmanns **Steffen Heinz Joachim Klapper** wird die Gläubigerversammlung auf Mittwoch, den 12. März 1980, 10.00 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung: Bericht des Konkursverwalters, Prüfung nachgemeldeter Forderungen, Anhörung der Gläubigerversammlung zu einer vom Konkursverwalter mit der VAW Leichtmetall GmbH abzuschließenden Vereinbarung, Verschiedenes.

6200 Wiesbaden, 28. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 62

473

62 N 114/75 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fliesenlegermeisters **Ottmar Kober, Wiesbaden-Bierstadt, Fichtenweg 5**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf Mittwoch, den 12. März 1980, 9.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 5 000,— DM, die zu erstattenden Auslagen werden auf 117,— DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 28. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 62

474

62 N 126/77 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der Hausfrau **Gertrud Kahrweg, Wiesbaden, Jahnstraße 36**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf Mittwoch, den 5. März 1980, 14.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger zur Erstattung der Auslagen und Festsetzung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 4 500,— DM, die zu erstattenden Auslagen werden auf 72,20 DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 25. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 62

475

62 N 126/77: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 28. März 1977 verstorbenen geschiedenen Hausfrau **Ger-**

trud Wilhelmine Kahrweg, geb. Hübner, geb. am 2. März 1899 in Essen, zuletzt wohnhaft gewesen in Wiesbaden, Jahnstraße 36, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 20 504,42 DM.

Abgehen Honorar und Auslagen des Konkursverwalters sowie restliche Gerichtskosten und evtl. Massekosten.

Zu berücksichtigen sind nicht bevorrechtigte Forderungen von 76 897,11 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsichtnahme der Beteiligten beim Amtsgericht Wiesbaden, Zimmer 243, aus.

6200 Wiesbaden, 29. 1. 1980

Der Konkursverwalter

Albrecht Assig

Rechtsanwalt · Steuerberater

476

62 N 95/78 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß des **Klaus Peter Rauschenberger, Wiesbaden-Biebrich, Elise-Kirchner-Straße 6**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6200 Wiesbaden, 30. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 62

477

62 N 5/80: Über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma e-c-einrichtungsgesellschaft GmbH u. Co. KG., Möbel-Vertriebsgesellschaft mit dem Sitz in Wiesbaden**, gesetzlich vertreten durch die pHG. e-c-einrichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Wiesbaden i. L., diese gesetzlich vertreten durch den Abwickler **Dipl.-Kfm. Helmut Schön, Schubertstraße 37, 6750 Kaiserslautern**, — eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Wiesbaden unter HRA 2228 —, wird heute, am 4. Februar 1980, 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Jürgen Reinemer, Goerdelerstr. 2, 6200 Wiesbaden**.

Anmeldungen (doppelt) bis 24. März 1980.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 2. April 1980, 9.00 Uhr, Zimmer 243.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. März 1980.

6200 Wiesbaden, 4. 2. 1980

Amtsgericht, Abt. 62

478

62 N 9/80: Über den Nachlaß der verwitweten Hausfrau **Gertrude Ruckdeschel geb. Klempt, geboren am 2. Februar 1915, zuletzt wohnhaft gewesen Goebenstraße Nr. 20, 6200 Wiesbaden**, verstorben am 28. August 1979 in Wiesbaden, wird heute, am 31. Januar 1980, um 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Haus- und Vermögensverwalter **Hans von Briel, Kaiser-Friedrich-Ring 47, 6200 Wiesbaden**.

Anmeldungen (doppelt) bis 18. März 1980.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Mittwoch, dem 26. März 1980, 9.00 Uhr, Zimmer 243.

6200 Wiesbaden, 31. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 62

479

N 19/78 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Heyde Frischmilch-Produkte Vertriebs-GmbH, Balhorn, Königsstraße 21**, wird Schlußtermin auf den 13. März 1980, 10.00 Uhr, im Amtsgericht Wolfhagen, Zimmer 13, bestimmt.

Der Termin dient der Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters

sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Eine Schlußverteilung findet nicht statt, Aktivvermögen ist nicht vorhanden.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 100,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 300,— DM festgesetzt.
3549 Wolfhagen, 30. 1. 1980 **Amtsgericht**

Zwangsvorsteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

480

K 20/76: Die im Grundbuch von Nieder-Ohmen, Bezirk Alsfeld, Band 30, Blatt Nr. 1349, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 73, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 2, Flurstück 26, Gartenland, Untergasse, Größe 10,56 Ar,

lfd. Nr. 78, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 2, Flurstück 66/2, Betriebsgelände, Grubenbacher Straße, Größe 3,55 Ar,

lfd. Nr. 82, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 2, Flurstück 80/3, Hof- und Gebäudefläche, Grubenbacher Straße 37, 39, 41, 43, Größe 48,35 Ar,

lfd. Nr. 85, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 9, Flurstück 115, Grünland, Am Lannes, Größe 63,59 Ar,

lfd. Nr. 88, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 16, Flurstück 1, Wald (Holzung), Müllberg, Größe 55,79 Ar,

lfd. Nr. 96, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 16, Flurstück 28/4, Grünland, Müllerberg, Größe 7,56 Ar,

lfd. Nr. 118, Gemarkung Nieder-Ohmen, Flur 20, Flurstück 4, Grünland, Am Fuchsgraben, Größe 32,05 Ar,

sollen am 9. Mai 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 17, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. 9. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karl Philippi in Nieder-Ohmen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 22. 1. 1980 **Amtsgericht**

481

4 K 32/79: Die im Grundbuch von Wilms-hausen, Band 12, Blatt 363, eingetragene ideale Hälfte des Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wilms-hausen, Flur 2, Flurstück 12/47, Hof- und Gebäudefläche, Hardweg 26, Größe 12,05 Ar,

soll am Mittwoch, dem 23. April 1980, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 10. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Richard Rabenhorst, geb. 22. 5. 1927, Bensheim 4-Wilmshausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 25. 1. 1980 **Amtsgericht**

482

K 35/79: Das im Grundbuch von Dautphe, Band 23, Blatt 842, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dautphe, Flur 2, Flurstück 122/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Kindergarten 3, Größe 10,00 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. April 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf/Lahn, Hainstraße 72, Sitzungssaal 2, im Nebengebäude Hainstraße 70, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 9. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schleifer Eduard Geis und seine Ehefrau Helene Geis geborene Brinkmann, beide in Dautphe, — je zur Hälfte —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 23. 1. 1980 **Amtsgericht**

483

K 33/76: Die im Grundbuch von Bonbaden, Band 55, Blatt 851, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bonbaden, Flur Nr. 19, Flurstück 117/1, Abbau- und Ziegelei, Driesch, Größe 41,20 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bonbaden, Flur Nr. 19, Flurstück 74, Ackerland (Abbau- und Ziegelei), Auf der Langsohl, Größe 26,44 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 23. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels (Sitzungssaal), Gerichtsstraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. 12. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Irmgard Hanusch, Wetzlar.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

für Grundstück Nr. 1 auf 521 843,— DM, für Grundstück Nr. 2 auf 15 479,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 1. 2. 1980

**Amtsgericht Wetzlar,
Zweigstelle Braunfels**

484

K 9/79: Die im Grundbuch von Braunfels, Band 88, Blatt 1697, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Braunfels, Flur Nr. 1, Flurstück 194, Bauplatz, Meisenweg Nr. 5, jetzt Hof- und Gebäudefläche, Größe 6,08 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Braunfels, Flur 1, Flurstück 197/4, Bauplatz, Vor der Wintersburg, Größe 0,17 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 9. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 3. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Horst Armin Nawrath, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a ZVG festgesetzt auf 209 300,— DM

für Grundstück Nr. 1, 2 210,— DM für Grundstück Nr. 2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 5. 2. 1980

**Amtsgericht Wetzlar,
Zweigstelle Braunfels**

485

2 a K 10/79: Die im Grundbuch von Gedern, Band 71, Blatt 3190, eingetragene ideale Hälfte des Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gedern, Flur 4, Flurstück 111/9, Grünland, Erleswiesen, Größe 17,29 Ar, die der Eigentümerin am 26. September 1975 aufgelassen worden ist,

soll am Montag, dem 21. April 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 3. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ursula Schleucher geb. Schindelbeck, 6451 Neuberg 1.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 1. 2. 1980 **Amtsgericht**

486

61 K 253/76: Das im Grundbuch von Seeheim, Band 85, Blatt 3461, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Seeheim, Flur 6, Flurstück 96, Bauplatz, Breslauer Straße, Größe 44,27 Ar,

soll am 5. Mai 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 9. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Heinz Friedrich Helmut Mäger, geb. 27. 3. 1918, Seeheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 31. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 61

487

61 K 100/78: Die im Grundbuch von Wembach-Hahn, Band 12, Blatt 529, eingetragenen halben Miteigentumsanteile an den Grundstücken der Gemarkung Wembach-Hahn,

lfd. Nr. 6, Flur 1, Flurstück 522, Abbau- und Ackerland, Das Fuchsloch, Größe 29,16 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 1, Flurstück 230/4, Betriebsgelände (lt. Schätzung auch: Hof- und Gebäudefläche), Ziegelhüttenweg 1, Größe 177,74 Ar,

sollen am 2. Juni 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin der halben Anteile am 26. 7. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ottillie Mölter geb. Ewald, Wembach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 25. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 61

488

61 K 156/79: Der im Grundbuch von Alsbach, Band 52, Blatt 2647, eingetragene halbe Anteil an dem Grundstück

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Alsbach, Flur 2, Flurstück 438, Lieg.-B. 1753, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstr. 25, Größe 1,36 Ar, soll am 26. Juni 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer des halben Anteils am 19. 10. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Mechaniker Ulrich Kaiser, Alsbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 28. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 61

489

31 K 109/76: Die im Grundbuch von Dieburg, Band 146, Blatt 6145, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 779, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstraße 5, Größe 4,29 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 782, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstraße, Größe 0,65 Ar,

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 783, Hof- und Gebäudefläche, Klosterstraße 7, Größe 2,81 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 778, Hof- und Gebäudefläche, Steinstraße 9, Größe 3,06 Ar,

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Dieburg, Flur 1, Flurstück 777, Hof- und Gebäudefläche, Steinstraße 7, Größe 2,81 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 27. März 1980, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 12. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kauffrau Monika Albusberger.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 350 000,— Deutsche Mark.

Einzelwerte:

Grundstück Nr. 1 =	1 372 400,— DM,
Grundstück Nr. 2 =	200 000,— DM,
Grundstück Nr. 3 =	899 200,— DM,
Grundstück Nr. 4 =	979 200,— DM,
Grundstück Nr. 5 =	899 200,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 25. 1. 1980

Amtsgericht

490

31 K 65/78: Das im Grundbuch von Ober-Klingen, Band 26, Blatt 1254, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ober-Klingen, Flur 1, Flurstück 163, Grünland, Im Dorf, Größe 7,95 Ar; Streuwiese, Im Dorf, Größe 5,05 Ar,

soll am Mittwoch, dem 9. April 1980, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer Nr. 12, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 2. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Svetislav Pejic und Anda Pejic geb. Ristic, — in Gütergemeinschaft nach jugoslawischem Recht —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 23 100,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin ein Zehntel ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 25. 1. 1980

Amtsgericht

491

8 K 24/79: Das im Grundbuch von Oberscheld, Band 63, Blatt 2121, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Oberscheld, Flur Nr. 63, Flurstück 97, Grünland, In Tiefegrube, Größe 12,10 Ar,

soll am 14. April 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 8. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Versicherungskaufmann Wilhelm Becker, Mühlstr. 66, Darmstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4 235,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 31. 1. 1980

Amtsgericht

492

8 K 29/79: Das im Grundbuch von Rittershausen, Band 36, Blatt 1255, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rittershausen, Flur 30, Flurstück 40, Hof- und Gebäudefläche, Ortsstraße 20, Größe 2,22 Ar,

soll am 9. April 1980, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 9. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Dreher Manfred Sticher und Annegret geb. Schmitt, in Dietzhöltal-Ewersbach, Forststraße 27, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 85 772,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 28. 1. 1980

Amtsgericht

493

34 K 201/78 — Zwangsvollstreckung: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk Wallau, Band 34, Blatt 1320, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Wallau, Flur 21, Flurstück 66, Hof- und Gebäudefläche, Bleichstraße 9, Größe 5,57 Ar,

soll am 28. Mai 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 10. 1978 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kurt Lichtblau in Hofheim/Wallau, Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 83 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 21. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 34

494

5 K 61/78: Die im Grundbuch von Künzell, Band 52, Blatt 1752, eingetragenen Grundstücke und Grundstücksanteile

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Künzell, Flur 5, Flurstück 34/18, Lieg.-B. 1291, Bauplatz, Fuldaer Straße, Größe 0,23 Ar, (Wert: 345,— DM),

Ifd. Nr. 3/zu 1.2: $\frac{1}{7}$ (ein Siebtel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Künzell, Flur 5, Flurstück Nr. 34/26, Lieg.-B. 1285, Weg, Fuldaer Straße, Größe 0,03 Ar, (Wert: 14,— DM),

Ifd. Nr. 4/zu 1.2: $\frac{1}{7}$ (ein Siebtel) Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Künzell, Flur 5, Flurstück Nr. 34/19, Lieg.-B. 1285, Weg, Fuldaer Straße, Größe 3,36 Ar, (Wert: 1 440,— DM), Ifd. Nr. 5, Gemarkung Künzell, Flur 5, Flurstück 34/24, Lieg.-B. 1291, Hof- und Gebäudefläche, Fuldaer Straße 13a, Größe 1,47 Ar, (Wert: 97 373,— DM),

sollen am 27. März 1980, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königstraße 38, Zimmer 210, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 1. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ehefrau Ingrid Rützel, geb. Schulthes, in Künzell.

Der Verkehrswert der Grundstücke und der Grundstücksanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie bei den Ifd. Nrn. angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6400 Fulda, 1. 2. 1980

Amtsgericht

495

K 45/79 — Beschluß: Der im Grundbuch von Meerholz, Band 55, Blatt 1394, eingetragene frühere Grundstücksanteil zur Hälfte des Manfred Bianga,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Meerholz, Flur 10, Flurstück 73/10, Hof- und Gebäudefläche, Am Schloßgarten 44, Größe 5,67 Ar,

soll am Freitag, dem 28. März 1980, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Str. 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 8. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Evelin Bianga geb. Schön, 6460 Gelnhausen-Meerholz.

Der Wert des Grundstücks für den halben Anteil ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 127 856,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 28. 1. 1980

Amtsgericht

496

K 51/78 und 44/79 — Beschluß: Das im Grundbuch von Lieblos, Band 49, Blatt Nr. 1583, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Lieblos, Flur 8, Flurstück 151/2, Hof- und Gebäudefläche, Gelnhäuser Straße 9, Größe 2,54 Ar,

soll am Freitag, dem 28. März 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. 9. 1978 und 6. 7. 1979 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Eheleute Bäckermeister Fritz Kaus und Sieglinde Kaus geb. Wipler, Gründau-Lieblos, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 150 240,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 28. 1. 1980

Amtsgericht

497

K 62/79 — Beschluß: Das im Grundbuch von Neuenhaßlau, Band 56, Blatt 1469, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Neuenhaßlau, Flur 13, Flurstück 51/1, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenstraße 2, Größe 6,01 Ar,

soll am Freitag, dem 28. März 1980, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 9. 1979
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Johannes Wilhelm Schiesser in Hasselroth-Neuenhaßlau.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 69 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 31. 1. 1980 Amtsgericht

498

42 K 105/79: Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Groß-Steinheim, Band 79, Blatt 3008, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Steinheim, Flur 1, Flurstück 54/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Albanusweinberg 11, Größe 4,15 Ar,

am 15. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, 6450 Hanau, Nußallee 17, Zimmer 161 B, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 9. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Picard, Tien Nio gen. Lien geb. Tan, Witwe, geb. am 26. 8. 1927, Rodenbach,
b) Picard, Ilse Emma, geb. am 7. 9. 1943, München,

c) Lange, Inge Annelene geb. Picard, geb. am 29. 4. 1945, Neuss,

d) Picard, Angelin, Arzthelferin, geb. am 9. 9. 1957, Rodenbach,

e) Picard, Antoni, geb. am 23. 10. 1958, Rodenbach,

— zu a) bis e) in Erbengemeinschaft —.
Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 284 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 28. 1. 1980 Amtsgericht, Abt. 42

499

1 K 19/79: Das im Grundbuch von Waldaubach, Band 16, Blatt 520, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Waldaubach, Flur 4, Flurstück 257, Hof- und Gebäudefläche, Siedlung Haus Nr. 74, Größe 5,74 Ar,

soll am 18. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herbhorn, Westerdorfstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 5. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Krafftahner Josef Zerlik in 6348 Herbhorn-Waldaubach, Birkenweg 3.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 99 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6348 Herbhorn, 31. 1. 1980 Amtsgericht

500

64 K 170/78: Die Miteigentumshälften des im Grundbuch von Breitenbach, Band Nr. 45, Blatt 1240, eingetragenen Grundstücks Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breitenbach, Flur Nr. 14, Flurstück 158, Lieg.-B. 867, Hof- und Gebäudefläche, Goethestraße 4, Größe 8,74 Ar,

sollen am 29. April 1980, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 11. 1978 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Lothar Sauer, geb. am 1. 4. 1926, Schauenburg,

b) Lotte Sauer geb. Lippold, geb. am 26. 6. 1927, Schauenburg,

— je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 23. 1. 1980 Amtsgericht, Abt. 64

501

64 K 191/78: Der im Wohnungsgrundbuch von Kirchditmold, Band 134, Blatt 4022, im Bestandsverzeichnis unter lfd. Nr. 1 eingetragene Miteigentumsanteil zu 97,88 Tausendstel an dem Grundstück

Gemarkung Kirchditmold, Flur E, Flurstück 888/283, Lieg.-B. 2769, Hof- und Gebäudefläche, Kirchweg 77, Größe 5,38 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Aufteilungsplan bezeichnet mit 9, wegen des Gegenstandes und Inhalts des Sondereigentums unter Bezugnahme auf die Bewilligung vom 23. März 1975,

soll am 27. Mai 1980, 14.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 9, Zimmer 023 (Sockelgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 28. 8. 1979 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Werner Köther, Kassel.

Der betroffene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (Blatt 4014 bis 4021 und 4023) beschränkt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 30. 1. 1980

Amtsgericht, Abt. 64

502

1 K 47/78: Die im Grundbuch von Dalwigkthal, Band 6, Blatt 158, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 1, Flurstück 9, Wasserfläche (Brunnen), Die Orke, Größe 0,04 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 1, Wald, Die Selbergsseite, Größe 1103,04 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 2, Wald, Die Selbergsseite, Größe 1526,85 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 3, Wald, Der Dachsbau, Größe 2103,29 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 5, Wald, Am Kirchwege, Größe 1967,90 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 6, Wald, Der Domgrund, Größe 48,85 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 7, Laubwald, Mischwald, Nadelwald, Wald, Grünland, Unland (Hecke), Weg, Der Zimmerplatz, Größe 2262,75 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 8, Wald, Grünland, Der Kälbergrund, Größe 28,71 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 18, Wald, Der erste Zieglerkopf, Größe 66,50 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 19, Wald, Der Lochacker, Größe 36,52 Ar,

lfd. Nr. 19, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 92/15, Wald, Acker, Der erste Zieglerkopf, Größe 11,47 Ar,

lfd. Nr. 22, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 93/17, Wald, Garten, Der große Mühlenberg, Größe 490,09 Ar,

lfd. Nr. 23, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 32, Wald, Auf den Brüchen, Größe 2605,56 Ar,

lfd. Nr. 24, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 71/31, Wald, Die Selbergsseite, Größe 1756,77 Ar,

lfd. Nr. 27, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 111/22, Wald, Der Mühlenberg, Größe 299,09 Ar,

lfd. Nr. 28, Gemarkung Rhadern, Flur 2, Flurstück 54, Wald, In der Selbecke, Größe 6,40 Ar,

lfd. Nr. 30, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 155/33, Hutung (NK 1940), Nadelwald, Über der Brühbecke, Größe 2447,49 Ar,

lfd. Nr. 37, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 167/0.32, Grünland, Wiese, Auf den Brüchen, Größe 99,50 Ar,

lfd. Nr. 39, Gemarkung Münden, Flur 27, Flurstück 3, Grünland, Unland (Hecke), Im Brandhagen, Größe 80,93 Ar,

lfd. Nr. 40, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 3, Wald, Vor dem Selberge, Größe 915,13 Ar,

lfd. Nr. 41, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 4, Wald, Vor dem Selberge, Größe 288,96 Ar,

lfd. Nr. 42, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 70/8, Grünland, Vor dem Selberge, Größe 179,33 Ar,

lfd. Nr. 43, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 5, Acker, Grünland, Vor dem Selberge, Größe 69,68 Ar,

lfd. Nr. 44, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 6/1, Acker, Grünland, Wasserfläche (Sumpf), Vor dem Selberge, Größe 83,85 Ar,

lfd. Nr. 45, Gemarkung Münden, Flur 2, Flurstück 13/2, Ackerland, Wiese, Im Ahfeld, Größe 50,00 Ar,

lfd. Nr. 48, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 17/7, Wald (Holzung), Der große Mühlenberg, Größe 30,51 Ar,

lfd. Nr. 55, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 9/1, Wald, Der zweite Zieglerkopf, Größe 2357,57 Ar,

lfd. Nr. 57, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 10/1, Grünland, Der Zieglergrund, Größe 15,64 Ar,

lfd. Nr. 59, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 14/1, Laubwald, Mischwald, Nadelwald, Der erste Zieglerkopf, Größe 1285,43 Ar,

lfd. Nr. 61, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 6, Flurstück 3, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Grünland, Unland, Der Kampf, Haus Nr. 20, Größe 126,56 Ar,

lfd. Nr. 62, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 6, Flurstück 11, Grünland, Die Hute, Größe 89,40 Ar,

lfd. Nr. 63, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 6, Flurstück 37, Hof- und Gebäudefläche, Friedhof, Dalwigkthal, Haus Nr. 14, Größe 6,68 Ar,

lfd. Nr. 64, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 7, Flurstück 8, Ackerland, Am langen Zaune, Größe 99,94 Ar,

lfd. Nr. 65, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 6/3, Ackerland, Grünland, Vor dem Selberge, Größe 8,58 Ar,

lfd. Nr. 68, Gemarkung Münden, Flur 26, Flurstück 36/2, Mischwald, Vor dem Selberge, Größe 13,75 Ar,

lfd. Nr. 67, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 17/11, Grünland, Mischwald, Unland (Rain), Unland (Hecke), Der große Mühlenberg, Größe 130,65 Ar,

lfd. Nr. 68, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 21/1, Ackerland, Nadelwald, Der kleine Mühlenberg, Größe 158,76 Ar,

lfd. Nr. 69, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 4/1, Nadelwald, Laubwald, Der Henzenkopf, Größe 3201,76 Ar,

lfd. Nr. 70, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 35/1, Mischwald, Laubwald, An der Steinkuhle, Größe 108,53 Ar,

lfd. Nr. 71, Gemarkung Dalwigkthal, Flur 3, Flurstück 40/25, Grünland, Nadelwald, Die Brühbecke, Größe 80,31 Ar,

sollen am Freitag, dem 25. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 11. 1978
(Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Oberfeldintendant a. D. Dr. Curt Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels, in Kassel-Wilhelmshöhe, Moselweg 16, — zu vier Zehntel ideellen Anteilen und zu einem Zehntel ideellem Anteil als Vorerbe —,

b) Fischereirat Dr. Hans-Bernd Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels, in Hannover 1, Fritz-Beindorff-Allee 1, — zu einem Zehntel ideellem Anteil und zu vier Zehntel ideellen Anteilen als befreiter Vorerbe —.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a ZVG wie folgt festgesetzt:

lfd. Nr. 1:	4,— DM
lfd. Nrn. 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 13, 14, 19, 22, 23, 24, 27, 28, 30, 37, 40, 41, 43, 44, 48, 55, 57, 59, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70 und 71	als forstwirtschaftliche Einheit
lfd. Nr. 39:	2 976 000,— DM
lfd. Nr. 42:	8 903,— DM
lfd. Nr. 45:	17 933,— DM
lfd. Nr. 46:	7 500,— DM
lfd. Nr. 61:	390 571,— DM
lfd. Nr. 62:	13 410,— DM
lfd. Nr. 63:	22 000,— DM
lfd. Nr. 64:	14 991,— DM
zusammen:	3 451 312,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3540 Korbach, 30. 1. 1980 **Amtsgericht**

503

7 K 123/76: Folgende Wohnungseigentumsrechte, bestehend in einem Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Flur 21, Nr. 156/6, Hof- und Gebäudefläche, Liebigstraße (jetzt Weserstraße 11), Größe 16,67 Ar, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Langen, und zwar:

a) 7 K 123/76 — 59/10 000 Miteigentumsanteil verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1254 bezeichneten Wohnung im 25. Obergeschoß nebst Abstellraum — Band 320, Blatt 13 170 —, Wert gem. § 74a ZVG: 145 000,— DM,

b) 7 K 125/76 — 17/10 000 Miteigentumsanteil verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1261 bezeichneten Wohnung im 26. Obergeschoß nebst Abstellraum — Band 321, Blatt 13 176 —, Wert gem. § 74a ZVG: 45 000,— DM,

c) 7 K 127/76 — 55/10 000 Miteigentumsanteil verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1263 bezeichneten Wohnung im 26. Obergeschoß nebst Abstellraum — Band 321, Blatt 13 178 —, Wert gem. § 74a ZVG: 145 000,— DM,

d) 7 K 129/76 — 69/10 000 Miteigentumsanteil verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1265 bezeichneten Wohnung im 26. Obergeschoß nebst Abstellraum — Band 321, Blatt 13 180 —, Wert gem. § 74a ZVG: 169 000,— DM,

e) 7 K 131/76 — 55/10 000 Miteigentumsanteil verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1276 bezeichneten Wohnung im 27. Obergeschoß nebst Abstellraum — Band 321, Blatt 13 185 —, Wert gem. § 74a ZVG: 145 000,— DM,

sollen am 24. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Str. Nr. 27, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 9. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Alpha-Bau-Gesellschaft mbH & Cie. in Langen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 15. 1. 1980 **Amtsgericht**

504

7 K 24/79 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Niederweimar, Band 31, Blatt 996, eingetragenen Grundstückshälften

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederweimar, Flur 3, Flurstück 45, Wald (Holzung), Fuchsbau, Größe 82,08 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 4100,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niederweimar, Flur 4, Flurstück 4, Wald (Holzung), Der Gebrannte Berg, Größe 124,23 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 6200,— DM,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niederweimar, Flur 4, Flurstück 12, Wald (Holzung), Weimarscher Kopf, Größe 124,23 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 6200,— DM,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niederweimar, Flur 9, Flurstück 25, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Größe 9,64 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Niederweimar, Flur 9, Flurstück 24, Hofraum, Im Dorf, Haus Nr. 63, Größe 1,17 Ar, Wertfestsetzung für lfd. Nr. 4 und lfd. Nr. 6 § 74 V ZVG zum halben Anteil: 146 000,— DM,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Niederweimar, Flur 1, Flurstück 31, Grünland, Am Kies, Größe 169,62 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 17 000,— DM,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Niederweimar, Flur 2, Flurstück 54, Ackerland, Unland, In der Ruhestätte, Größe 101,68 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 10 200,— DM,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Niederweimar, Flur 2, Flurstück 35, Ackerland, Steinmühle, Größe 186,01 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 28 000,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Niederweimar, Flur 2, Flurstück 68, Ackerland, Sandfluß, Größe 83,27 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 12 500,— DM,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Niederweimar, Flur 11, Flurstück 14, Ackerland, Kuhlacker, Größe 251,19 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 37 700,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Niederweimar, Flur 9, Flurstück 15, Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 63, Größe 0,32 Ar,

lfd. Nr. 23, Gemarkung Niederweimar, Flur 9, Flurstück 13/28, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 63, Größe 23,32 Ar, Wertfestsetzung für lfd. Nr. 5 und lfd. Nr. 23 § 74 V ZVG zum halben Anteil: 43 000,— DM,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Niederweimar, Flur 6, Flurstück 70/1, Ackerland und Grünland, Am Frankfurter Weg, Größe 96,57 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 14 500,— DM,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Niederweimar, Flur 3, Flurstück 46/1, Wald (Holzung), Fuchsbau, Größe 36,66 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 2000,— DM,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Niederweimar, Flur 6, Flurstück 249, Holzung, An der Frankfurter Straße, Größe 90,02 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 13 500,— DM,

lfd. Nr. 22, Gemarkung Niederweimar, Flur 5, Flurstück 66/43, Ackerland, Die Hainacker, Größe 138,48 Ar, Wertfestsetzung § 74 V ZVG zum halben Anteil: 138 500,— DM,

sollen am 8. Mai 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 3. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

2 b) Ronzheimer, Karl, geb. am 18. 5. 1941, Herborner Straße 62, 3556 Weimar I,

2 c) Matthäi, Christa, geb. Ronzheimer, geb. am 18. 5. 1948, Gießener Straße 12, 3555 Fronhausen,

2 d) Wenz, Erika, Klara, geb. Ronzheimer, geb. am 5. 11. 1950, Am Heier 16, 3556 Weimar-Roth, — zu 2 b) bis d) in Erbengemeinschaft zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie oben angegeben festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 3. 1. 1980 **Amtsgericht**

505

7 K 27/79 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Fronhausen, Band 58, Blatt 1738, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fronhausen, Flur Nr. 14, Flurstück 118/10, Hof- und Gebäudefläche, Keilsberg, Größe 6,59 Ar, soll am 17. April 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 5. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1b) Otremba verw. Metzger geb. Laukel, Liesel, Ehefrau, Fronhausen/Lahn, — zur Hälfte —,

2a) Otremba verw. Metzger geb. Laukel, Liesel, geb. 29. 8. 1925, Fronhausen, Kantstraße 30,

b) Baumann geb. Metzger, Christa, geb. 9. 3. 1946, Fronhausen, Kantstraße 30,

c) Metzger, Wolfgang Johannes, geb. 23. 8. 1958, Fronhausen, Kantstraße 30,

d) Scheld geb. Metzger, Marliese, geb. 29. 9. 1947, Fronhausen, Kantstraße 30,

e) Metzger, Bettina-Charlotta, geb. 24. 5. 1962, Fronhausen, Kantstraße 30,

f) Metzger, Klaus, geb. 29. 9. 1941, Niddatal, Wingertweg 5,

— in Erbengemeinschaft zur Hälfte —, Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 10. 1. 1980 **Amtsgericht**

506

7 K 51/79 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Roth, Band 43, Blatt 1099, eingetragene Grundstückshälfte

lfd. Nr. 1, Gemarkung Roth, Flur 10, Flurstück 133, Hof- und Gebäudefläche, Am Heier 17, Größe 8,92 Ar, soll am 24. April 1980, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße 48, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 8. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Christina Durkovic geb. Croll, Am Heier Nr. 17, 3556 Weimar-Roth, — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 100 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 10. 1. 1980 **Amtsgericht**

507

K 19/79: Das im Grundbuch von Fränkisch-Crumbach, Band 34, Blatt 1514, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fränkisch-Crumbach, Flur 5, Flurstück 186/14, Bauplatz, Auf dem Lohberg (bebaut), Größe 17,40 Ar,

soll am 10. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, Erbacher Str. Nr. 47, Zimmer 128, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 4. 1979
(Tag des Versteigerungsvermerks):

- 1a) Günther Klein,
b) Christina Klein geb. Ehrlich,
— je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a
Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 282 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“
wird hingewiesen.

6120 Michelstadt, 23. 1. 1980 **Amtsgericht**

508

1 K 26/79: Das im Grundbuch von Bo-
benhausen, AG-Bezirk Nidda, Band 11,
Blatt 566, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bobenhausen,
Flur 9, Flurstück 102/1, Hof- und Gebäude-
fläche, Mönchsfeldstraße 29, Größe 5,55 Ar,
soll am 8. Mai 1980, 9.30 Uhr, im Ge-
richtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Zim-
mer 1, durch Zwangsvollstreckung verstei-
gert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 7. 1979
(Tag des Versteigerungsvermerks):

1a) Helmut Rödling, Schreiner in Boben-
hausen, — zur Hälfte —,

b) dessen Ehefrau Inge Rödling geb.
Guschl, daselbst, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks wurde nach
§ 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 168 875,—
Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“
wird hingewiesen.

6478 Nidda, 23. 1. 1980 **Amtsgericht**

509

7 K 100/79: Durch Zwangsvollstreckung
soll der im Wohnungsgrundbuch von Of-
fenbach am Main, Band 453, Blatt 13 441,
eingetragene 950 Hunderttausendstel Mit-
eigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Offenbach am Main, Flur
Nr. 2, Flurstück 453/2, Hof- und Gebäude-
fläche, Mainstraße 121, Größe 47,90 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an
der im Aufteilungsplan mit Nr. 5061 be-
zeichneten Wohnung, beschränkt durch die
jeweils zu den anderen Miteigentumsan-

teilen gehörenden Sondereigentumsrechte,
am Donnerstag, dem 20. März 1980, 9.30
Uhr, durch das Amtsgericht Offenbach am
Main, Luisenstraße 16, Saal 824, verstei-
gert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 6.
1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. WBG Südwest Wohnbau GmbH &
Co. KG in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist
nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf
140 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am
Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“
wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 22. 1. 1980
Amtsgericht

510

7 K 145/79: Durch Zwangsvollstreckung
soll das im Grundbuch von Offenbach am
Main, Band 500, Blatt 14 860, eingetragene
Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach am
Main, Flur 8, Flurstück 120, LB 2417, Hof-

Krankenhausfinanzierungsgesetz und Bundespflegesatzverordnung

MIT KOMMENTAR

von Diplom-Volkswirt Dr. Hans Joachim Schlauß,
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes
der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) e. V.,

und Assessor Günter Bölke,
Geschäftsführender Direktor der Hessischen
Krankenhausgesellschaft, Frankfurt am Main.

Der Kommentar nimmt zu allen wichtigen Fragen und Problemen Stellung. Er ist hochaktuell!

Loseblattwerk, Format DIN A 5, derzeitiger Umfang
ca. 800 Seiten.

Preis des Grundwerkes einschl. Spezialordner
94,— DM (inkl. USt.).

Engel-Verlag · Dr. iur. Kurt Engel Nachf. · Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden

und Gebäudefläche, Sprendlinger Landstraße 118, Größe 10,68 Ar,

am Donnerstag, 27. März 1980, 8.30 Uhr, durch das Amtsgericht Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 10. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Philipp Schlapp OHG, Finanzierung und Immobilien, Aufbauorganisation, Offenbach am Main, seit 14. 1. 1980: Schlapp, Philipp, Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 950 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 24. 1. 1980

Amtsgericht

511

3 K 74/77: Die im Grundbuch von Wetzlar, Band 252, Blatt 8650, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 12, Flurstück 390/46, Hof- und Gebäudefläche, Kestnerstraße 6, Größe 4,60 Ar, Wert: 342 500,— DM,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wetzlar, Flur 12, Flurstück 531/46, Hof- und Gebäudefläche, Kestnerstraße 6, Größe 0,31 Ar, Wert: 1 550,— DM,

und die auf den Namen von Brigitte Winkelhaus im Grundbuch von Wetzlar, Band 63, Blatt 2533, eingetragene ideelle Hälfte an dem Grundstück

lfd. Nr. 8, Flur 41, Flurstück 20/4, Lieg.-B. 3372, Ackerland, An der Brühlsbacher Warte, Größe 5,90 Ar, Wert: 3 000 Deutsche Mark,

sollen am 26. März 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße Nr. 2, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 8. 1977 und 11. 11. 1977 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Brigitte Winkelhaus geb. Gerlach, Wetzlar, — zur Hälfte —,

b) 1. Dipl.-Ing. Johannes Müller, Wetzlar,

2. Hans Jochem Müller, Wetzlar,

3. Wolf-Dietrich Müller, Wetzlar

— zu 1.—3.: in Erbengemeinschaft —, — zu b) zur Hälfte —.

Beschluß: Die Werte der ganzen Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 23. November 1977 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf die vorstehend angegebenen Beträge.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 23. 1. 1980

Amtsgericht

512

3 K 84/79: Das im Grundbuch von Laufdorf, Band 55, Blatt 1837, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Laufdorf, Flur 13, Flurstück 53/2, Lieg.-B. 780, Hof- und Gebäudefläche, Hardtstraße 2, Größe 5,12 Ar,

soll am 26. März 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 9. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elisabeth Dworschak geb. Fleckenstein, Schöffengrund OT Laufdorf.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 27. Dezember 1979 gegenüber allen Beteiligten auf 245 470,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 28. 1. 1980

Amtsgericht

513

3 K 110/79: Das im Grundbuch von Dutenhofen, Band 59, Blatt 2038, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dutenhofen, Flur Nr. 8, Flurstück 135/1, Hof- und Gebäudefläche, Hinter der Grohgasse (Grohlgasse Nr. 9), Größe 4,52 Ar,

soll am 2. April 1980, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 208, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 12. 1979 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Margarethe Volpara geb. Nata-Schaaf, Hünstetten-Wallbach.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 18. Juli 1979 gegenüber allen Beteiligten auf 56 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 1. 2. 1980

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

Nachtragssatzung und Bekanntmachung der Nachtragssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Starkenburg für das Haushaltsjahr 1979

1. Nachtragssatzung des KGRZ Starkenburg für das Haushaltsjahr 1979

Gemäß § 22 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I Seite 304) in Verbindung mit § 98 HGO in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. I Seite 103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. August 1976 (GVBl. I Seite 325) und § 7 der Satzung des KGRZ Starkenburg (Staatsanzeiger 1970, Seite 691) hat der Verwaltungsrat des KGRZ Starkenburg am 21. Juni 1979 folgende Nachtragssatzung beschlossen.

§ 1 Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um DM	vermindert um DM	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge gegenüber auf nunmehr bisher DM	DM festgesetzt
	1	2	3	4
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	271 499	—	9 950 800	10 222 299
die Ausgaben	271 499	—	9 950 800	10 222 299
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	522 218	—	1 240 000	1 762 218
die Ausgaben	522 218	—	1 240 000	1 762 218

- § 2 Kredite werden nicht veranschlagt.
- § 3 Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.
- § 4 Kassenkredite werden nicht beansprucht.
- § 5 Es gilt der vom Verwaltungsrat am 13. Februar 1979 beschlossene Stellenplan.

6100 Darmstadt, 21. 6. 1979

Der Direktor
gez. Hartmann

2. Bekanntmachung der Nachtragssatzung

Die vorstehende Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 1979 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Nachtragssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Gemäß Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 22. Januar 1980 — Az. IV B 14 — 3 v 01 — hat die Landesregierung auf Grund der §§ 22 und 23 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und der Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 304), zuletzt geändert durch § 37 Hessisches Datenschutzgesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 96), den Nachtragshaushaltsplan des KGRZ Starkenburg für das Haushaltsjahr 1979 mit entsprechenden Maßnahmen genehmigt.

Der Nachtragshaushaltsplan liegt in der Zeit vom 12. bis 20. Februar 1980 (mit den Maßgaben) während den Dienststunden zur Einsichtnahme beim KGRZ Starkenburg, Darmstadt-Kranichstein, Bartningstr. 51 (Zimmer 204), öffentlich aus.

6100 Darmstadt, 29. 1. 1980

**Kommunales Gebietsrechenzentrum
Starkenburg**
Der Direktor
gez. Hartmann

Wasserbeschaffungsverband Hofheim, Sitz in Hofheim am Taunus;

hier: Änderung der Satzung

Die am 27. November 1974 erlassene Satzung des Wasserbeschaffungsverbandes Hofheim (StAnz. 1975 S. 114), zuletzt geändert am 19. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 110), wird nach dem Beschluß der Verbandsversammlung vom 13. Dezember 1979 wie folgt geändert:

§ 22 erhält folgende Fassung:

„§ 22
Prüfung

(1) Wirtschaftsführung

Der Vorstandsvorsteher leitet eine Ausfertigung des Jahresabschlusses im ersten halben Jahr des folgenden Wirtschaftsjahres dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Hofheim am Taunus zu, mit dem Auftrag zu prüfen, ob

- a) der Wirtschaftsplan eingehalten worden ist,
- b) die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- c) bei den Einnahmen und Ausgaben nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist.

(2) Kassenprüfung

Die dauernde Überwachung der Verbandskasse sowie die regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen obliegen dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Hofheim am Taunus.

Für die Durchführung der Kassenprüfungen gelten die Vorschriften für das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinde in der jeweils gültigen Fassung sinngemäß.

(3) Bauabrechnung

Die Prüfung der Bauabrechnung obliegt dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Hofheim am Taunus.

(4) Bilanzprüfung

Der Jahresabschluß obliegt der Prüfung durch den von der Verbandsversammlung bestimmten Wirtschaftsprüfer.“

Die vorstehende Satzungsänderung wird gemäß § 10 der Ersten Verordnung über Wasser- und Bodenverbände (Erste Wasserverbandsverordnung vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 933) in Verbindung mit § 32 Abs. 1 der Satzung hiermit erlassen.

Sie tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

6100 Darmstadt, 31. 12. 1979

Der Regierungspräsident
V/14 — 79 e 06/01 (17368) — W —

Nachtragssatzung und Bekanntmachung der Nachtragssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Gießen für das Haushaltsjahr 1979

1. Nachtragssatzung

Auf Grund des § 22 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. Seite 304 ff.) in der Fassung vom 31. Januar 1978 (GVBl. Seite 96) in Verbindung mit §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1979 (GVBl. Seite 179) hat der Verwaltungsrat am 16. November 1979 folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1 Mit dem Nachtrag werden

	erhöht um DM	ver- mindert um DM	und damit der Gesamt- betrag des Haushaltsplanes einschl. des Nachtrags gegenüber auf nunmehr bisher DM	festgesetzt DM
1	2	3	4	5
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	59 300	470 000	8 470 200	8 059 500
die Ausgaben	235 200	645 900	8 470 200	8 059 500
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	332 500	—	2 044 400	2 370 900
die Ausgaben	372 500	40 000	2 044 400	2 370 900

§ 2 Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3 Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 1 250 193,48 DM um 377 593,38 DM erhöht und damit auf 1 627 786,86 DM festgesetzt.

§ 4 Kassenkredite wurden nicht beansprucht.

§ 5 Es gilt der vom Verwaltungsrat am 16. November 1979 beschlossene Stellenplan.

6300 Gießen, 28. 1. 1980

Der Direktor
gez. Mank

2. Bekanntmachung der Nachtragssatzung

Die vorstehende Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 1979 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 22 und 23 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und der Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. S. 304), zuletzt geändert durch § 37 des Hessischen Datenschutzgesetzes vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 96), erforderliche Genehmigung der Landesregierung ist nach Maßgaben des Kabinettsbeschlusses durch Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 22. Januar 1980 erteilt. Der Nachtragshaushaltsplan und der Kabinettsbeschuß liegen vom 13. Februar bis 15. Februar und vom 18. Februar bis 21. Februar 1980 während der Dienststunden des KGRZ Gießen, Carlo-Mierendorff-Str. 11, Zimmer 117, zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

6300 Gießen, 28. 1. 1980

Kommunales Gebietsrechenzentrum
Gießen
Der Direktor
gez. Mank

Haushaltssatzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg für das Rechnungsjahr 1980

Auf Grund des § 13 der Satzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Starkenburg in Verbindung mit den §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 30. August 1976 (GVBl. I S. 325) und der Gemeindehaushaltsverordnung vom 13. Juli 1973 (GVBl. I S. 275) hat die Verbandsversammlung der rps am 13. Dezember 1979 folgende Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1980 beschlossen:

§ 1

Mit dem Haushaltsplan werden

a) im Verwaltungshaushalt		
die Einnahmen festgesetzt auf	1 396 900,— DM	
die Ausgaben festgesetzt auf	1 396 900,— DM	
b) im Vermögenshaushalt		
die Einnahmen festgesetzt auf	202 000,— DM	
die Ausgaben festgesetzt auf	202 000,— DM	

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 1980 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 80 000,— DM festgesetzt.

§ 5

Die Verbandsumlage für das Rechnungsjahr 1980 wird auf 893 600,— DM festgesetzt.

§ 6

Es gilt der von der Versammlung am 13. Dezember 1979 beschlossene Stellenplan.

6100 Darmstadt, 4. 2. 1980

**Regionale Planungsgemeinschaft
Starkenburg**
Der Vorstand
gez. Dr. Kappes
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1980 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Teile.

Der Haushaltsplan 1980 liegt zur Einsichtnahme vom 18. Februar 1980 bis 29. Februar 1980 in der Geschäftsstelle der rps, Darmstadt-Arheilgen, Jakob-Jung-Straße 2, Zimmer Nr. 12, öffentlich aus.

6100 Darmstadt, 4. 2. 1980

Der Vorstand
gez. Dr. Kappes
Verbandsvorsitzender

Öffentliche Ausschreibungen

Mühlheim am Main: Der Bau einer Mischkanalisation in einem neuen Gewerbegebiet soll vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen unter anderem:

- 200 lfd. m SB-Rohre NW 2000
- 380 lfd. m SB-Rohre NW 1500 bis 1200
- 270 lfd. m SB-Rohre NW 600 bis 500
- 200 lfd. m SB-Rohre NW 400 bis 300
- 280 lfd. m Hausanschlüsse aus Steinzeug NW 150 bis 200.

Bewerber, die nachweislich bereits Arbeiten ähnlichen Umfangs ausgeführt haben, können die Unterlagen gegen Erstattung einer Schutzgebühr in Höhe von 20,— DM beim Stadtbauamt in 6052 Mühlheim am Main, Alter Frankfurter Weg 80, ab sofort schriftlich anfordern. Die Quittung über die Einzahlung der Schutzgebühr für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet wird, ist beizufügen.

Die Schutzgebühr ist grundsätzlich auf das Konto 08052003 der Bezirksparkasse Seligenstadt, BLZ 506 521 24, mit dem Vermerk: „Verrechnungsstelle 1.60001514005“ einzuzahlen.

Abholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen ab 11. Februar 1980 gegen Vorlage des Einzahlungsbeleges.

Eröffnungstermin: Beim Stadtbauamt in 6052 Mühlheim am Main, Alter Frankfurter Weg 80, am 4. März 1980 um 11.00 Uhr.

6052 Mühlheim am Main, 1. 2. 1980

Der Magistrat der Stadt Mühlheim am Main

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Bauarbeiten — Ausbau der Einmündung der L 3476 in die B 278 in Ehrenberg, OT Seiferts — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- 1 450 t Frostschuttschicht d. K. 0/45 mm
- 300 t bit. Tragschicht d. K. 0/32 mm
- 1 000 qm Teer-asphaltbinder d. K. 0/16 mm
- 1 200 qm Teer-asphaltbeton d. K. 0/11 mm
- 250 m Bordsteine setzen

Nebenangebote und Änderungsvorschläge werden zugelassen.

Die Bauarbeiten sollen Ende März 1980 begonnen werden und sind bis zum 29. August 1980 zu beenden.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,— DM — die in keinem Fall zurückerstattet werden — abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. 67 53-609, mit obiger Angabe einzuzahlen. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am Donnerstag, dem 28. Februar 1980, 10.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** endet am 11. April 1980, 24.00 Uhr.
6400 Fulda, 1. 2. 1980 **Hessisches Straßenbauamt**

Hanau: Die Arbeiten zur Erstellung des Brückenbauwerkes K 162 — Unterführung der Kinzig und zweier WW bei Wirtheim — im Zuge der A 66 Frankfurt—Fulda, Abschnitt westl. Höchst—westl. Salmünster, bei Bau-km 44+675,954, sollen vergeben werden.

Das Bauwerk ist ca. 49,00 m lang (Überbau), 29,50 m breit zwischen den Geländern und von OK Fundament bis OK Fahrbahnplatte ca. 7,50 m hoch.

Der Überbau besteht aus zwei getrennten in Längsrichtung beschränkt vorgespannten Stahlbetonplatten mit Kragarmen durchlaufend über drei Felder. Die Stützweiten betragen 12,985 m + 21,439 m + 12,985 m.

Auszuführen sind alle erforderlichen Arbeiten.

Bauzeit ca. 14 Monate.

Baubeginn voraussichtlich am 2. Juni 1980.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Bundesministers für Verkehr erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort umgehend anzufordern.

Der Versand der Blankette erfolgt ab 15. Februar 1980.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für die Angebotsunterlagen in Höhe von 39,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt am Main, Postscheckkonto Nr. 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt am Main, Bankleitzahl 500 100 60, mit der Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für die Unterführung der Kinzig und zweier WW bei Wirtheim, Bw K 162“.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 25. März 1980, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Hanau, Eugen-Kaiser-Straße 33, 6450 Hanau. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter oder deren Bevollmächtigte zugelassen.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** läuft am 22. April 1980 ab.

6450 Hanau, 25. 1. 1980 **Hessisches Straßenbauamt**

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für die Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur der K 107 zwischen Willingshausen, OT Leimbach und OT Ransbach, Schwalm-Eder-Kreis, zwischen den Netzknoten 5121032 und 5121031, von Stat. 1,108 bis Stat. 2,252; (ehem. Str.-km 2,680 — 1,530) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- ca. 1 000 cbm Mutterboden
- ca. 5 500 cbm Erdarbeiten
- ca. 1 600 cbm Frostschuttmaterial
- ca. 2 600 qm Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 250 kg/qm
- ca. 400 qm Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 185 kg/qm
- ca. 500 t Asphaltbinder, Körnung 0/16
- ca. 8 700 qm Asphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm
- ca. 500 qm Asphaltbeton, Körnung 0/8, 75 kg/qm

und sonstige Nebearbeiten.

Bauzeit: 85 Werkstage (netto).

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 22. Februar 1980 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 50,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 67 53-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg, in Bad Hersfeld, Kto.-Nr. 1000 205, BLZ 532 500 40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 7. März 1980, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 222. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 18. April 1980.

6430 Bad Hersfeld, 1. 2. 1980 **Hessisches Straßenbauamt**

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Beim HESSISCHEN LANDESKRIMINALAMT

ist die Stelle eines

Regierungsoberrats

(Besoldungsgruppe A 14)

ab sofort zu besetzen.

Der Bewerber soll die Leitung der Verwaltungsabteilung, in der Disziplinar- und Beschwerdeangelegenheiten, Personalangelegenheiten sowie Haushalts- und Liegenschaftsangelegenheiten zu bearbeiten sind, übernehmen.

Gesucht wird ein überdurchschnittlich qualifizierter Volljurist mit Erfahrungen in der Verwaltung und insbesondere Kenntnissen im Beamtenrecht, Haushaltswesen und Tarifrecht.

Der Bewerber sollte über Verhandlungsgeschick verfügen und bereit sein, Leitungsaufgaben zu übernehmen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (einschließlich Lichtbild) werden bis spätestens 15. März 1980 erbeten an das

**Hessische Landes kriminalamt,
Hölderlinstraße 5, 6200 Wiesbaden.**

Beim

Hessischen Datenschutzbeauftragten

sind die Stellen

eines Referenten (A 15) und eines Referenten (A 14)

ab sofort zu besetzen. Die Bewerber sollen Volljuristen sein, über besondere Kenntnisse im Staats- und Verwaltungsrecht und Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung verfügen. Kenntnisse in der Datenverarbeitung sind erwünscht.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 29. Februar 1980 zu richten an den

**Hessischen Datenschutzbeauftragten,
Mainzer Straße 19, Postfach 31 63, 6200 Wiesbaden.**

000900 00 6432

KIRCHENWERV. EV.
K. HESSEN
POSTFACH 4447

6100 DARMSTADT

Post

Buch- u. Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG.
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1. 1 Y 6432 A

Bei dem

VERWALTUNGSSEMINAR DARMSTADT

des Hessischen Verwaltungsschulverbandes (Körperschaft des öffentlichen Rechts) ist die Stelle des(r)

Büroleiters(in)

— Amtsrat Bes.Gr. A 12 BOO —

spätestens zum 1. Juni 1980 zu besetzen.

Der Stelleninhaber hat insbesondere Angelegenheiten des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der Vergütung und Besoldung zu bearbeiten und für einen geordneten organisatorischen Ablauf des Lehrbetriebes zu sorgen.

Bewerber mit überdurchschnittlicher Verwaltungsprüfung II, die über gründliche Erfahrungen in den genannten Aufgabengebieten verfügen, organisatorische Fähigkeiten, Verhandlungsgeschick und Kooperationsfähigkeit besitzen, werden gebeten, ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnissen und Urkunden) bis zum 21. März 1980 zu richten an den

**Verbandsvorsteher des Hess. Verwaltungsschulverbandes,
Kiesstr. 5-15, 6100 Darmstadt.**

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Dieser Ausgabe ist ein Prospekt des Carl Heymanns Verlages über das Staatshandbuch „Die Bundesrepublik Deutschland“, Teilausgabe Land Hessen 1979/80, beigelegt.

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

6/80

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 56 Seiten

Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind beim Verlag aufzugeben. Bezugspreis: vierteljährlich 24,60 DM (einschl. Porto u. 6,5% Umsatzsteuer), Abonnementskündigung jeweils 12 Wochen zum Quartalsende. Der Preis von Einzelstücken beträgt 6,25 DM; im Preis sind die Versandkosten und 6,5% Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt am Main Nr. 143 60-603. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Kurt Hummel. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Ostring 13, 6200 Wiesbaden-Nordenstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71. Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie alle Angelegenheiten für den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeiger): Telefon 0 61 21 / 60 71, App. 99. Fernschreiber: 04 186 648. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils donnerstags für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Postolfgang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nummer 16 vom 1. Juli 1979. — Anfertigung von Klischees zum Selbstkostenpreis.